Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Preis: 2,50 Euro

LOTTA

antifaschistische Zeitung aus NRW

Nr. 18
Herbst 2004

www.free.de/lotta

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Aufwachen Michel!

Hartz IV

Schwerpunkt: Protest gegen Hartz IV, Neonazis und die "soziale Frage"

Regionalbericht Duisburg/Oberhausen

Neonazismus im westlichen Ruhrgebiet

"Querfront"

Aspekte eines politischen Kampfbegriffs

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Einmal mehr ist es vollbracht, einmal mehr ist in ungezählten Stunden eine Ausgabe der LOTTA entstanden. Unbezahlte Stunden, versteht sich. Aber schließlich haben wir es ja selber so gewollt. Zu irgendwelchen Arbeiten gezwungen werden können indes demnächst Millionen von "Arbeitslosengeld II"-EmpfängerInnen. Dieses zu einem Lohn, der seinen Namen nicht verdient: ein einziger mickriger Euro pro Stunde neben der ebenso mickrigen monatlichen "Stütze" auf bisherigem Sozialhilfeniveau. Von den sonstigen Schikanen bei der Antragsstellung einmal ganz abgesehen. Von Hartz IV und den Protesten dagegen handelt der Schwerpunkt dieser Ausgabe. Auch die extreme Rechte hat sich erwartungsgemäß des Themas angenommen und ist in ihrem völkischen Sinne gegen Hartz IV und "für deutsche Arbeitsplätze" aktiv geworden.

Für ihre Schwerpunktbeiträge bedanken möchten wir uns insbesondere bei Annelie Buntenbach, Christian Grünert, Andreas Speit und Jan Körper. Ebenso bedanken wir uns herzlich bei allen anderen GastautorInnen in dieser Ausgabe.

Nicht nur als Ergänzung empfehlen möchten wir schon an dieser Stelle die neue Ausgabe 64 des "Antifaschistischen Info Blattes" . Auch die KollegInnen aus Berlin haben sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Hartz IV beschäftigt.

Unsere Rubrik der Regionalberichte über die jeweiligen neonazistischen Szenen in Nordrhein-Westfalen setzen wir in dieser Ausgabe mit dem Duisburger Raum fort. Auch hier hat die neonazistische Szene zwischenzeitlich den Weg auf die Straße gefunden, organisiert Kundgebungen und Aufmärsche. Erneuern möchten wir diesbezüglich unser Angebot, antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen bei der Erstellung von Regionalberichten unter die Arme zu greifen. Meldet Euch, wenn Ihr gerne über 'Eure' Region berichten möchtet, auch wenn Ihr wenig Erfahrung und Schwierigkeiten mit dem Schreiben von Artikeln und der Recherche habt: Gemeinsam bekommen wir das schon hin!

Wir wünschen einen erfolgreichen antifaschistischen Herbst!

Eure LOTTA-Redaktion

P.S.: Erscheinungsdatum dieser Ausgabe ist der 30. Oktober 2004

Preisrätsel

Zunächst einmal zur Auflösung des letzten Rätsels. Das Foto zeigt natürlich Teilnehmer des Aufmarsches am 1. Mai 2004 in Berlin. Ein reinkarnierter Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß wurde vor Ort nicht gesichtet. Wenn er aber da gewesen wäre, hätte er sich vermutlich ähnlich krass über den Aufzug geäußert, wie dies Ursula Haverbeck tat, nachdem sie den Gedenkmarsch zu seinen Ehren am 21. August in Wunsiedel erlebt hatte (*siehe S. 34*).

Neues Spiel, neues Glück: Die Warnung des neonazistischen Führers Christian Worch an die "Freien Kameradschaften", sich nicht vor den Karren der NPD spannen zu lassen, scheinen diverse "Freie" nicht wirklich ernst zu nehmen. Einige freie Köpfe sind kürzlich in die NPD eingetreten (*siehe S. 35*). Ob sie damit Schiffbruch erleiden, gar den Kopf verlieren, wird die Zukunft zeigen.

Unsere Frage:
Welcher Kopf ist auf dem nebenstehenden Bild zu sehen? Nazi-Anwalt Jürgen Rieger weiß es bereits und amüsiert sich augenscheinlich über des Kopfes Missgeschick. Wisst Ihr es auch? Dann mailt die Antwort bis Jahresende an lotta@koma.free.de. Als Preis winkt einmal mehr ein Jahresabo der LOTTA, bei bestehenden Abos eine Verlängerung um ein Jahr.

Inhalt

Schwerpunkt

"Und bist du nicht billig..." 4
Wie Hartz IV die Gesellschaft verändert

Nation, Staat und soziale Frage 7

"Volkssozialismus" statt "Verelendungsprogramm" 10

"Einmalige Gelegenheit" verpasst 12
NRW-Neonazis gegen Hartz IV

Mehr als nur Sommertheater? 14
Hartz IV-Proteste in Ostdeutschland

Extreme Rechte

Der Hooligan 16
Der Neonazi-Kader Martin Scheele

Neonazismus im Raum Duisburg/Oberhausen 18

"Musik wie Munition" 24
Konzert des "Forsite Verlag" floppte

"Kampf um die Parlamente" 25
Wahlergebnisse der extremen Rechten bei den NRW-Kommunalwahlen

Zwischen Konkurrenz und Zweckbündnissen 28
Aktuelle Schlaglichter auf die extreme Rechte in Berlin und Brandenburg

Zwischen NPD und internationalem Neofaschismus 32
Der "Rudolf Heß Gedenkmarsch" 2004

"Abgeschmackte Indianer und Neger" in Wunsiedel? 34

Come together... 35
NPD und "Freie Kameradschaften" auf Schmusekurs

RechtsRock-Splitter 37

Aufmarsch-Splitter 39

Kurzberichte 42

Justiz

Von CONSDAPLE zu NSDAP 44
Die Rechtsprechung zu § 86a StGB

Schwerpunkt: Hartz IV

"Hartz IV" ist einer der Begriffe, die in den letzten Monaten die Schlagzeilen beherrscht haben und zum Symbol für eine unsoziale Politik geworden ist. Hartz IV ist aber nicht allein ein Symbol, es ist das Herzstück der Agenda 2010. Fatale Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft sind absehbar.

ab Seite 4

Regionalbericht Duisburg/Oberhausen

Mit mehreren Jahren Verzögerung und nach diversen Rückschlägen hat die neonazistische Szene auch in Duisburg den Weg auf die Straße gefunden, organisiert Kundgebungen und Aufmärsche. Grund genug, die neonazistische Szene im westlichen Ruhrgebiet einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

ab Seite 18

Braunzone

Millionen für's Volk 45
Die "Hermann-Niermann Stiftung"

Grundlagen

"Querfront" 48
Aspekte eines politischen Kampfbegriffs

Geschichte

Albert Leo Schlageter 50
Ein deutscher Heldenmythos

Rezension

Heldenmythos und Opfertaumel 54

Von Annelie Buntenbach

"Und bist du nicht billig..."

Wie Hartz IV die Gesellschaft verändert

"Hartz IV" ist einer der Begriffe, die in den letzten Monaten die Schlagzeilen beherrscht haben. Worum geht es dabei eigentlich? Was löst den Zorn und die Ängste aus? Wohl kaum der harte Klang des Wortes, wie die SPD sinnierte, oder etwa Missverständnisse und "Kommunikationsprobleme". Hartz IV ist zum Symbol für die unsoziale Politik von Rot-Grün geworden. Schaut man genauer hin, auch von Schwarz-Gelb. Schließlich ist es als Ergebnis des Vermittlungsausschusses letztlich von (fast) allen Parteien gemeinsam verabschiedet worden.

Hartz IV ist nicht allein ein Symbol, es ist das Herzstück der Agenda 2010. Doch wird dieses Gesetz an der Arbeitslosigkeit nichts ändern. Stattdessen erhöht es den Druck auf Arbeitslose immens. Fatale Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft sind absehbar. Es bringt ein Leistungsniveau, von dem man nicht leben kann, die Verpflichtung zu jeder Arbeit zu jedem Preis, auch außerhalb des Sozialversicherungsschutzes und öffnet Tür und Tor für Lohndumping. Viele, die jetzt noch Arbeitslosenhilfe beziehen, werden mit der neuen Anrechnung von Partnereinkommen aus dem Leistungsbezug herausgedrückt werden. In zweierlei Hinsicht bedeutet Hartz IV den Abschied vom bisherigen Sozialstaatskonzept: Zum einen gewinnt Bedürftigkeit als Kriterium für den Bezug von Leistungen gegenüber den über die Sozialversicherung erworbenen Ansprüchen stärker an Bedeutung – und führt so zurück in die Zukunft der Armenfürsorge. Zum andern wird über den Hebel staatlichen Zwangs der Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik flächendeckend ausgebaut.

Das neue Arbeitslosengeld II

Auf der Grundlage von Hartz IV gibt es ab dem 1. Januar 2005 das neue Arbeitslosengeld II. Die Arbeitslosenhilfe wird abgeschafft. Bekommen sollen das Arbeitslosengeld II Arbeitslose, die jetzt Arbeitslosenhilfe beziehen oder deren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausläuft sowie erwerbsfähige Sozialhilfe-Berechtigte. Die Zahl der Betroffenen wird auf insgesamt gut drei Millionen Menschen geschätzt. Die meisten Verlierer der Reform finden sich unter den mehr als zwei Millionen Erwerbslosen, die zurzeit noch Arbeitslosenhilfe beziehen. Hier wird etwa ein Viertel gar nichts mehr, knapp die Hälfte weniger Leistungen als bisher bekommen. Es trifft vor allem diejenigen, deren Partnerin bzw. Partner verdienen. Der Verdienst der Lebensgefährtin bzw. des Lebensgefährten wird erheblich schärfer als bisher auf den Arbeitslosengeld II-Anspruch angerechnet. Während sich die Arbeitslosenhilfe prozentual auf die Höhe des früheren Einkommens

bezog, liegt beim Arbeitslosengeld II der Fall anders: Hier soll lediglich das Existenzminimum gesichert werden. Der Anspruch richtet sich, wie bei der jetzigen Sozialhilfe, ausschließlich nach dem Bedarf des Haushalts. Das heißt praktisch: Der Regelbetrag von 345 Euro für Alleinstehende in den alten Ländern beziehungsweise 331 Euro in den neuen Ländern ist zwar nicht hoch, entspricht aber trotzdem nur in den seltensten Fällen dem Betrag, der ausgezahlt wird. So wird vor der Auszahlung beispielsweise das Einkommen der Partnerin bzw. des Partners und/oder anderer Haushaltsmitglieder über 14 Jahre ebenso angerechnet wie Vermögen, Kindergeld, Arbeitslosengeld und Krankengeld. Mit den komplizierten Fragebögen, die seit Juli an alle Langzeitarbeitslosen verschickt wurden, will die Bundesagentur all diese Daten erheben - über Bargeld, Giro- oder Sparguthaben, Bausparverträge, Wertsachen wie Schmuck bis hin zu vermögenswirksamen Leistungen auch des Partners. Gute Gründe für die scharfe Kritik von Datenschützern, aber was die Betroffenen so zornig und hilflos macht, sind nicht einzelne Verstöße gegen den Datenschutz, sondern überhaupt dieser entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfung unterzogen zu werden. Bedürftigkeitsprüfungen sind an sich nicht neu und im Sozialhilferecht schon lange verankert. Jetzt sind durch das neuen Arbeitslosengeld II auf einen Schlag zwei Millionen Menschen mehr betroffen. Damit wird zum öffentlichen Thema, was für Sozialhilfe-Berechtigte in dieser Republik schon Normalität war: die entwürdigende Prozedur mit Fragebögen, Datenabgleich, Kinderfreibeträgen und dem Umzug aus einer "unangemessenen" Wohnung. Dass dieser Skandal erst jetzt einer wird, zeigt auch, wie sehr diese Gesellschaft die Lebenssituation von Sozialhilfe-Berechtigten aus ihrer Wahrnehmung ausgeblendet hat. Zu befürchten steht, dass der Zorn von so manchem Arbeitslosen, insbesondere im Osten, auch daher rühren könnte, dass er in Zukunft mit "solchen Assis" auf eine Stufe gestellt werden soll.

Verbesserung für Sozialhilfe-BezieherInnen?

Inzwischen müssen sogar Sozialhilfe-BezieherInnen als Rechtfertigung dafür herhalten, dass Hartz IV doch eine soziale Angelegenheit sei und diejenigen unsozial seien, die Hartz IV kritisieren. Schließlich würde sich bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II die Lebenssituation für Sozialhilfe-Berechtigte verbessern. Abgesehen davon, dass es überrascht, dass sich Hartz IV-VerfechterInnen plötzlich für die Lebenssituation von Sozialhilfe-BezieherInnen interessieren, stimmt dies in der Sache nicht, wie u.a. der "Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband" mit einer Reihe von Beispielrechnungen und Argumenten belegt. Zum Beispiel steigt zwar der Sozialhilferegelsatz und entsprechend das Arbeitslosengeld II um rund 50 Euro, im Gegenzug entfallen aber einmalige Leistungen für Kleidung oder den kaputten Kühlschrank, was im Durchschnitt eben diesen 50 Euro entspricht. Auch die nun höheren Vermögensfreibeträge bringen keinerlei Erleichterungen, da in der Regel keinerlei Vermögen vorhanden ist.

Fatale Mixtur

Fatale Wirkung entfaltet Hartz IV im Zusammenspiel mit anderen Gesetzesänderungen der letzten Monate und Jahre. Zum einen werden immer mehr Belastungen bei den unteren Einkommen angehäuft - über die Privatisierung von Risiken und die Ausgrenzung von Leistungen im Gesundheitssystem, von Krankengeld über Zahnersatz, erhöhten Zuzahlungen bis zur Praxisgebühr und sinkenden Renten, was diejenigen am härtesten trifft, die keinerlei Chance haben, die geforderte "privaten Vorsorge" zu treffen. Zum andern wird über die Aufweichung des Kündigungsschutzes und die verkürzte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für Ältere, die ohnehin keine Chance mehr auf einen Job haben, die Fallhöhe und Fallgeschwindigkeit rasant beschleunigt. Wer beispielsweise in Zukunft mit 52 Jahren arbeitslos wird und nur noch 12 Monate Arbeitslosengeld I bekommt, muss anschließend seine Ersparnisse aufzehren und wird wahrscheinlich - da die Rente wegen der Arbeitslosigkeit gering ausfallen wird - bis zum Lebensende aus der "Sozialhilfe" nicht mehr herauskommen. Dieser Verlust von Sicherheiten wirkt bis weit in die gesellschaftliche Mitte und macht die Verletzlichkeit des eigenen Lebensentwurfs schmerzlich bewusst. Besonders für diejenigen, die nur in den seltensten Fällen über längere Strecken in sozial gut abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten konnten und immer wieder Jobs auch unter prekären Bedingungen annehmen mussten. Nicht erst der wirklich eintretende "worst case", sondern auch die Angst davor verändert das Lebensgefühl und die Souveränität der Menschen. Anlass zu Befürchtungen über ein Erstarken extrem rechter Strömungen in der Gesellschaft gibt es vor diesem Hintergrund mehr als genug. Untersuchungen über Wählerpotenziale extrem rechter Parteien haben immer wieder herausgestellt, dass insbesondere diejenigen für extrem rechte Positionen empfänglich sind, die noch etwas haben, aber befürchten, diesen Status zu verlieren, Hartz IV weitet den Niedriglohnsektor aus Die Zumutungen der Agenda 2010 werden damit begründet, dass sie unabdingbar seien, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland endlich zu verringern. Statt sinnvolle Ansätze wie Arbeitszeit-Verkürzung, Umverteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern, Bezahlung gesellschaftlich nötiger und sinnvoller Arbeit im sozialen, kulturellen, ökologischen Bereich in vernünftigen Jobs, gemeinwirtschaftliche und genossenschaftliche Ansätze zu fördern, setzen Bundesregierung und CDU/FDP auf die Ausweitung des Niedriglohnbereichs. Wie die Erfahrungen in den USA und in anderen europäischen Ländern mit ähnlich neoliberalen Ansätzen zeigen, ist dies ein absolut untaugliches Mittel. Die Folge sind nicht mehr Jobs, sondern lediglich Verschiebungen innerhalb des Arbeitsmarktes, die Ersetzung von halbwegs gut bezahlten und abgesicherten Arbeitsplätzen durch prekäre Billigjobs. Zur Ausweitung des Niedriglohnsektors dient die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln. Als zumutbar galt bislang für Arbeitslosenhilfe-Berechtigte ein Job, bei dem er/sie mindestens soviel verdient hätten, wie sie an Sozialleistungen

bekamen. Das ändert sich mit dem Arbeitslosengeld II: In Zukunft gilt jeder Job als zumutbar, auch wenn er unterhalb der bisherigen Leistungen liegt, unter Tarif bezahlt wird oder auch außerhalb der Sozialversicherung steht (z.B. Minijobs). Unterste Grenze ist die so genannte Sittenwidrigkeit. Nach Rechtsprechung ist aber selbst bei 30% unter Tarif fraglich, ob sie erreicht ist. Insbesondere Leute, die jünger als 25 Jahre sind, riskieren ihre gesamten Bezüge, wenn sie sich verweigern. Die Notsituation von Erwerbslosen wird dafür missbraucht, Tariflöhne und soziale Absicherungen weiter auszuhebeln. Das gesamte Lohnniveau zu drücken und den Niedriglohnbereich drastisch auszubauen, ist die erklärte Absicht zumindest einiger der Akteure. Das ifo-Institut beispielsweise plädiert dafür, die heutigen Niedriglöhne noch um ein Drittel zu senken. Im internationalen Vergleich sei Sozialhilfe zu hoch, ebenso die Arbeitskosten. Einen Niedriglohnbereich braucht man allerdings in der Bundesrepublik nicht neu zu schaffen, es gibt ihn leider bereits. In den letzten Jahren ist er stark angewachsen. In der Gebäudereinigung zum Beispiel liegt in den untersten Lohngruppen in einigen Regionen der Tarif schon bei knapp über 6 Euro, bei den Wachleuten unter 5 Euro. Viele Menschen verdienen noch weniger. Studien belegen, dass der Niedriglohnbereich wächst, ohne dass die erhofften positiven Effekte, in erster Linie eine Verringerung der Arbeitslosigkeit, eintreten. Stattdessen belastet der Niedriglohnsektor zunehmend die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Produktivität. Die Neuregelung bei den Minijobs ist als Auslöser für ein Jobwunder verkauft worden. Die Fakten sprechen dagegen. Regulär abgesicherte Jobs werden in Jobs unterhalb der Sozialversicherungsgrenze zerlegt - zu Lasten der Betroffenen und der Sozialversicherungen, die weiter ausbluten. Eine Untersuchung von ver.di für den Einzelhandel belegt, dass dort im vergangenen Jahr 227.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abgebaut und durch 176.000 Minijobs ersetzt worden sind. In den Bereichen, in denen Bedarf nach öffentlicher Infrastruktur offensichtlich ist, wird es in Zukunft statt neuer Arbeitsplätze Ein-Euro-Jobs geben. Diese lassen Arbeitslose vorübergehend zu Ersatz-Zivildienstleistenden, Pflegern oder Tagesmüttern werden - auch dieses ist ein Teil des Niedriglohnbereichs, wenn Lohnkosten durch Arbeitslosengeld II subventioniert werden. Statt der weiteren Amerikanisierung der Arbeitsverhältnisse und der Erfindung immer neuer Formen prekärer Beschäftigung wie Ich-AG, Minijobs usw. ist eine gesellschaftliche Diskussion über Mindestsicherungen überfällig: über existenzsichernde Arbeitseinkommen und über einen angemessenen Schutz vor Armut.

Fazit

Hartz IV und noch mehr das hessische Koch-Modell weisen den Weg in eine andere Republik. Der hier angelegte Weg in die Armut und Zwang zur Arbeit zu jedem Preis verändert nicht nur die Lebenssituation derer, die schon arbeitslos sind, sondern verschärft den Druck auf alle. Der Sanktionsapparat, der bei Arbeitslosigkeit droht, zu wenig Geld zum Leben - all das prägt das Klima schon im Betrieb und in der gesamten Gesellschaft. Wer traut sich noch, seine demokratischen Rechte wahrzunehmen, im Betrieb für die eigenen Interessen oder die der KollegInnen aufzumucken, wenn der Rausschmiss unter diesen Bedingungen droht? Je tiefer der mögliche Fall, desto mehr Mut erfordert der aufrechte Gang - und die Fallhöhe wird immer größer. Koch will die Etablierung von Löhnen weit unter dem gesellschaftlichen Existenzminimum und damit eine Verschärfung von Armut trotz Erwerbstätigkeit. Im O-Ton heißt das: "Durch die deutliche Absenkung der öffentlichen Geldleistung bei Ablehnung zumutbarer Arbeit und die gleichzeitige Einführung eines kommunalen Beschäftigungsangebots verlieren die Leistungen den Charakter einer faktischen Lohnuntergrenze, die bisher eine weitergehende Lohndifferenzierung für gering qualifizierte Arbeit verhindert hat." (FAZ-Interview vom 29. Juli 2003) Die Leitlinie, der die Berliner Politik folgt, ist die so genannte Entlastung der Wirtschaft, die Senkung der Staatsquote und der Arbeitskosten sowie die Ausweitung des Niedriglohnbereichs. All das soll Wachstum, Jobs, Wohlstand und Freiheit bringen... Schon die Reallohn-Verluste der letzten 20 Jahre bei gleichzeitig ständig steigender Arbeitslosigkeit zeigen, dass dieser Automatismus nicht funktioniert. Das belegt auch die schon seit Jahren erfolgte Ausweitung des Niedriglohnbereichs, mit der sich die Arbeitslosigkeit keineswegs verringert hat, im Gegenteil.

Die Autorin war von 1994-2002 Bundestagsabgeordnete, seit 2002 ist sie im gewerkschaftlichen Bereich tätig.

Von August Lindler

Nation, Staat und soziale Frage

An "Hartz IV" entzündet sich die emotionalisierte Debatte um soziale Gerechtigkeit – statt Kritik der politischen Ökonomie prägt Populismus die polarisierten Lager von Marginalisierten und Profiteuren der neoliberalen Zersetzung des einst so bewunderten "Modells Deutschland". Als Teil der "Agenda 2010", "der größte Einschnitt in Sozialleistungen seit 1949" (FAZ), bedarf diese gesetzlich legitimierte Enteignung sozial erkämpfter Rechte eines Transformators, der den Übergang vom "rheinischen Kapitalismus" zum neoliberalen "Wettbewerbsstaat Deutschland" durchzusetzen in der Lage ist. Für eine derartige Aufgabe erweist sich in der Berliner Republik die rot-grüne Regierung als passend. Geschichtlich wie aktuell erweist sich hierbei die Verknüpfung von nationaler und sozialer Frage als Einfallstor für die Rechte…

"Reform" und Regulation

Die Wahlen in Sachsen und Brandenburg galten als Waagschalen für Gelingen oder Scheitern der rot-grünen "Reformpolitik". Entzündet an den (zu) spät eingesetzten Protesten gegen "Hartz IV" rückte in der medialen Debatte die Frage nach dem Sturz Schröders und dem "Aufkommen des Extremismus" ins Zentrum. Die "schlechte Vermittlung" der Notwendigkeit sozialer "Reformen" – so der Tenor – stärke den "rechten und linken Rand" (gemeint waren hier die PDS sowie auf der neofaschistischen Seite NPD und DVU) und leite womöglich zugleich den "Untergang" der SPD ein. Nun haben bei den Landtagswahlen die Faschisten wie die PDS zugelegt, die SPD sich zugleich stabilisiert und der "Reformprozess geht unaufhaltsam weiter", wie der Kanzler selbstbewusst verkündete. Ist nun "die Demokratie in Gefahr"? Oder vielmehr wieder gesichert? Bei allen Debatten um die Form sozialer Einschnitte sind sich die hegemonialen Blöcke im öffentlichen Diskurs einig darüber, dass es ohne "Reform" nicht gehe: Der "Standort Deutschland" sei ohne "Reform" gefährdet, der alte "Sozialstaat hat ausgedient" – so das Credo, dem unter systemimmanenten Gesichtspunkten schwerlich zu widersprechen ist. Denn eine angebotsorientierte und transnational verflochtene Regulationsweise des Kapitalismus benötigt eine Transformation des Regulationsmodus vom fordistischen Klassenkompromiss hin zu einem "nachhaltigen Neoliberalismus", der anstelle der "Sozialpartnerschaft" den Wettbewerb zum gesellschaftlichen Konsensmodell erhebt.

Aufgabe des kapitalistischen Staates ist es aktuell, als "nationaler Wettbewerbsstaat" (J. Hirsch) die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen "Standorte" zu sichern und dafür innergesellschaftlich ein funktionales Konsensmodell zu errichten. Die Politik der Privatisierung und der Deregulierung mit der Errichtung von massenhaft prekären Beschäftigungsverhältnissen und eines staatlichen wie privaten Niedriglohnsektors, des Monetarismus und der neoliberalen Wirtschaftspolitik bedurfte hierbei einer Wertedebatte zur ideologischen Durchsetzung neoliberaler Hegemonie: "Selbstverantwortung statt Versorgungsmentalität", "Eigeninitiative statt soziale Hängematte", "Reform statt Abstieg" usw. Doch allein mit neoliberalen Worthülsen lässt sich noch kein Staat machen - "Volksparteien" brauchen emotionalisierte Bindeglieder zur Schaffung von Konsens, und daher bedarf es einer

deutlichen Portion Nationalismus, damit das Staatsvolk "die Ärmel hochkrempelt" (Schröder) und "den Gürtel enger schnallt" (Rogowski). Nationalismus wie Rassismus fungieren als emotionale Klammern des Neoliberalismus – ohne Kollektiv kein hegemoniales Subjekt. Eine solche Balance zwischen Standortnationalismus, disziplinierendem Neoliberalismus und autoritärem Etatismus via populistischem Entertainment beherrscht in der deutschen Parteienlandschaft niemand so gut wie der Kanzler der SPD, und damit hat sich Schröder als ideeller Transformator der sozialstaatlichen Zersetzungspolitik empfohlen. Die Proteste gegen "Hartz IV" sind unter dem Gesichtspunkt zu bewerten, dass die Durchsetzung der rot-grünen Agenda 2010 im Kern die restlose Entmachtung der Gewerkschaften und die unwiderrufliche Abkehr vom fordistischen Konsensmodell hin zu einem autoritär und neoliberal strukturierten Workfare-Staat bedeutet. Das beinhaltet faktisch, dass das steigende Heer von Arbeitslosen unter völlig marginalisierten Existenzbedingungen dem Zwang zum staatlichen Arbeitsdienst unterworfen wird. Aus dieser Perspektive betrachtet erscheinen die Proteste und "Montags-Demonstrationen" geradezu bemitleidenswert.

Die extreme Rechte

"Viel zulange hat es gedauert, doch nun ist es soweit: aus Wut gegen die staatlich organisierte Volksenteignung, die sich mit dem Namen 'Hartz IV' verbindet, gehen zehntausende Deutsche auf die Straße." So tönte es noch kurz vor den Landtagswahlen im September in der "Deutschen Stimme", der Parteizeitung der NPD. "In Berlin und anderswo beginnen die morschen Knochen der Volksbetrüger zu zittern: Zum einen, weil mit den neuen 'Montagsdemos' die Analogie zum Untergang der DDR gezogen wird, zum anderen, weil sich die nationale Opposition erfolgreich an den Protesten beteiligt und durch die Verbindung des Nationalismus mit sozialen und antikapitalistischen Forderungen immer mehr Zustimmung findet." So hieß es pathetisch zum Wahlerfolg in Sachsen. Die Neonazis schöpfen aus dem Unmut und der Angst der Marginalisierten ihr Protestpotenzial. Gilt die DVU des Millionärs Gerhard Frey dabei nicht ganz zu Unrecht als "Phantompartei" ohne reale Partei- und Mobilisierungsbasis, die durch intensive Werbung im Bildzeitungs-Niveau das Potenzial der Unzufriedenen abgrast, so kann der NPD ein realer Zulauf nicht abgesprochen werden. Dieser ist jedoch nicht in erster Linie an der Mitgliedsstärke der ältesten Partei des Neofaschismus zu ermessen, sondern vielmehr im (sub)kulturellen und "Kameradschafts"-Umfeld der NPD: in den informell organisierten Kameradschaftszirkeln des Neonazismus und in den Jugend- und "Rechts-Rock"-Szenen. Die Wahlanalysen über den rapiden Anstieg rechtsextremer Jungwähler erhärten die These von einer nationalistischen und rassistischen Dominanzkultur (nicht nur) in den Jugendszenen Ostdeutschlands, die in verschärften Krisensituationen zu extrem rechten Wahlverhalten neigen. Im Unterschied zu eher wirtschaftliberal orientierten Parteien der extremen Rechten wie den REPs setzen NPD und die neonazistischen "freien Kameradschaften" auf Befreiungsnationalismus gegen die so genannte kapitalistische one world, auf einen nationalsozialistischen Staatskapitalismus fordistischer Prägung mit pseudosozialistischer Phraseologie in Tradition des Strasser-Flügels der NSDAP. Neoliberalismus gilt dort als antisemitisch konnotiertes Schlagwort für die halluzinierte Fremdherrschaft der Wall Street und der "Weisen von Zion" sowie als Feindbild eines "nationalen Sozialismus", der für "deutsche Interessen" gegen Multikulturalismus und Internationalismus steht. Der "Befreiungsnationalist" Prof. Dr. Michael Nier - ehemals SED- und später NPD-Mitglied - beschrieb diesen Flügelstreit zwischen wirtschaftsliberal und nationalsozialistisch orientierter extremer Rechter schon 1998 in "Nation & Europa" wie folgt: "Die neue politische Front wird sich zwischen den neoliberalen und den Anti-Neoliberalen ziehen." In dem NPD-Parteiorgan "Deutsche Stimme" wird schon seit Jahren um einen "nationalen Weg zum Sozialismus" diskutiert. Dort hieß es schon vor fünf Jahren: "Es stellt sich die Frage: Kann die neue NPD das Erbe der linken Tradition und des Strebens nach einer gerechten Gesellschaft antreten? (...) Möglich wäre ein Kapitalismus, der sich national restrukturiert. Dann wäre soziale Marktwirtschaft erneuerbar." Der Bezugspunkt eines solchen "Sozialismus" ist klar: Es ist die frühe, sich antikapitialistisch gerierende NS-Propaganda, die auf Volksgemeinschaft statt Klassenkampf setzt: "Die letzte gesellschaftliche Konsequenz aus dem Nationsbegriff, dass aus Zugehörigkeit zur Nation ein Anspruch auf soziale Gerechtigkeit erwächst, zog der Nationalsozialismus." (Funk, in: DS 2/2000) Hier wird die nationalrevolutionäre Phrasendrescherei in aller Deutlichkeit ad absurdum geführt: Offen wird der Nationalsozialismus als staatsterroristischer Ausdruck von Unterdrückung und Ausbeutung als Handlungsmaxime für eine "nationale Front" gegen den Neoliberalismus empfohlen. Dass mit einem solchen "Programm" fast jeder zehnte Wähler in Sachsen gewonnen werden konnte, sagt einiges über den Zustand in diesem Bundesland aus. "Der Faschismus ist auch totalitär darin, dass er die Rebellion der unterdrückten Natur gegen die Herrschaft unmittelbar der Herrschaft nutzbar zu machen strebt", so Horkheimer und Adorno hierzu wegweisend in ihren Analysen des Faschismus in der "Dialektik der Aufklärung". Ob die völkische NS-Propaganda der NPD nun deshalb besonders in Ostdeutschland auf fruchtbaren Boden fällt, weil sie Rückgriff nehmen kann auf ein durch die SED tradiertes

Dortmunder Neonazis am 1. Mai 2004 in Leipzig

nationalistisch-autoritäres Verständnis von preußisch geprägtem Kasernensozialismus, oder ob ihr dumpfer Rassismus ("Arbeitsplätze nur für Deutsche") und Populismus ("Jetzt reicht's!") allein schon zur Mobilisierung für "Protestwahl" ausreicht, sei dahingestellt. Fakt ist, dass die NPD in Sachsen mit völkischen Anti-Hartz-Kampagnen in Kombination mit offener Nazi-Propaganda ein Wahlpotenzial abgeschöpft hat, das quantitativ der SPD gleichkommt. Trunken von ihrem hohen Wahlerfolg verkündet die NPD nun eine "nationale Sammlungsbewegung" mit der DVU zur kommenden Bundestagswahl und träumt offen von der völkischen Machtergreifung: "Die historische Aufgabe der nationalen Opposition besteht heute darin, die sich formierende Volksbewegung mit allen Kräften zu unterstützen und diese in nationalistische Gesinnungsbahnen zu lenken. Dann stürzt nicht nur die SPD-Regierung, sondern die ganze BRD." Nun ist nach dem Landtagswahlen weder die BRD gestürzt noch die SPD und aller Wahrscheinlichkeit nach wird beides auch nicht nach der Bundestagswahl 2006 der Fall sein. Naheliegend ist hingegen ein erneutes und baldiges Zerwürfnis zwischen NPD, DVU und dem in informellen Kameradschaftszirkeln organisierten Lager des Neonazismus sowie erneute Skandale und Possen der frisch gebackenen braunen Landtagsabgeordneten. Der Etablierung von rassistischen Verwerfungen im Lebensalltag und dem Anstieg rechter und nationalistischer Dominanzkultur in den sich ausdehnenden Ruinen sozialstaatlicher Zersetzung wird dieses prognostizierte Possenspiel der Braunen in den institutionellen Gefilden der Politik jedoch keinen Abbruch tun.

Sozialpolitik im Kapitalismus

Die hegemonialen Parolen in Medien und Politik gegen den Sozialstaat als angeblich abgehalftertem Relikt vergangener Zeiten muten merkwürdig an angesichts der Tatsache, dass die BRD nach Artikel 20 GG und 28 GG gesetzlich als "Sozialstaat" charakterisiert ist. Doch hier sind keine "Systemzerstörer" sondern Reformer im wahrsten Sinne des Wortes am Werke. Denn entgegen landläufiger Interpretationen beinhaltet staatliche Sozialpolitik keinen gesetzlich garantierten und national verbrieften Garantieschein auf "soziale Gerechtigkeit", sondern schlicht die Aufgabe zur sozialen Regulierung der Anarchie kapitalistischer Akkumulation im nationalstaatlichen Rahmen durch spezifische Formen der Regulation und Reproduktion gesellschaftlicher Arbeit. Von daher geht die Empörung von "Arbeitnehmervertretern" gewerkschaftlicher, karitativer oder kirchlicher Couleur wie auch von politischen Nostalgikern des rheinischen Kapitalismus-Modells an der angeblichen Zerschlagung des Sozialstaates am Kern der Sache vorbei. Denn diese basiert auf einer staatszentristischen wie moralisierenden Verklärung der Funktionsweise von Sozialpolitik im Kapitalismus. Der Sozialstaat hat im Kapitalismus die Aufgabe der Gewährung von Reproduktion der Arbeitskraft zur Sicherung von Kapitalakkumulation und der Herstellung eines weitgehenden gesellschaftlichen Konsens zu den Formen staatlicher und politischer Regulation. Dies war bei den Bismark'schen Sozialgesetzen nicht anders als bei den heutigen Diskussionen um "Reform" des Staates. Dieses Prinzip funktioniert sowohl unter nachfrageorientierten, keynesianisch ausgerichteten wie unter angebotsorientierten, neoliberal ausgerichteten Regulationsverhältnissen. Natürlich besteht ein Unterschied in der Form sozialstaatlicher Regulierung zwischen den Zeiten des sozialstaatlichen Klassenkompromisses in der fordistischen Periode des Kapitalismus und der seiner heutigen Form als "aktivierender Sozialstaat". Doch auch schon in der heute von vielen Linken verklärten sozialdemokratischen Ära des "Modells Deutschland" bekannte sich die SPD – seit dem Godesberger Programm 1959 – zu dem marktwirtschaftlichen Grundsatz "Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig". Eine Kritik an den gesellschaftlichen Verwerfungen sozialpolitischer Zurichtungsmaßnahmen wird dann problematisch, wenn sie den Blick aufs Ganze verliert und wahlweise "die Politiker", "die Börsenspekulanten" oder "das" ausländische Großkapital als Sündenböcke eines "Raubtierkapitalismus" erklärt, welcher einen angeblich guten, "rheinischen", "sozialpartnerschaftlichen" oder "deutschen Weg" (Schröder) des Kapitalismus bedrohe. Nicht von ungefähr erfahren bei einer solchen Verklärung von "gutem" und "bösem" Kapitalismus in öffentlichen Debatten nicht zuletzt auch die Neonazis Zustimmung, da sie bei gleicher Argumentation zudem den "Vorteil" von passenden Feindbildern und platten autoritären Lösungsvorschlägen haben. Nationalismus und Rassismus als "Kitt" für gesellschaftliche Zersetzungsprozesse wird politisch genau so von der etablierten Politik benutzt. Eine emanzipatorisch ausgerichtete Kritik an den sozialen Verwerfungen sozialpolitischer Maßnahmen sollte deshalb diese Fallstricke benennen und argumentativ gegen Bestrebungen für einen "besseren Kapitalismus" mit dem Verweis auf Alternativen zu der kapitalistischen Verwertung menschlichen Lebens entgegentreten.

"Arbeit ist Aufbau - Arbeitslosigkeit Verfall"

Von Jan Körper und Andreas Speit

"Volkssozialismus" statt "Verelendungsprogramm"

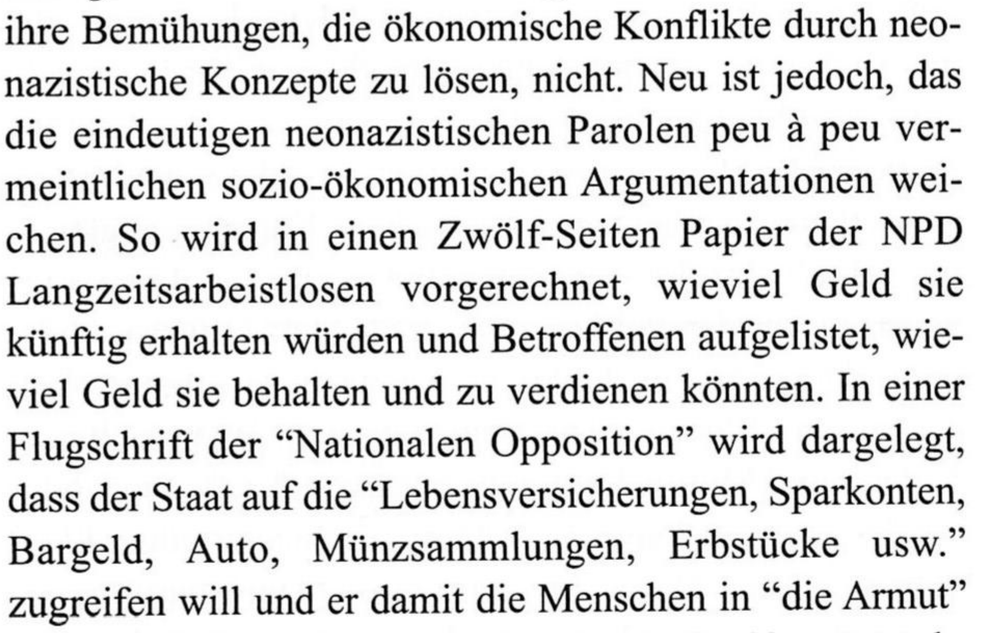
"Hartz muß weg", "Arbeit statt Hartz IV" und "Uns reichts!". In diesem Sommer treibt der Unmut über die Sozialreform und die Sorge vor der Fusion von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe Tausende Menschen auf die Straße: Ost und West, Mitte und Unten, Links und Rechts. "Wir sind das Volk!" schallt es wieder jeden Montag vor allem auf ostdeutschen Straßen. Die Kritik an dem Labeling "Montagsdemos" von ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern und die Diffamierungen des Protest als "unberechtigt" von einiger Politikern verschärften nur den Unmut gegen "die da oben". Mal wieder fühlen sich nicht nur die etwa drei Millionen Menschen, die direkt von den Reformen betroffen sind, von der Politik nicht ernst genommen. Ein "Grundgefühl von Zweitklassigkeit" entsteht besonders im Osten, verwoben mit dem Gefühl der totalen Entwertung der DDR-Biographien. Mit Politikverdrossenheit hat dieser Straßenprotest alleine wenig zu tun. Mehr jedoch mit einer Systementtäuschung. "Die Partei- und Gewerkschaftsbonzen nehmen uns alles", schimpf ein arbeitsloser älterer Mann am Mikrophon in Leipzig, ebenso wie eine junge Frau in Dresden: "Die da oben nehmen uns jede Würde". Die Ungleichheit bei der Verteilung der Lasten der Reform lässt Hartz IV als "Roadmap" zum sozialen Abstieg erscheinen.

Auf dem ersten Blick sah es so aus, als wenn die Aufregung um Hartz IV so verliefe, wie die Beschwerden bei der Selbstkostenbeteiligung im Krankheitsfall. Wieder hatten bunte Boulevard-Blätter mit fetten Lettern wie "Jetzt sind die Sparbücher der Kinder dran" die Ängste geschürt. Auf den zweiten Blick – räumen mittlerweile Politik- und Parteienforschen ein – offenbare sich jedoch, dass der Protest das "kaum gefestigte Politikgefüge in Ostdeutschland ins Rutschen" bringe. Diese Erschütterungen werden auch dann im privaten Denken nachwirken, wenn die öffentlichen Proteste verklungen sein dürften. In dieser Atmosphäre von Partei- und Systemverdrossenheit über Existenzangst und Sozialneid bis hin zu "Deutsche-zuerst-Vorstellungen", versucht die extreme Rechte aller Couleur weiter Akzeptanzen für sich zu schaffen. Nach 1989 besteht die Gefahr, dass mit der Parole in "Wir sind das Volk" eben auch "Deutsche zuerst" mitschwingt.

Kaum waren die ersten Neonazis auf den "Montagsdemonstrationen" erschienen, warnten Verfassungsschützer, die sonst schnelle Entwarnung vor dem "Rechtsextremismus" geben, dass "Rechtsextremisten" die Proteste "für ihre Propagandazwecke nutzen" wollten. Auch wenn dieses eher nach Diskreditierung als nach Analyse klingt, wurde offensichtlich, dass bei den Protestaktionen wie in Berlin, Magdeburg, Dresden, Gera oder Jena vor allem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die Freien Kameradschaften versuchten sich als "wahre Volksvertreter" zu gerieren, die die "Ausbeutung des Volkes" durch Harz IV verhindern würden. Mit unterschiedlichem Erfolg: In Magdeburg konnten 80 Freien Kameradschaftler beispielsweise zeitweise ungestört am 2. August die Demonstrationsspitze bilden. In Köthen

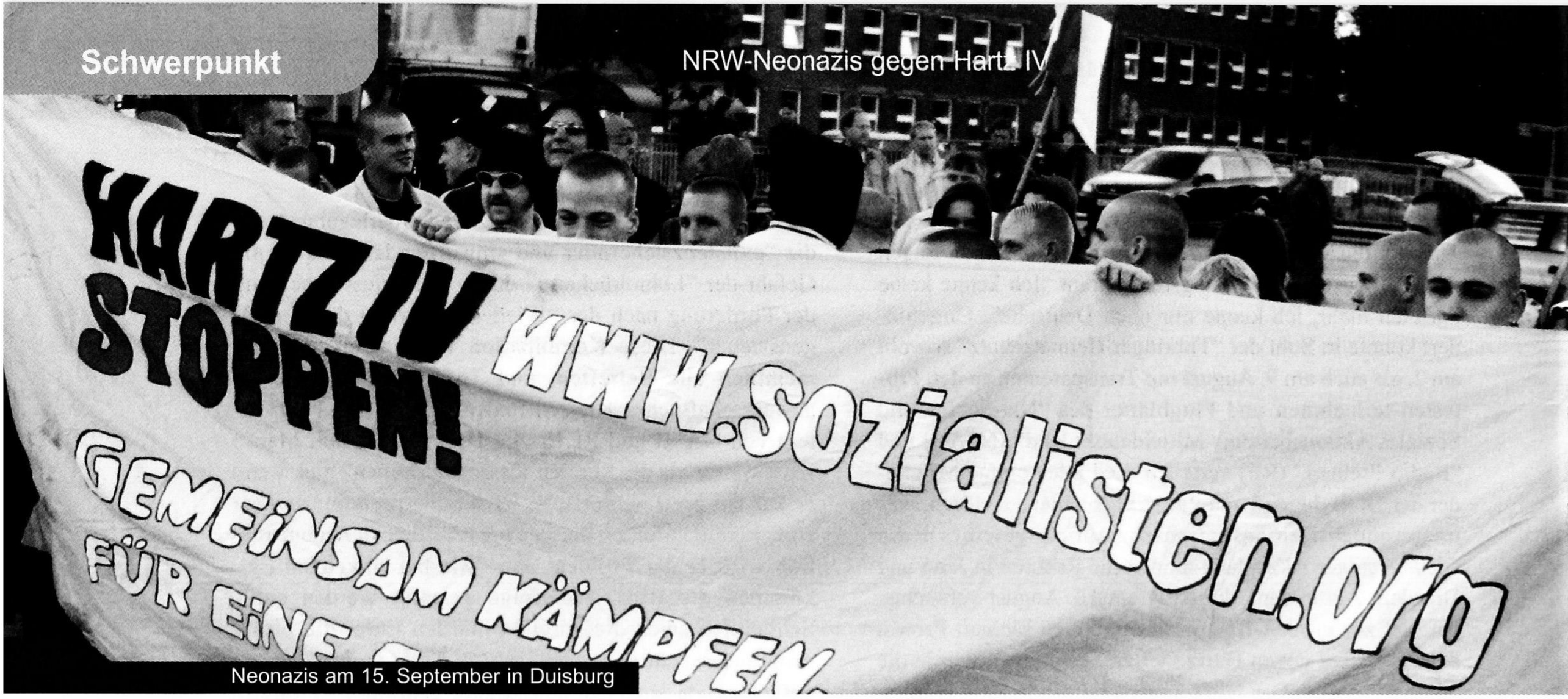
meldete der Republikaner Kreisvorsitzende Mirko von Theodor die Montagsdemo an. Über 500 Menschen folgen am 4. August dem Führungstransparent "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche". Ungehindert konnte in Suhl der "Thüringer Heimatschutz" sowohl am 2. als auch am 9. August mit Transparenten an den Protesten teilnehmen und Flugblätter des "Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland" (NSAB) und "Radio Freiheit" (RF) verteilen. Lediglich einige Mitglieder der DGB-Jugend und Punks versuchten zu stören, was im gesamten Demonstrationszug auf ein geteiltes Echo stieß. Weniger Akzeptanz fanden die Rechten in Jena und Dresden: Als in Jena die NPD am 16. August versuchte, parallel zur großen Demonstration einen kleinen Protest der "Initiative gegen Hartz IV" zu bestimmen, wurde die Aktion beendet. Der NPD-Kreisvorsitzende Ralf Wohlleben meldet sofort eine Spontandemo an, an der sich etwa 20 Gleichgesinnte beteiligten. In Dresden drängten am 9. August beherzte Teilnehmer einen Block von über 60 NPD-Anhänger zu Beginn aus der Demonstration.

Die Hinwendung der Rechten zu den Protestaktionen ging eine Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage voran. Seit Monaten bemühen sich NPD und Freie Kameradschaften, die "Soziale Frage" mit neonazistischen Antworten zu lösen. Von der "Deutschen Stimme" (DS), der Parteizeitung der NPD, über "Widerstand.com", eine Website der Freien Kameradschaften, finden sich etliche Beiträge, die verschiedene Details über die Auswirkungen der Streichungen von staatlichen Leistungen behandeln. Neu sind ihre Bemühungen, die ökonomische Konflikte durch neonazistische Konzepte zu lösen, nicht. Neu ist jedoch, das die eindeutigen neonazistischen Parolen peu à peu vermeintlichen sozio-ökonomischen Argumentationen weichen. So wird in einen Zwölf-Seiten Papier der NPD Langzeitsarbeistlosen vorgerechnet, wieviel Geld sie künftig erhalten würden und Betroffenen aufgelistet, wieviel Geld sie behalten und zu verdienen könnten. In einer Flugschrift der "Nationalen Opposition" wird dargelegt, dass der Staat auf die "Lebensversicherungen, Sparkonten, Bargeld, Auto, Münzsammlungen, Erbstücke usw." zugreifen will und er damit die Menschen in "die Armut" stürze. Mit dieser Argumentation des Aufgreifens tatsächlicher Fakten, zu Beginn der Schriften, die Menschen in ihren Lebensverhältnisse betreffen, gerieren sie sich als Vertreter des einfachen Mannes, der dessen Sorgen und Ängste ernst nimmt. Aus diesen Daten und Fakten folgt auch das Anführen von links-sozialen Überlegungen wie die "exitstenzsichernder und sinnstiftender Arbeit", die Gefahr der "Lohndrückerei" durch "Niedrigstlöhne" und der Forderung nach der "Wiedereinführung der Vermögenssteuer". Diese Kombination von Fakten, die vermeintlich alle Betreffen, und Thesen aus linken und gewerkschaftlichen Kreisen finden sich auch in Flugblättern von NASB und RF. In der DS (7/2004) holt Martin Laus weiter als die "Freien Kameradschaften" aus, wenn er auf ein preistheoretische Kriseninterpretationsmuster zurückgreift. Ähnlich der gewerkschaftlichen Argumentation wirft er das Problem auf, "wie bei sinkenden Einkommen die Binnennachfrage gestärkt werden soll". Schließlich seien die "drei Milliarden Euro, die bisher mehr ausgeschüttet wurden, nahezu direkt in den Konsum geflossen, da sie Personen zugute gekommen (wären), deren Sparquote aufgrund des geringen Einkommens äußerst gering ist". Gleichwohl geht es den Neonazis nicht nur um die Rücknahme von Hartz IV. Viel mehr steht ein "Systemwechsel (an): Die liberale Marktwirtschaft ist durch ein sozialistisches und volkswirtschaftliches System zu ersetzen". Ein "volkssozialistischer Staat", wie es der NASB nennt, soll das deutsche Volk retten. Zu diesem deutschen Volk gehöre dann weder das vom "schaffendem Kapital" abgetrennte "vaterlandslose Spekulationskapital", mit dem es "in der BRD nach dem Vorbild USA immer weniger regulär entlohnte Arbeit geben" würde, noch die "Millionen unwillkommenen Ausländer" welche "immer noch Leistungen beziehen, ohne jemals einen Pfennig eingezahlt zu haben". Das "Verelendungsprogramm der Etablierten" will der RF indes dadurch stoppen, dass "Sand ins Getriebe des maroden und korrupten Systems" gestreut und eine "nationalen Partei bei den vielen kommenden Wahlen" gewählt wird. Das NASB denkt mehr an eine national befreite Wirtschaftszone: Hier "hat die Wirtschaft dem Volk zu dienen", denn "Arbeit ist wichtiger als Kapital" und "der natürliche Lebensraum ist wichtiger als die Weltwirtschaft". Den Flugschriften der Rechten ist gemein, dass sie am Ende meistens erst ihre neonazistischen Gehalt durch rassistische Forderungen offenbaren. Doch auch diese werden ganz im Tenor der Ressentiments in der "Mitte der Gesellschaft" vorgetragen. "Wir brauchen eine Politik, die Arbeit für Deutsche schafft. Deshalb fordern wir ein Ende der Lohndrückerei", erklärt die "Nationale Opposition" für ihre Verhältnisse moderat und betont etwas prägnanter: "Wir fordern die Rückführung hier lebender Ausländer." Bei einigen Organisatoren des Protestes - von sozialpolitischen Aktionsbündnissen bis hin zu Gewerkschaften - wird längst eine politische Debatte für die praktische Distanzierung gegen Rechts geführt. Kein Grund für Brandenburgs Regierungsvize Jörg Schönbohm (CDU) nicht zu erklären: "Die PDS nutz die Fehler der rot-grünen Bundesregierung für eine gnadenlose Diffamierungskampagne, die der DVU oder NPD in nichts nachsteht".



Neonazistisches Transparent am 1. Mai 2004 in Berlin

Aus: Der Rechte Rand. Nr. 90. Sep./Okt. 04



Neonazis am 15. September in Duisburg

Von Jan Spreuk

"Einmalige Gelegenheit" verpasst

NRW-Neonazis gegen Hartz IV

Axel Schoppmann, Pressesprecher der NPD im Märkischen Kreis, war rundum zufrieden mit dem Tag. Ganz ungestört hatten seine Kameraden an jenem 30. August an der dritten Montagsdemonstration in Lüdenscheid teilnehmen und ihr Transparent "Hartz IV ist Armut per Gesetz" spazieren tragen können. Zu keinen Behinderungen oder Störungen durch Versammlungsleiter oder andere Demoteilnehmer sei es gekommen, freute sich Schoppmann – und sah bereits eine neue Volksfront heranwachsen: "In Einzelgesprächen mit politisch eher ‚links' stehenden Menschen wurde deutlich, dass die asoziale Reformpolitik der rot-grünen Regierungskoalition vermeintlich Trennendes überwindet und Solidarität unter den Betroffenen schafft."

Davon haben sie geträumt: sich tatsächlich wie ein Fisch im Wasser fühlen zu können unter "ganz normalen" Menschen, die auf die Straße gehen, "Wir sind das Volk" rufen und dabei nicht gleich so lächerlich bei ihren eigenen Demos zu skandieren, hier marschiere "die deutsche Jugend". Sicher, das Potenzial extrem rechter Auffassungen geht weit über jene Kreise hinaus, die bei den Demonstrationen von Cremer oder Worch, Reitz oder Pradel auflaufen. Und doch sind die Cremers, Reitz' und Pradels besonders im Westen stigmatisiert. Das Schmuddelkinder-Image hinter sich zu lassen, mit Anknüpfungen an Alltagsdiskursen rassistischer, antiislamischer oder antisemitischer Provenienz, bleibt ihr Ziel. Noch einfacher, noch besser, weil nicht so schnell der Hammer des Strafrechts droht, ist freilich das Anknüpfen an soziale Interessenlagen. Die Montagsdemonstrationen erschienen vielen der Neonazis daher wie ein Geschenk des Himmels. **Gerhard Ittner** beispielsweise jubilierte: "Wahrscheinlich hatte der Nationale Widerstand noch nie so eine große Möglichkeit, Breitenwirkung im Volk zu erreichen, wie sie mit dem Aufgreifen dieses Sozialthemas in der gegenwärtigen und sich ja immer weiter zuspitzenden Situation gegeben ist." Dies sei nun "eine einmalige Gelegenheit", schwärmte Ittner, phantasierte gar vom "beginnenden Volksaufstand".

Dortmunder Neonazis waren in NRW die ersten, die diese Chance nutzen wollten. Gerade eine Woche, nachdem es in Magdeburg Neonazis gelungen war, sich an die Spitze einer Montagsdemonstration zu stellen, wollten sie es am 9. August den "mitteldeutschen" Kameraden gleichtun. Doch der Versammlungsleiter erteilte ihnen eine Absage, von der Polizei gab's noch Platzverweise obendrein. Nicht überall hatten es Neonazis so schwer. Wiederum eine Woche später demonstrierten Wattenscheider NPDler und Mitglieder des "Wattenscheider Widerstands" bei der Montagsdemo in Bochum mit. Sie verteilten Flugblätter gegen Hartz IV und eine "Deformation des Gesundheitssystems" und wurden erst gebremst, als NPD-Landesvize **Claus Cremer** auch noch das "offene Mikrofon" nutzen wollte. Regelmäßige Teilnehmer an bürgerlichen Montagsdemos waren auch Neonazis aus Mönchengladbach und dem Aachener Raum.

"Lobenswerter Einsatz" in Herne

"Es reicht nicht sich an irgendwelchen Stinodemos zu beteiligen... Eigeninitiative ist gefragt!", schrieb am 29. August der Autor "AgentBulldog", hinter dem man den Herner "Kameradschaftsführer" **Stefan Braun** vermuten darf, im "Freien Forum" und lud zur ersten eigenen "Protestkundgebung gegen Hartz IV" am 6. September ein. "Natürlich ist es gut sich auch auf anderen ‚Normalo'-Demos sehen zu lassen und Flagge zu zeigen... Doch diese Thematik, ernst wie sie nun auch sei, ist für uns ein gefundenes Fressen... die unzufriedenheit im Volk und

vorallen bei den Sozial-Schwächeren nimmt zu, und die breite Masse sucht nach Alternativen... und dort finde ich, müßen wir ins Spiel kommen! Sie suchen alternativen?! Wir bieten sie!!! diesmal ist es mehr als nur eine Chance, das sich ‚normale Bürger' bei uns einreihen und NICHT sich schämen mit uns gesehen zu werden."

Von Christian Worch gab's Lob für die Herner "Kameradschaft": "Ausgezeichnet; lobenswerter Einsatz!" Worch empfahl, "SOWOHL eigene Montags-Demos gegen Hartz IV zu machen ALS AUCH sich in (öffentlich erkennbarer, wahrnehmbarer) Form an den ‚allgemeinen' Montagsdemos zu beteiligen." Da die Beteiligung an den Montagsdemos im Westen sehr viel geringer ausfalle "als in Mitteldeutschland, kann man in Westdeutschland wohl eher auch eigene Montags-Demos anmelden und durchführen, ohne sich vom Zahlenverhältnis her lächerlich zu machen".

Die Herner "Kameraden" freilich schafften es, sich trotz solcher scheinbar günstigen Voraussetzungen lächerlich zu machen. Brauns Hoffnung, dass "wir hier lokal einen kleinen erfolg verbuchen können, und uns positiver in der breiten Masse darstellen können", trog. Gerade einmal rund 30 "Kameraden" kamen zur "ersten Nationalen Protestkundgebung des Ruhrgebietes gegen Hartz IV" am 6. September auf den Herner Rathausplatz, um dort den Rednern, Braun selbst, Claus Cremer (NPD), **Wolfgang Mond** (NPD) und Axel Reitz (KDS), zu lauschen. Lautstark gestört wurden sie von rund 80 AntifaschistInnen. "Leider beteiligten sich diesmal noch nicht soviele Menschen am ersten nationalen Protest gegen Hartz IV", resümierte die "Kameradschaft Herne" zwar auf ihrer Homepage. Unterm Strich bewertete sie den Tag jedoch als "klaren Erfolg! Wann wehten zuletzt Schwarz-Weiß-Rote Fahnen vor dem Herner Rathaus?! Ein Gefühl der besonderen Art, gerade in Verbindung mit Nationaler Musik!" Ein Gefühl aber auch, das für einige Kameraden teuer erkauft war. Ein Gelsenkirchener Neonazi klagte noch am selben Abend im Gästebuch der Kameradschaft: "Es war nicht möglich etwas gegen die Horde von Kreischenden Links-Faschisten zu unternehmen. Ich wurde am Ende von einem Mob (etwa 10 Leute) Antifanten durch die Straße gehetzt." Und weiter: "Vielen ging es ähnlich. Ein Kammerad (ebenfalls aus Gelsenkirchen) wurde feige mit Pfefferspray angegriffen." Sein Fazit: "Die Organisation hat heute in vielen Fällen versagt."

Viel besser ist es auch bei den beiden folgenden Kundgebungen am 20. September und 4. Oktober nicht geworden. Zwar beteiligten sich mit jeweils rund 60 Teilnehmern mehr "Kameraden" an den Aktionen, dem Ziel, eine "Alternative" für die "unzufriedenen im Volk" darzustellen, sind sie allerdings keinen Schritt nähergekommen.

Noch peinlicherer Versuch in Korbach

Komplett versagt in Organisation und Durchführung hatte am 4. September auch ein junger Neonazi aus dem sauerländischen Medebach, der im benachbarten Korbach eine Demonstration unter dem Motto "Hartz IV nicht mit uns – Für ein Sozialsystem das dem Deutschen Volk dient!" angemeldet hatte. Bis zu 500 Teilnehmer kündigte er vollmundig an, von denen 400 bereits fest zugesagt hätten. Am Ende kamen 15, die sich, so meldete die Polizei, "zügig" durch die Innenstadt bewegten, zwei kurzen Reden lauschten und die Veranstaltung "vorzeitig zu Ende" brachten.

Risikoloser und weniger blamagenträchtig erschien manchen Neonazis das Verteilen von Flugblättern. Münsteraner NPDler beispielsweise waren am 21. August in der Innenstadt unterwegs, um ihre Flugblätter "Hartz IV – Ein Name wird zum Fluch... - Deutscher Facharbeiter wehre dich" unter die Leute zu bringen und damit gleich auch die praktische Nutzanwendung: "Es gibt die Alternative, die uns wieder in eine sozial gerechte Zukunft blicken läßt: NPD!", wie es auf der Homepage der NPD Münster hieß. NPDler aus Steinfurt hatten es ein paar Tage zuvor vermieden, bei einer Mahnwache vor der Agentur für Arbeit in Rheine unter ihrem Parteilabel aufzutreten, wie ihr Kreisvorsitzender **Matthias Pohl** berichtete. Ein "parteiunabhängiger Zusammenschluss" wurde statt dessen vorgeschoben. Pohl: "So hatten wir auch diesmal kein Ärger mit der Polizei oder der Antifa."

Weitere Pleite in Duisburg

Ärger hatten dafür aber jene rund 50 Neonazis aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet, die am letzten August-Montag in Duisburg auflaufen wollten. Dabei wollten sie es doch eigentlich so klug anstellen. Statt einzeln am Treffpunkt der Montagsdemo aufzutauchen, hatten sie sich ein paar hundert Meter abseits gesammelt. Mit ihren Transparenten (u.a.: "Weg mit Hartz IV – Für eine sozialistische Zukunft" und "Kapitalismus angreifen – Autonomen Widerstand organisieren") versuchten sie zur Demo zu gelangen, was aber auf energischen Widerstand stieß. "Völlig enthemmtes linkes Pack, weit in der Überzahl, stürzte sich auf die Nationalisten und drängte sie an eine Häuserwand... Diese wehrten sich zwar tapfer und zahlten auch tüchtig zurück, mussten aber dennoch nach einigen Minuten den Rückzug antreten", jammerte die Duisburger NPD. Später habe "die Polizei eine wüste Verfolgungsjagd gegen die nationalen Opfer" gestartet. Am Ende landeten mehr als zwei Dutzend der Kameraden im Polizeigewahrsam. Gegen sie wird wegen des "Störens einer angemeldeten Veranstaltung" ermittelt.

Auch in Lüdenscheid konnten sich Schoppmann & Co. nicht lange über ihren Erfolg freuen. Nachdem ein neues "Aktionsbündnis gegen die Agenda 2010" die Organisation übernommen hatte, wurde bei der Montagsdemo am 13. September ein Prinzipienkatalog beschlossen: "Im Rahmen der Agenda 2010 wird ein rücksichtsloser Sozialkahlschlag betrieben. Wir sind uns einig: Hartz IV schafft keine Arbeit, sondern Armut. Die Proteste sind überparteilich. Jeder hat das Recht, sich für unsere gemeinsamen Anliegen für eine sozial gerechte Welt einzubringen. Wir grenzen uns aber entschieden von rechtsradikalen Ansichten ab." Dies festzustellen wäre freilich schon Wochen vorher nötig gewesen.

Von Christian Grünert

Mehr als nur Sommertheater?

Hartz IV-Proteste in Ostdeutschland

Im Spätsommer gingen, für viele Aktivisten aus Gewerkschaften, Sozialforen und linken Gruppen überraschend, in Ostdeutschland zehntausende gegen die Hartz-Gesetze auf die Strasse. Inzwischen ist der Protest verebbt. Hat die Propaganda-Offensive der Bundesregierung ihre Wirkung getan? Ist es ihr erfolgreich gelungen, den Protest auszusitzen? Ein kritischer Rückblick auf die Monatsdemos.

Wie alles begann ....

Ausgangspunkt der Proteste war die sachsen-anhaltinische Landeshauptstadt Magdeburg. Hier demonstrierten Anfang August erstmals in größerem Umfang Betroffene gegen Hartz IV. Initiator des Protests waren nicht etwa die Gewerkschaften oder eine Sozialinitiative, sondern ein als Privatmann agierender ehemaliger Eisenbahner, der seit Jahren arbeitslos ist. Die Mobilisierung war aufgrund der medialen Großwetterlage auch ohne Plakate und Aufrufe möglich. Die Fakten taten ein übriges: Bei einer Arbeitslosenquote von regional über 20% und einem überproportional hohem Anteil an Arbeitslosenhilfe-Empfängern, sind die Folgen von Hartz IV für eine große Gruppe Betroffener deutlicher und drastischer zu spüren, als anderenorts. Rund ein Drittel der jetzigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe, so Schätzungen von Gewerkschaftern, werden ihren Leistungsanspruch durch die Regelungen des neuen Gesetzes verlieren. Dies beträfe in erster Linie Frauen.

Medien

Nachdem ostdeutsche Medien sich Anfang August massiv als Multiplikatoren der Montagsdemonstrationen betätigten, drehte sich der Wind spätestens seit den Eierwürfen auf **Schröder** in Wittenberge. Die Chefredakteurin der in Halle erscheinenden "Mitteldeutschen Zeitung" und ehemalige DDR-Korrespondentin der FAZ, **Monika Zimmermann**, bangte um die politische Kultur. Den Protest für soziale Partikularinteressen mit dem Sturz einer Diktatur zu assoziieren, hält sie schlicht für illegitim. Das MDR-Fernsehen versäumte es in seiner Berichterstattung nicht, die angeblichen Vorzüge von Hartz IV darzustellen und die Masse der Demonstrationsteilnehmer als schlecht informierte Bürger zu bezeichnen.

Die Berichterstattung bezüglich der Zahl der Demonstrationsteilnehmer blieb widersprüchlich. So lagen die von MDR angegebenen Zahlen Anfang August nach Beobachtungen von Organisatoren der Proteste eher über denen der tatsächlichen Teilnehmer. Erst im September setzte eine Medienkampagne ein, die den Rückgang der

Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen noch verstärkte. In regionalen Medien dominieren seitdem Sendungen, die im MDR-typischen Ost-Identitätsgewand als Kummerkasten und Multiplikator von Verlautbarungen der Arbeitsagenturen fungieren. Ratgebersendungen haben Hochkonjunktur, über Proteste wird nicht mehr berichtet.

Neonazis

Neonazistische Gruppen und NPD setzen sich erfolgreich als Sprachrohr der Bevölkerung in Szene. So riefen eine Vielzahl von Kameradschaften unter Bezugnahme auf die erfolgreich verlaufende Teilnahme Magdeburger Neonazis an der dortigen Demo dazu auf, sich aktiv zu beteiligen und eine führende Rolle anzustreben. Mancherorts wurden die Neonazis gar in das örtliche Sozialbündnis integriert. Nicht selten bestanden zwischen den Kameraden und den Demonstranten inhaltliche Schnittmengen in Bezug auf politische Vorstellungen von einer autoritären Arbeitsgesellschaft. Den Wahlerfolg der sächsischen NPD jedoch nur auf den vielbeschriebenen Hartz IV-Effekt zurückzuführen, wäre verfehlt. Auch ohne das Kampagnenthema Hartz IV wäre die Partei in Sachsen auf bis zu 6 % der Stimmen gekommen, so Wahlforscher. Als Hauptgrund sehen auch AntifaschistInnen eher die über Jahre erfolgreiche Organisationsarbeit der Partei in Sachsen als Grund für den Wahlerfolg.

Grenzen des Protests

Die Ursachen, dass der Protest ebenso schnell verebbte, wie er entstand, sind vielschichtig. Ein wesentlicher Grund dürfte darin liegen, dass der von manchen erwartete Politisierungs-Schub hin zu einer sozialen Bewegung ausgeblieben ist. Zudem ist es keiner politischen Kraft, schon gar nicht der Linken, gelungen, nachhaltig ihre Inhalte bei den Protesten zu verankern. Auch die ritualisierte Protestform der Montagsdemonstration, die sich im Rückgriff auf die Wendezeit 1989 anbot, verpuffte im Diskurs-Mechanismus des westdeutschen Politikbetriebs wirkungslos. Die sich in der Endphase der Mobilisierung abzeichnenden Organisierungs-Versuche wurden vor Ort kaum wahrgenommen und ausschließlich unter den "üblich verdächtigen" AktivistInnen geführt. Die Stärke des Protests, nämlich seine Fixierung auf Hartz IV, war zugleich seine Schwäche. Andere Themenbereiche sozialer Ausgrenzung und ihrer Ursachen wurden nicht mal tangiert. So blieb es bei einer erfolglosen, unorganisierten Einpunkt-Mobilisierung.

In den letzten Wochen meldeten sich aus der Sozialwissenschaft nicht wenige Protestinterpreten zu Wort. **Dieter Rucht**, Protestforscher am Berliner Wissenschaftszentrum, äußerte sich zunächst erstaunlich optimistisch über das Mobilisierungs-Potential und den Verlauf der Demonstrationen in Ostdeutschland. Der Protest, so Rucht, werde tendenziell zunehmen. Es erscheint fraglich, ob die Paradigmen der Bewegungsforschung, die auf die postmaterialistischen neuen sozialen Bewegungen in Westdeutschland der 70er und 80er Jahre zurückgehen, auf die Proteste in Ostdeutschland anwendbar sind. Die spezifische, aus der Wendezeit adaptierte Artikulationsform des Protests, die sich in klassischen Demonstrationszügen, jenseits von Aktionen zivilen Ungehorsams erschöpft, legt den Schluss nahe, bei den Protesten handle es sich um einen letzten Aufstand der sich betrogen fühlenden DDR-Generation. Eben jene, die 1989/1990 mit der schnellen Wiedervereinigung illusorische Hoffnungen auf Wohlstand verbanden, finden sich nun bei den Protesten wieder. Prozentual stellen die heute 40- bis 50-jährigen einen hohen Anteil der Wendeverlierer.

Skeptischer als Rucht beurteilt der konservative Politikwissenschaftler **Everhard Holtmann** die Proteste.[1] Die Implementierung von aus Westdeutschland übernommenen sozialen Konflikt-/Konsensregularien sei von der Politik nur unzureichend umgesetzt worden. Es fehle ihnen an kollektiver Verankerung in der Bevölkerung, was den Eindruck erwecke, der Protest schlage ungefiltert auf die Systemfrage durch. Tatsächlich jedoch gehe nur eine Minderheit der Ostdeutschen auf die Straße, was die Zahlenrelationen zur Wendezeit 1989 auch belegen.[2]

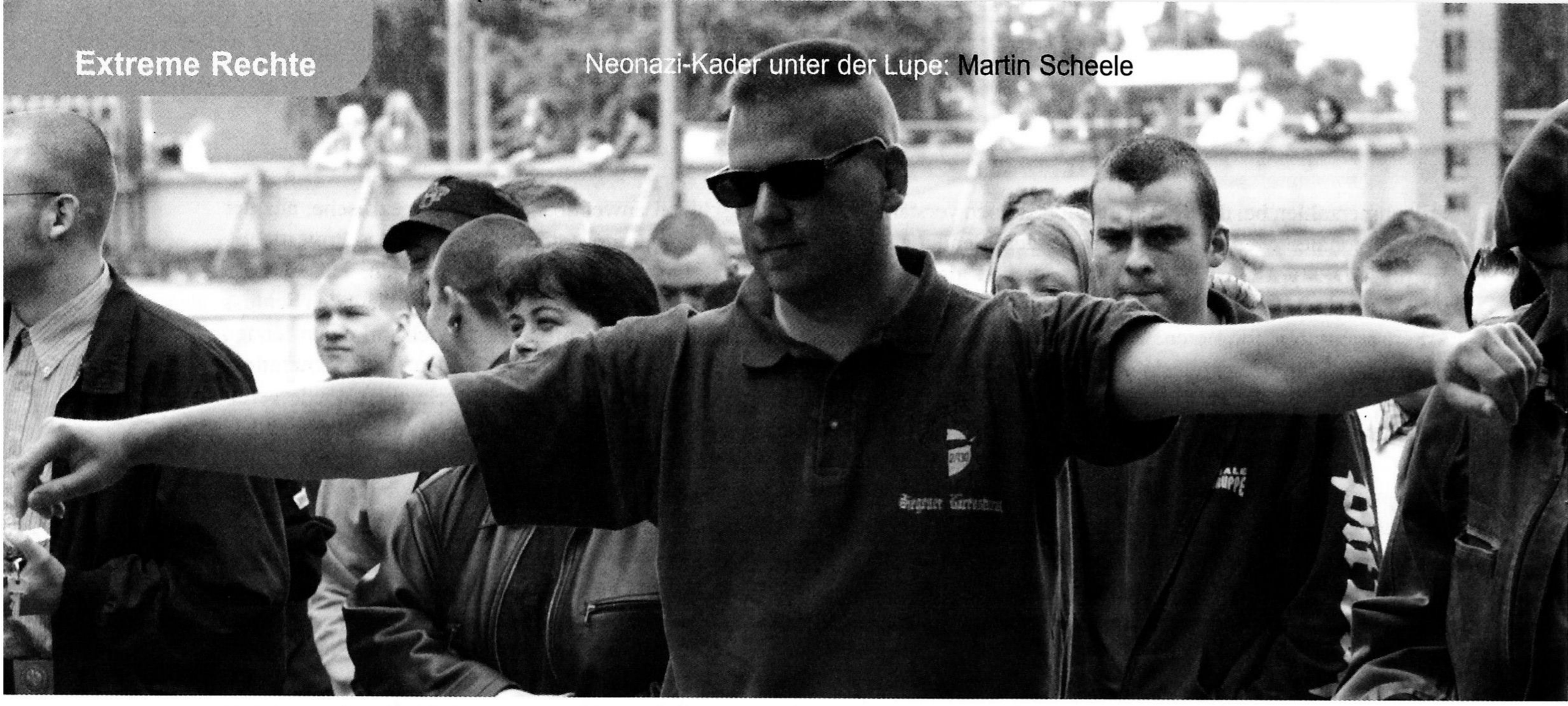
Ausblick

Vielerorts wird damit gerechnet, dass der Protest im Falle eines im Januar entstehenden Chaos bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes II wieder aufflammen könnte. Dass es dabei auch zu gewalttätigen Protesten kommen könnte, ist nicht der Fantasie besonders revolutionärer Gruppen entsprungen, sondern ist Grundlage eines gezielt an die Öffentlichkeit "gelangten" Papiers des sachsen-anhaltinischen Innenministeriums. Darin wird ein recht unwahrscheinliches Szenenario von Arbeitsamts-Besetzungen und öffentlichen Ausschreitungen beschworen. Doch egal welche Planungen bei den Behörden in der Schublade liegen, eine soziale Bewegung, die nachhaltig wirken will, muss erst mal eine inhaltliche Standortbestimmung vornehmen, bevor sie ein Faktor wird.

[1] Vgl. "Frankfurter Rundschau" vom 01. September 2004, Seite 4

[2] Vgl. *de.indymedia.org*: Montagsdemonstrationen in Zahlen und Links, Christoph (Hrsg.) : Chronik der Wende; Berlin 1998

Neonazis auf einer Montagsdemonstration in Magdeburg



Neonazi-Kader unter der Lupe: Martin Scheele

Von Jan Spreuk

Der Hooligan

Neonazi-Kader Martin Scheele unter der Lupe

Auf den ersten Blick ist es ein ganz normales Mannschaftsfoto. 14 junge Nachwuchskicker: die D1 der "Jugendspielgemeinschaft", zu der sich der "FC Grün-Weiß Siegen" und die "Sportfreunde Obersdorf-Rödgen" zusammen getan haben. Ungewöhnlich ist höchstens der Trainer, der sich hinter den zehn- bis zwölfjährigen Knirpsen aufgebaut hat. Ihn kennt man eher als Organisator und Ordner bei Neonazi-Treffen, als Verbreiter von brauner Propaganda im Internet, als einen, der sich bemüht hat, Hooligans und Neonazis zusammenzubringen: **Martin Scheele**, so scheint's, hat inzwischen ein Herz für den Fußball spielenden Nachwuchs entdeckt.

Mehr als 15 Jahre gehört Scheele schon zur extrem rechten Szene. Etwa seit 1988, berichtete er einmal vor Gericht, habe er seine "nationale Einstellung". Damals habe er einen "losen Zusammenschluss Gleichgesinnter" kennen gelernt, deren Ansichten ihm "halt gefallen" hätten. Vermutet werden kann, dass es sich um Leute aus dem Umfeld der militant-neonazistischen "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) gehandelt hat, die Scheele rekrutierten. In der SAF gehörte er schon bald zum Stammpersonal. Anfang Dezember 1993 war er beispielsweise gemeinsam mit den damaligen Köpfen der SAF, **Andree Zimmermann** und **Thomas Kubiak**, mit dabei, als in Dortmund ein Landesverband der "Deutschen Nationalisten" (DN) gegründet werden sollte. Doch nicht nur extrem rechte Organisation und Politik interessierte den damals 23-Jährigen. Zwei Wochen später war er mit von der Partie, als Neonazis vor einem Flüchtlingswohnheim in Hamm randalierten und "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus" grölten. Vor Gericht kam er dafür - mehr als drei Jahre später – mit Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 1.200 DM günstig davon. Bereits 1994 hatte ihn das Amtsgericht Marburg in einer anderen Sache wegen schweren Landfriedensbruchs zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt.

Neonazi-Kader und Agitator in Hooligan-Kreisen

In der Zwischenzeit war Scheele, der in Meschede und Bestwig aufgewachsen war und Werkzeugmechaniker gelernt hatte, nach Siegen umgezogen, wo er eine weitere Ausbildung als Heizungsbauer aufnahm. Zwar hatte er in der Gerichtsverhandlung im Januar 1997 behauptet, sich aus der Szene "ziemlich zurückgezogen" zu haben – tatsächlich aber ließen seine Aktivitäten kaum nach. Ebenso wie Zimmermann fungierte er als Bindeglied zwischen sauerländer und siegerländer Neonazi-Szene. Im Siegener "Bärensturm", einer Hooligan-Gruppierung im Umfeld der "Sportfreunde Siegen", war er einer der Aktivsten. Seit Anfang 1996 veröffentlichte der "Bärensturm" das "patriotische Fanzine" "Siegener Bärenruf". Herausgeber waren Scheele und **Steffen Ostehr**. Zielgruppengerecht bildeten Spielberichte einen Schwerpunkt des Fanzines. Dabei vollzogen die Autoren eine Gratwanderung zwischen ihrem Anspruch auf Militanz und der Angst vor staatlicher Sanktionierung: Die "Bärenstürmer" versuchten, sich einerseits als Schlägertrupp darzustellen, und betonten andererseits, nicht zur Gewalt aufrufen zu wollen. Zwischen 20 und 30 "Anhänger der rechten Szene", so schätzte der Sportliche Leiter der "Sportfreunde Siegen", kamen zu den Heimspielen. Der "Bärensturm" war auch maßgeblich beteiligt, als im Dezember 1995 im Siegener Leimbachstadion ein Transparent mit der Aufschrift "Freiheit für **Gary Lauck**" entrollt wurde, also die Frei-

lassung des inhaftierten NSDAP-AO-Chefs gefordert wurde.

Abgelöst wurde der bis Ende 1997 erscheinende "Bärenruf" von der Neonazi-Postille "Sprung auf... Marsch, marsch!!!", die sich als "Publikation des Nationalen Widerstandes Siegerland/Sauerland" verstand. Als "Verantwortlicher im Sinne des Presserechts" zeichnete Martin Scheele. In der dritten Ausgabe des Heftes beigelegt war ein Flugblatt mit dem Titel "Wer wir sind - was wir wollen... Volkserhaltung statt Multikulti. National aus sozialer Verantwortung". Darin heißt es u.a.: "Wir sind parteiunabhängig. In unseren Reihen hat sich der örtliche nationale Widerstand organisiert. Wir verstehen uns als Teil der nationalen Befreiungsbewegung, die angetreten ist, die deutsche Nation wiederherzustellen." Und weiter: "Jenseits der gescheiterten materialistischen Ideologien von Kapitalismus und Kommunismus stehen wir für den Dritten Weg: Dem nationalen Sozialismus!" Eine der auf dem Flugblatt angegebenen Kontaktadressen war das Postfach Scheeles in Siegen. Doch nicht nur durch solche Beilagen wurde Scheeles neues Heft "politischer" als das Vorgängerheft. Spielberichte wurden durch Demoberichte, Rechtsschulung und Texte über "Kultplätze" abgelöst.

Parallel versuchte Scheele verstärkt, die siegerländer Neonazis in seiner "Kameradschaft 2/130" zu organisieren. Ganz ungeschminkt nahm diese Gruppierung Bezug auf historische NS-Zeiten: "Kameradschaft 2/130" war die Bezeichnung der Siegener SA-Einheit. Wiederholt organisierten die Neonazis rund um Scheele Kameradschaftstreffen in Gaststätten mitten in der Stadt. Auch an überregionalen Treffen und Veranstaltungen, zum Beispiel an den jährlichen Gedenkfeiern anlässlich des Todes der im November 1997 verstorbenen Zimmermann und Kubiak, war Scheele federführend beteiligt.

"Etwas radikal"

Scheeles Homepage, an der lange Zeit auch der Olper Neonazi **David Bredebach** mitgearbeitet haben soll, gehört inzwischen zu den ältesten Internetpräsenzen der extremen Rechten in NRW - allerdings ist sie in weiten Teilen in den letzten Monaten nicht mehr aktualisiert worden. 1998 schaffte er es mit seiner Homepage bis in die Tagesschau: Anlässlich der Fußball-WM, bei der deutsche Hooligans einen französischen Polizisten lebensgefährlich verletzten, hatte er zum "Frankreichüberfall" freie Plätze im Kleinbus angeboten. Knapp drei Jahre später fand er sich vor dem Siegener Amtsgericht wieder, weil er auf seiner Homepage einen antisemitischen Brief des Nazi-Anwalts **Manfred Roeder** veröffentlicht hatte. Volksverhetzend, befanden Staatsanwaltschaft und Gericht. Zu zehn Monaten Haft ohne Bewährung verurteilte ihn das Amtsgericht, u.a. mit Blick auf Scheeles Vorstrafenregister, zu dem inzwischen auch noch eine gefährliche Körperverletzung hinzugekommen war. Vor der Verurteilung konnte ihn auch seine Aussage nicht retten, er könne zu dem Text "nicht viel sagen", da er nur den Anfang gelesen habe: Der habe sich "gut angehört". Ihm gehe es darum, "ein unzensiertes Meinungsbild zu schaffen". Auch ein Antrag seines Anwalts **Klaus Kunze**, der damit nicht zum ersten Mal Leute aus dem Umfeld der "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) vertrat, die Bedeutung des Wortes "Auschwitzkeule" von einem Sachverständigen klären zu lassen, konnte die Verurteilung nicht verhindern. In der Berufungsverhandlung wurde das Urteil auf vier Monate ohne Bewährung reduziert. Dafür hatte Scheele ein wenig Kreide fressen müssen und sich etwas von Roeder abgesetzt: Der habe "manchmal schon leicht paranoide Vorstellungen" und sei wohl auch "etwas radikal", ließ er die Richter wissen.

Aktiv für KDS und VAS

Bei einer bloß lokalen und regionalen Organisierung seiner braunen Kameraden wollte es Scheele in der Vergangenheit aber nicht bewenden lassen. In diesem Zusammenhang ist sein Intermezzo beim "Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) zu sehen, bei dem er einige Zeit als "Gausekretär Westfalen" fungierte. Die beiden auf den KDS Westfalen angemeldeten Internetseiten ließ er aber rasch wieder verschwinden. Und auf der Eingangsseite seiner eigenen Homepage teilte er den Kameraden mit: "Seit dem 31.03.2003 sind Aktivisten der Kameradschaft 2/130 sowie meine Person nicht mehr Mitglied des Kampfbundes Deutscher Sozialisten!!!"

Vom "Sozialistischen" mochte Scheele aber auch danach nicht lassen. Er ist Domaininhaber der Homepage einer so genannten "Volksgemeinschaft Autonomer Sozialisten" (VAS). Anfangs war dort die Rede von VAS-Gruppen in Hagen, Lüdenscheid, Siegen und Oberhausen. Inzwischen finden sich auf der Seite fast ausschließlich Hinweise auf das neonazistische Magazin "Der Förderturm". Auch dessen Domain ist auf Scheele angemeldet. Neben seinen Bemühungen, extrem rechte Gruppen und Publikationen ins Internet zu bringen, verzichtet Scheele auch nicht auf öffentliche Auftritte. Sehr häufig taucht er seit vielen Jahren als Ordner bei Neonazi-Aufmärschen auf, in NRW zuletzt bei der Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum am 26. Juni 2004. Und auch als Wahlkämpfer für die NPD wurde er im Vorfeld der Europawahl schon einmal gesichtet.

"Dritte Halbzeit" und Nachwuchsförderung

Auch die alte Leidenschaft für die "Dritte Halbzeit" läst ihn nicht los. Pünktlich zur EM 2004 präsentierte sich eine neue Homepage eines "European Hooligan Network". Impressum, Design und Umsetzung: Martin Scheele. "Es geht los!!!", freute sich dort am 13. Juni ein Autor "E.H.N.-Team", der an anderer Stelle mit "Martin Scheele" unterzeichnete: "Erste Krawalle zwischen Engländern und Portugiesen in Lissabon... Ready to rumble."

Bleibt noch die Frage nach der Trainerkarriere. Dass eine Antifa-Initiative seine Aktivitäten an der Außenlinie zum Thema machte, scheint Scheele wenig geschmeckt zu haben. Er soll zwischenzeitlich auf eigenen Wunsch hin sein Traineramt abgegeben haben.

Neonazistische Kundgebung am 15. September in Duisburg

Vom AntifaschistInnen aus dem westlichen Ruhrgebiet

Neonazismus im Raum Duisburg/Oberhausen

Mit mehreren Jahren Verzögerung und nach diversen Rückschlägen hat die neonazistische Szene auch in Duisburg den Weg auf die Straße gefunden, organisiert Kundgebungen und Aufmärsche. Und beteiligt sich parallel an Wahlen. Grund genug, die Entwicklung und Strukturen der neonazistischen Szene im westlichen Ruhrgebiet einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Insbesondere der Duisburger Raum stand in den achtziger Jahren immer wieder im Blickpunkt, wenn es um neonazistische Aktivitäten ging. Hier agierte einer der umtriebigsten Kreisverbände der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei", die FAP Duisburg. Nach heftigen Zerwürfnissen innerhalb der Partei beteiligten sich die glühenden Anhänger des umstrittenen Neonazi-Führers **Michael Kühnen**s 1989 an der Gründung der hauptsächlich in Ostdeutschland aktiven Partei "Deutsche Alternative" (DA). Die DA war in die Strukturen von Kühnens "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) eingebunden, wurde jedoch Ende 1992 verboten. Auch der sich anschließende Versuch der Duisburger "Kameraden", über eine Mitwirkung an der GdNF-Kleinstorganisation "Deutscher Weg" (DW) der Verbotsfalle zu entrinnen, scheiterte, ebenso wie das ab Ende 1993 folgende Unterfangen, einen nordrhein-westfälischen Landesverband der "Deutschen Nationalisten" (DN) zu etablieren. Die GdNF-Strukturen zerbrachen, nicht zuletzt aufgrund des frühen Todes von Kühnen am 25. April 1991.

Als regional federführende Figuren traten damals insbesondere die Duisburger **Michael Thiel, Peter Kuckels** und **Ralf Panek** sowie der damalige FAP-Generalsekretär **Jürgen Mosler** aus Oberhausen in Erscheinung.

Seine umfangreiche Erfahrung brachten Thiel und seine "Kameraden" dann auch ein, als es einige Jahre später darum ging, die Struktur der "Freien Kameradschaften" aufzubauen. Zur Vernetzung der "freien Gruppen" in NRW wurde das "Nationale Bündnis Westdeutschland im bundesweiten Bündnis Freier Nationalisten und Aktionsgruppen" ins Leben gerufen, erreichbar über ein Postfach in Duisburg. Vor Ort nannte man sich jetzt "Kameradschaft Duisburg" bzw. in Anlehnung an den ersten NSDAP-Ortsgruppenführer in Duisburg "Kameradschaft Heinrich Bauschen". Doch Thiel reichte eine derartige - in seinen Augen undisziplinierte und beliebige - Form der Organisierung nicht. Er wollte eine straffe, überregionale Organisation. Und so gehörte er dann auch zu den Gründungsmitgliedern des am 1. Mai 1999 ins Leben gerufenen Kühnen-Traditionsvereins "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS). Von nun an trat seine Truppe auch als KDS-"Gau Ruhr" bzw. KDS-"Stützpunkt Duisburg" in Erscheinung. Nachdem sich die Gruppe zunächst recht umtriebig gab, hörte man drei Jahre später schon nichts mehr von ihr. "Gauführer" Thiel, offenbar in eine tiefe Sinnkrise verfallend und immer mehr dem Alkohol zusprechend, warf das Handtuch, der "Stützpunkt" zerfiel.

Einzelne Aktivisten aus alten FAP- bzw. DA-Zeiten kann man aber auch heute noch hin und wieder auf neonazistischen Aufmärschen antreffen.

NPD im regionalen Raum

Im Gegensatz zur FAP und deren Nachfolgestrukturen ist nur wenig über die früheren Aktivitäten der NPD und ihrer Jugendorganisation JN bekannt. Im bundesweiten Parteitrend liegend, ging es nach dem unerwarteten Scheitern bei den Bundestagswahlen 1969 stetig bergab. Außerhalb von Wahlkämpfen waren die regionalen Kreisverbände kaum wahrnehmbar. Zur zentralen Figur stieg der frühere Duisburger und spätere Oberhausener **Udo Holtmann** auf, der viele Jahre als stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD fungierte und bis Anfang 2002 auch NRW-Landesvorsitzender der Partei war. Holtmann galt insbesondere bei jüngeren Aktivisten der Szene als traditionsverhafteter Parteisoldat, als Skeptiker gegenüber einer Öffnung und Radikalisierung, also als "Bremser".

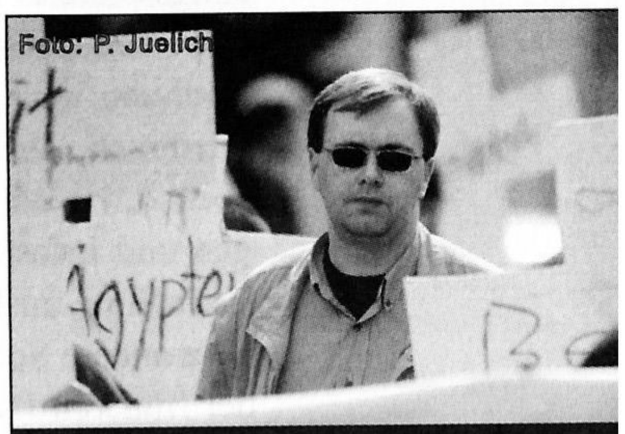
Zwei Ereignisse erschütterten die NPD-Strukturen Anfang des neuen Jahrtausends immens, insbesondere die regionalen Verbände. Zum einen das Bekanntwerden der jahrzehntelangen V-Mann-Tätigkeit Holtmanns und anderer NPD-Funktionäre für den Verfassungsschutz, zum anderen ein bewaffneter neonazistischer Angriff im Sommer 2000 in Wuppertal auf TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Versammlung an einer KZ-Gedenkstätte. NPD- und JN-Funktionäre waren maßgeblich hieran beteiligt gewesen. Unter den Attentätern befanden sich auch mehrere JN-Aktivisten und -Funktionäre aus dem Duisburger Raum, so zum Beispiel der einige Jahre zuvor aus dem sachsen-anhaltinischen Stendal nach Duisburg gezogene **Nico Wedding**, zum Zeitpunkt des Angriffs stellvertretender JN-Landesvorsitzender und lokal für die damals noch von **Karl Weise** geführte NPD Duisburg aktiv. Wedding wurde zu einer 18-monatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Nach seiner Haftentlassung wurde er zum JN-Landesvorsitzenden gewählt, einen Posten, den er bis heute inne hat. Gleichzeitig ist er Mitglied des NPD-Landesvorstandes und des JN-Bundesvorstandes .

Seit dem Vorjahr ist die NPD Duisburg unter der neuen Leitung des ehemaligen DVUlers **Frank Theißen** und maßgeblicher Beteiligung von Wedding bemüht, wieder Aktivitäten zu entfalten. Hierzu zählen Informationsstände, Aufbau und Pflege einer Homepage, monatliche "Stammtische" und die Teilnahme an Demonstrationen.

Von dem Vorhaben, bei den Kommunalwahlen am 26. September möglichst flächendeckend anzutreten, blieb indes nicht viel übrig, selbst die später bekannt gegebene Abdeckung von 13 Wahlbezirken konnte nicht umgesetzt werden. In gerade einmal vier von 37 Wahlbezirken trat die NPD Duisburg letztendlich zum Stadtrat an. Gesamtergebnis: 0,33 Prozent. An WählerInnenpotenzial aber scheint es keineswegs zu fehlen: In den Wahlbezirken Beeck-Süd/Beeckerwerth und Bruckhausen/Beeck-Nord holte man immerhin 6,4 bzw. 5,8 Prozent, in den anderen beiden 3,6 und 3,1 Prozent der Stimmen.

Nichts zu hören ist indes weiterhin vom NPD-Kreisverband Oberhausen. Zwar trifft man einige der Mitglieder um ihren Vorsitzenden **Wolfgang Duda** hin und wieder auf Aufmärschen an, zuletzt am 1. Mai diesen Jahres in Berlin, ansonsten lässt die Truppe aber in der Öffentlichkeit nichts von sich hören. Ähnlich sieht es im angrenzenden Kreis Wesel aus, zu dem auch Duisburgs linksniederrheinische Nachbarstadt Moers und die nördlich von Oberhausen gelegenen rechtsniederrheinischen Kleinstädte Dinslaken und Voerde gehören. Nachdem es im Kreis Wesel vor einigen Jahren noch einen eigenständigen Kreisverband gab, der auch in der Parteizeitung "Deutsche Stimme" für seine Versammlungen warb, liegt die Betreuung der Mitglieder heute beim NPD-Kreisverband Borken. In Oberhausens nord-östlicher kreisfreier Nachbarstadt Bottrop ist zwar ebenfalls kein NPD-Kreisverband anzutreffen, dafür aber versucht sich hier mehr schlecht als recht, ein JN-Stützpunkt zu etablieren.

Neonazi-Demo am 15. Dezember 2001 in Bottrop



JN-Landesvorsitzender und NPD-Landesvorstandmitglied Nico Wedding auf einer Demo

Die "deutsche Jugend" der "Jungen Nationaldemokraten"

In den neunziger Jahren wusste die JN, bundesweit von den Verboten von FAP, NF und anderen Parteien zu profitieren. Man versuchte, sich als "Speerspitze der Bewegung" zu profilieren, suchte den Weg auf die Straße, ein eigenes Profil und mehr Selbstständigkeit von der Mutterpartei. Für diese Linie stand insbesondere die JN-NRW um ihren ehemaligen Vorsitzenden **Achim Ezer**. Dieser scheiterte 1999 mit seiner Kandidatur zum JN-Bundesvorsitzenden gegen seinen Widersacher **Sascha Roßmüller**. Diverse nordrhein-westfälische JN-Kader, unter ihnen Ezer, wandten der Organisation den Rücken. Hinzu kam der erwähnte neonazistische Angriff in Wuppertal. Mit dem Aufschwung der JN in NRW war es vorbei. Zwar war in Duisburg zuvor eine höchst agile JN-Gruppe um **Thorsten Wawrzyczek** und **Steffen Pohl** entstanden, diese aber scheiterte letztendlich an inneren Zerwürfnissen, nachdem sie zuvor von antifaschistischer Seite stark unter Druck geraten war. Diverse Aktivisten dieser Gruppe und ihres Umfeldes beteiligten sich an militanten Aktionen, so

Duisburger JN am 21. Oktober 2000 in Dortmund, rechts an der Fahne: Thorsten Wawryczek

zum Beispiel an einem Angriff auf eine türkische Moschee, ein Konzert in einem Kulturzentrum in Moers und an dem Wuppertaler Angriff. Bei letzterem war neben Wedding auch der Moerser **Bastian Gostomski** beteiligt gewesen. Zu den Angreifern auf die Moschee zählte u.a. der stadtbekannte und mehrfach vorbestrafte neonazistische Schläger **Kevin Giuliani** aus Moers, der heute in Duisburg lebt und neuerdings auf kleineren Ruhrgebietskundgebungen auch als Redner auftritt.

Heute zählt die JN in NRW laut Angaben des Verfassungsschutzes NRW nur noch 30 Mitglieder. Ortsgruppen bzw. "Stützpunkte" gibt es laut JN-NRW-Homepage in Bochum, im Kreis Borken, in Bottrop, Duisburg und in Gladbeck. Die regionalen Aktivitäten der JN bestehen ebenso wie die der NPD aus gelegentlichen Veranstaltungen und Infoständen, Flugblattverteilaktionen sowie der Teilnahme an Demonstrationen. Hinzu kommt die eine oder andere Schulungsveranstaltung. Von den Mitgliedern der früheren JN Duisburg ist kaum noch wer in der heutigen Gruppe anzutreffen. Die Geschicke auf Landes- und regionaler Ebene werden insbesondere von Nico Wedding geleitet. Ihm zur Seite steht u.a. der Bottroper **Oliver Westerwinter**, sowohl im JN-Landesvorstand als auch im JN-Bundesvorstand zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und ansonsten mit Schulungsaufgaben betraut. Der regionalen JN steht er seit einiger Zeit nur noch begrenzt zur Verfügung, da er ein Studium an der Universität Münster aufgenommen hat.

Der "Freundeskreis Unabhängige Nachrichten"

Bereits ausführlich in einer der früheren Ausgaben von LOTTA (*vgl. LOTTA Nr. 7, S.12*) berichtet wurde über die "Unabhängigen Freundeskreise" (UFK) bzw. über den "Freundeskreis Unabhängige Nachrichten" mit Sitz in Oberhausen, wo diese eine eigene Immobilie besitzt, das "Haus Oberhausen". Seit mehreren Jahrzehnten betätigen sich die UFK hauptsächlich propagandistisch. Wichtigstes Medium ist die offen rassistische, antisemitische und nationalistische Postille "Unabhängige Nachrichten" (UN), die monatlich erscheint. Der für die UN tätige Hagener Neonazi **Rüdiger Kahsner** stellt zuhauf neonazistische Aufkleber her, auch für auswärtige Neonazi-Gruppen, für die er oft persönlich presserechtlich verantwortlich zeichnet. Erreichen möchte die UN auch SchülerInnen, die mit zielgruppenorientiertem Material angesprochen werden.

Die UFK können als Scharnierorganisation bezeichnet werden, sie unterhalten Kontakte sowohl zu NPD/JN-Strukturen als auch zu "Freien Kameradschaften" und anderen Strömungen.

Von "Autonomen Nationalisten" und "Querfront"-Fans

Nach dem Scheitern der spätestens 2002 aufgelösten 'alten' Duisburger JN-Gruppe wurde es zunächst still um deren Aktivisten und Möchtegernführer. Thorsten Wawrzyczek hatte schon am 18. April 2001 aufgrund von Meinungsverschiedenheiten seinen Austritt verkündet, insbesondere Steffen Pohl geriet stark unter antifaschistischen Druck, so dass ihm der Einberufungsbescheid zur Ableistung des Wehrdienstes nicht ungelegen gekommen sein dürfte. Bei Aufmärschen war er zeitweise nur noch recht selten anzutreffen. Pohls Freundin **Sandy Schlotmann**, die zeitweise den "JN-Mädelbund NRW" geführt hatte, ließ sich bei öffentlichen Aktionen überhaupt nicht mehr blicken.

Aber bereits zu dieser Zeit gab es Hinweise auf eine "Ortsgruppe Duisburg", die sich später in "Aktionsgruppe Duisburg" umbenannte, sich als Teil des "Freien Widerstandes" verstand und ansonsten durch Verbalradikalismus und Militanzfetischismus auffiel. Die "Aktionsgruppe" mobilisierte folgerichtig auch zur Teilnahme an einem neonazistischen "Schwarzen Block" auf der diesjährigen 1.-Mai-Demonstration von NPD und "Freien Kameradschaften" in Berlin. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um das 'neue' Betätigungsfeld von Steffen Pohl handelt. Derzeitig scheint sich die Bezeichnung "Autonome Nationalisten westliches Ruhrgebiet" ("AN westliches Ruhrgebiet") durchgesetzt zu haben. Unklar ist, ob es sich hierbei tatsächlich um eine Gruppe handelt oder wahrscheinlicher um ein recht loses Zusammenwirken einiger weniger Aktivisten um Pohl herum, die mittels Labelpolitik AnhängerInnen für ihre Politik zu gewinnen versuchen. Besonders enge Kontakte bestehen an Rhein und Ruhr zu Gleichgesinnten aus dem Dortmunder und dem Leverkusener Raum. Besonders gerne treten diesem Kreis zuzurechnende Neonazis in einem aus dem linken autonomen Spektrum kopierten Style in Erscheinung und versuchen, linke Parolen und Symbole für ihre eigenen Zwecke umzudefinieren und zu nutzen. Mag dieses Auftreten auf den ersten Blick etwas irritieren, so bleibt beim näheren Hinsehen zumeist nicht mehr davon übrig als eine äußerst peinliche Selbstinszenierung, die sich mangels eigener Ausdrucksformen und zum Zwecke der Provokation beim politischen Gegner bedient. Und so kommt es zwangsläufig zu beinahe kabarettistischen Einlagen mit hohem Unterhaltungswert, wenn zum Beispiel bei einer neonazistischen Kundgebung 55 TeilnehmerInnen im klassischen Outfit erscheinen und fünf ganz in schwarz gekleidete, mit Sonnenbrillen ausgestattete, teilweise auch komplett vermummte "Autonome Nationalisten" erfolgreich um öffentliche Aufmerksamkeit und

Möchte unerkannt bleiben:
Demogänger Steffen Pohl im "Autonomen-Look"

einen Zugriff der Polizei 'betteln', um später exakt hierüber die Gästebücher im Internet voll zu jammern. Hauptsache, es sieht cool und irgendwie gefährlich aus...

Angeschlossen hat sich die Gruppe der Struktur des "Aktionsbüros Westdeutschland" (*siehe S. 43*). Aus eben diesem Spektrum stammten auch die meisten derjenigen Neonazis, die am 30. August vergeblich versuchten, an einer Montagsdemonstration gegen Hartz IV in Duisburg teilzunehmen. Aus Protest gegen den daraufhin folgenden Polizeieinsatz wurde am 15. September auf dem Duisburger Bahnhofsvorplatz eine Kundgebung mit 60 TeilnehmerInnen durchgeführt (*siehe S. 39*), die erste neonazistische Demonstration vor Ort seit den Hochzeiten der Duisburger FAP. Die nächste mit wesentlich längerem Mobilisierungsvorlauf soll am 27. November folgen.

"Schwarzen Blöcken" kann auch Thorsten Wawrzyczek, Pohls Vorgänger als Chef der ehemaligen Duisburger JN, eine Menge abgewinnen. Stets auf der Suche nach dem "Dritten Weg", schaut sich der ehemalige NFler und selbst ernannte "Nationalrevolutionär" auch mal gerne im linken Lager um und fühlt sich zu "Querfrontstrategien" hingezogen. Bei "grundsätzlichen Positionen und Definitionen zu Volk oder Nation" sähe er "Potentiale für eine Annäherung, zumindest auf der Ebene des Diskurses", so Wawrzyczek in einem auf der Homepage des "Leverkusener Aufbruch" veröffentlichten Interview. Mit dieser Einschätzung beziehe er sich "vornehmlich auf das Spektrum orthodoxer Kommunisten, radikaler Antiimperialisten und dem, was aus den K-Gruppen der 70er hervorgegangen ist".

Wawrzyczek gefällt sich insbesondere in der Rolle des intellektuellen und unbequemen "Revolutionärs", der die eigene Szene analysiert, kritisiert und antreibt. Er fordert mehr "direkte Konfrontation mit der Staatsmacht", die Erhöhung von "Radikalität und auch Militanz", kritisiert "innerlich[e]" Obrigkeitshörigkeit, "kleinbürgerliche Denkweise", fehlende inhaltliche Debatten und "revolutionäre" Orientierung. Was ihm fehle, sei kein "rechter, z.B. preussischer Sozialismus, sondern ein linker, solidarischer Nationalismus, wie er in vielen Befreiungsbewegungen der Welt lebt".

Im Gegensatz zu Pohl und seinen Kumpanen sieht man Wawrzyczek nur recht selten auf Aufmärschen. Insbesondere die in seinen Augen sehr erfolgreiche neonazistische Kampagne gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht bildet eine von mehreren Ausnahmen, so konnte man ihn im Herbst letzten Jahres für die "Ehre der Wehrmacht" durch Dortmund demonstrieren sehen.

Gar nicht mehr auf Aufmärschen trifft man den wegen seiner Beteiligung am Wuppertaler Angriff zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilten Bastian Gostomski an, der aber nach wie vor enge Kontakte zu Wawrzyczek und Pohl pflegt. Ebenfalls rar machen sich die Aktivisten der früheren "Gemeinschaft Nationales Deutschland" (GND), die sich auch "Kameradschaft Duisburg/Kempen" nannte und sich zwischenzeitlich aufgelöst hat. Einzelne ehemalige Mitglieder eifern offenbar ebenso wie Gostomski ihrem 'Meister' Wawrzyczek als "Querfrontler" nach, was auch immer sie unter "Querfront" verstehen mögen.

Zumindest zeitweise dürfte Wawrzyczek auch in Kontakt mit dem ehemaligen langjährigen Lübecker Neonazi-Kader **Jürgen Gerg** gestanden haben, der seit dem vorletzten Jahr ebenfalls in Duisburg lebt. "Ausgestiegen" sei er, so Gerg, der noch im Sommer 2003 eine der federführenden Figuren in der norddeutschen Neonazi-Szene war, sich aber kurz darauf bereits "eher als Linker und Antifaschist" verstand und den Kontakt zu antifaschistischen und anderen linken Gruppen suchte (*vgl. LOTTA Nr. 16, S. 36*).

Die publizistische Klammer – die Zeitschrift "Der Förderturm"

Das derzeitig in NRW wohl wichtigste und beliebteste neonazistische Printmedium ist die Zeitschrift "Der Förderturm" (FT), deren Debütausgabe Ende 2000 über das Postfach der "Blood and Honour Sektion Finnland" bezogen werden konnte. Als Anschrift nutzte die, sich als "langjährige und bekennende Nationalisten" vorstellende, Redaktion ab der zweiten Ausgabe Postfächer in Duisburg, Bottrop und aktuell in Mülheim/Ruhr. Die Redaktion versteht den FT als "ein Projekt Freier Nationalisten aus dem 'Ruhrpott'", ohne sich hierbei von anderen neonazistischen Strömungen abzugrenzen. Das aktuell mit 72 Seiten erscheinende Heft ist prall gefüllt mit NS-Propaganda, antisemitischen Verschwörungstheorien, Aktionsberichten, historischen Beiträgen, Kommentaren zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Ereignissen sowie Konzertberichten und Interviews mit RechtsRock-Projekten quer durch die verschiedenen Musikszenen. Man ist zudem bemüht, aktuelle und historische Bezüge zum Ruhrgebiet, insbesondere zur Montanindustrie, einfließen zu lassen. Eben hierauf bezog sich auch ein von FT-"Kameraden" mitorganisierter Aufmarsch unter dem Motto "Für den Erhalt der nationalen Energieversorgung – Gegen den Abbau der Montanindustrie im Ruhrgebiet" am 15. Dezember 2001 in Bottrop. Last but not least finden sich im FT Berichte über faschistische Bewegungen in anderen Ländern, aber ebenso Artikel über "Befreiungsbewegungen" wie die baskische ETA. Bisher sind lediglich sechs Ausgaben des Blattes erschienen, die Redaktion spricht in diesem Zusammenhang von "intensiven staatli-

chen Repressionsmaßnahmen gegen uns und freie Mitarbeiter".

Seit den ersten antifaschistischen Veröffentlichungen über den "Förderturm" sind dessen Redaktionsmitglieder sehr darum bemüht, keinen weiteren Einblick in ihre Strukturen zu gestatten und nahezu panisch besorgt, mit einer angeblich von AntifaschistInnen erfundenen "Förderturm-Kameradschaft" in Verbindung gebracht zu werden. Offenbar befürchtet man ein Verbot, vergleichbar mit dem der Neonazi-Zeitschrift "Hamburger Sturm" im August 2000. Leichtsinnigerweise aber unterzeichnete die Redaktion in einer ihren frühen Ausgabe ihre Grußliste selber mit "FT Kameradschaft: D.A.M.M." Die Bedeutung der Bezeichnung "D.A.M.M." bleibt hierbei unklar.

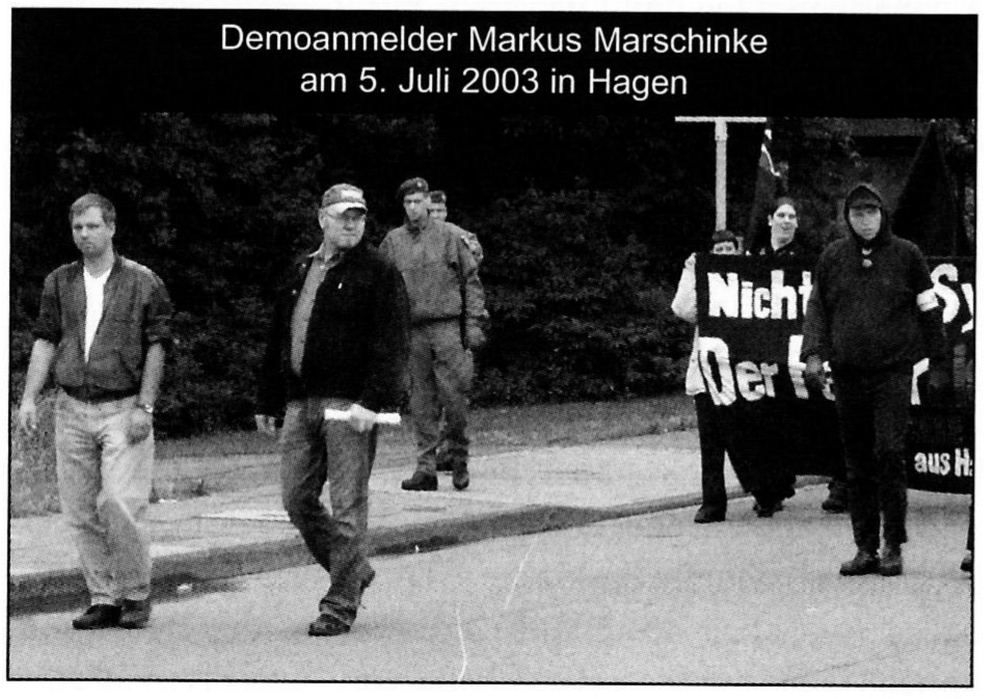
Insbesondere der frühere Duisburger und heutige Bottroper **Dennis Krüger** möchte mit einer solchen "FT-Kameradschaft" nicht in Verbindung gebracht werden. Die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) ist da wohl anderer Meinung. Anläßlich eines Strafprozesses stellte sie fest, dass Krügers "Autokennzeichen eine Abkürzung für den Zeitungstitel sein könnte". Das damalige Autokennzeichen des fleißigen Demogängers endete nämlich auf "FT 1488". Nach Ansicht der WAZ könnte "FT" für "Förderturm" stehen. Folgt man dieser Assoziation, so würde auch die "1488" ins Bild passen, schließlich steht die "14" in der neonazistischen Szene für die Losung "14 words" ("we must secure the existance of our people and a future of white children") und die "88" für "Heil Hitler". Laut WAZ war als Fahrer von Krügers Auto außerdem der Herausgeber der zweiten Ausgabe des FT, also **(Jo)Achim Krause**, von der Polizei aufgegriffen worden, FT-Ausgaben im Kofferraum selbstverständlich inklusive[1]. Alles Zufall? Etwa auch, dass der einzige Link unter dem FT-Gästebuch in Internet direkt auf die Seite des Bottroper "Forsite-Verlages" führt? Inhaber: Dennis Krüger, der auch als Veranstalter des "Allerseelen"-Konzertes dieses Verlages am 31. Juli 2004 auf Burg Vondern auftrat (*siehe S. 24*).

Mit dem Organisieren von Konzerten scheint man in FT-Kreisen Erfahrung zu haben. Nachdem am Samstag, dem 6. März 2004, im niederrheinischen Straelen ein gelungenes RechtsRock-Konzert mit "Bloodrevenge", "Terroritorium" und "Blue Max" über die Bühne gebracht worden war, war die Anhängerschaft voll des Lobes über die "Förderturm-Kameradschaft", die "das wiedermal gut hinbekommen haben". Das Dementi ließ nicht lange auf sich warten: "Sowas wie eine ominöse ft-kameradschaft" gebe es nicht. Krüger selber übrigens fuhr noch am Montag darauf ein Schlagzeug nebst leerer Bierfässer spazieren...

Im Gegensatz zur Printausgabe stellt sich die Internetseite des FT mehr als dürftig dar und wird nur unregelmäßig aktualisiert. Ihre Bedeutung für die Szenevernetzung dürfte nur gering sein. Der Administrator der Homepage nutzt bei seinen Reisen durch das "Weltnetz" das Pseudonym "**Mark Odium**". Angemeldet ist die Seite auf den Siegener Neonazi **Martin Scheele** (*siehe S. 16*).

Nicht weit entfernt von der FT-Crew dürfte auch der Oberhausener **Markus "Schinken" Marschinke** angesiedelt sein. Er ist einer der umtriebigsten und erfahrensten Neonazis in der Region, fehlt auf kaum einem Aufmarsch und stellt sich auch schon mal als Anmelder von Demonstrationen zur Verfügung, so geschehen am 5. Juli 2003 bei einem Neonazi-Aufmarsch in Hagen.

Der FT ist fest in die regionale Neonazi-Szene eingebunden. Man kennt einander und hält Kontakt. Als in der Nacht zum 23. August 2003 die 20- bis 21-jährigen **Dominic Fabritz**, **Tino Bohländer** und **Roman Schoenfelder** aus dem niederrheinischen Hamminkeln-Mehrhoog volltrunken und mit überhöhter Heimreisegeschwindigkeit bei einem selbst verschuldeten Autounfall tödlich verunglückten und zur "Kameradschaft Walhalla" abberufen wurden, räumte der "Förderturm" in seiner folgenden Ausgabe eine Dreiviertelseite für "drei unserer treuesten Kameraden" frei. "In ewiger Erinnerung" unterzeichneten "Kameradinnen und Kameraden vom Niederrhein, dem Münsterland und die Kameraden der Förderturm-Redaktion aus dem Ruhrgebiet".


Demoanmelder Markus Marschinke
am 5. Juli 2003 in Hagen

RechtsRock

Natürlich sind auch in der hiesigen Region diverse RechtsRock-Projekte angesiedelt. Und Konzerte wie das auf Burg Vondern sind kein Einzellfall. Ebenfalls in der Darkwave-"Branche" wirkt **Werner Symanek**, der sich vor Jahren in Oberhausen mit seinem UN-nahen Verlag VAWS niederließ und versuchte, sich im rechten Dark Wave einen Namen zu machen (*vgl. LOTTA Nr. 7, S. 12*). Symanek war es auch, der am 8. März 2003 ein rechtes Neofolk-Konzert auf Burg Lüttinghof in Gelsenkirchen-Hassel organisierte (*vgl. LOTTA Nr. 12, S. 17 f.*). Seinen Verlagssitz in Oberhausen aber musste er kürzlich aufge-

ben, da über Jahre währende antifaschistische Proteste letztendlich erfolgreich waren: Der Vermieter der Verlagsräumlichkeiten setzte den VAWS vor die Tür.

Immer wieder wurden in den letzten Jahren am linken Niederrhein, nicht selten in Nähe der niederländischen Grenze, Partys und kleinere Konzerte organisiert. Um die regionalen RechtsRock-Projekte, die vor zwei bis drei Jahren noch häufig von sich hören ließen, ist es jedoch ruhiger geworden. Zu diesen zählen die Bands "Konzepte für die Zukunft" (KfZ), "Boots Of Hate", mehrere NS-Black-Metal-Projekte sowie die Altglatzen-Combo "Body Checks", die vor einigen Jahren ein spätes Comeback feierte, danach aber nichts mehr von sich hören ließ. Dafür scheint der Oberhausener Szene-Vertrieb "Germany hatecore Production" von **David Kornowski** wieder zu 'neuem' Leben erwacht zu sein (*vgl. LOTTA Nr. 6, S. 16 und Artikel "Rechte Einflüsse im 'hate-Core'" in LOTTA Nr. 12, S. 14 ff.*). Seit Juli bemüht sich die Crew um "Geschäftsführer: D. Kornowski", eine aufwändige Homepage auf- und auszubauen. Als Kontaktadresse wird ein Postfach in Essen angegeben. "Mit kriminellem Extremismus und erst recht kriminellen Vereinigungen" wolle man "nichts zu tun haben" und lasse sich "von niemandem - egal aus welcher Ecke - vor seinen Karren spannen", so heißt es in einem "Statement". Politik sei ein "dreckiges Geschäft". "Natürlich" stehe man aber "weiter zu den Leuten, die uns uneigennützig aus reiner Freundschaft unterstützt und begleitet haben!"...

Umfeld und Umland

Schaut man sich im Umfeld der bislang erwähnten Gruppierungen, so stößt man auf weitere Gruppen und Cliquen. Hierzu gehört beispielsweise "Die Moite Essen/Duisburg", deren Mitglieder über das gemeinsame Interesse an "Spass, Randale, fette[m] Rechtsrock und meistens zuviel Alkohol" zusammengefunden und sich immer stärker politisiert haben. Man versteht sich als "Kameradschaft". Die Mitglieder der offen neonazistischen Gruppe verfügen über umfangreiche Szene-Kontakte und sind regelmäßig regional und überregional bei RechtsRock-Konzerten, "Kameradschaftsabenden" und teilweise auch auf Aufmärschen anzutreffen. Neuerdings zählt die Gruppe immer häufiger zu den Aufrufenden zu Demonstrationen. Man hat sich Eigenangaben zufolge bereits im November 1993 gegründet und besteht zehn Jahre später noch aus "ca. 12 Mann". "Moite"-, FT-, Dinslakener, Voerder und sonstige "Kameraden" aus dem Ruhrgebiet und vom Niederrhein trifft man des Öfteren gemeinsam beim Fußballspielen, auf Stadtfesten und Konzerten an. Diverse Neonazi-Aktivisten trifft man natürlich auch in der Fußball-Stadien in der Region an, sowohl beim MSV Duisburg, als auch bei RW Oberhausen. Und bis ins Stadion von RW Essen ist es auch nur ein Katzensprung. Ansprechbares Umfeld gibt es hier reichlich.

Im Kreis Wesel treten Neonazis oftmals ohne jede Gegenwehr in Erscheinung. Insbesondere in Voerde kam es im letzten Jahr auch zu Angriffen. Anlässlich von Volksfesten sammeln sich hier rund 50 Neonazis, Anlaufstation ist des öfteren die Kneipe "El Dorado". Offenbar kommt auch deren Politisierung und "Betreuung" nicht zu kurz, so gründete sich im November letzten Jahres die "Kameradschaft Voerde". Auch in Moers ist es in den letzten Jahren immer wieder zu Vorfällen mit neonazistischem Hintergrund gekommen. Hierzu zählen auch hier eine Reihe von Angriffen, bei denen sich immer wieder Kevin Guiliani hervortat. Bei Teilen der Szene in Ungnade gefallen ist der Organisator des bisher einzigen Neonazi-Aufmarsches in Moers am 26. Juli 2003, **Patrick Reinicke**, der zwischenzeitlich aus der Region weggezogen ist. Nachdem er wegen Meinungsverschiedenheiten mit den schlagkräftigen und schmerzhaften Argumenten Guilianis konfrontiert worden war, erstattete er Strafanzeige und trug durch Aussagen vor Gericht zu dessen Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe bei.

Fazit

Insgesamt lässt sich der derzeitige Aktivitätsgrad und die Bedeutung der Neonazi-Szene in Oberhausen und Duisburg als mäßig bezeichnen. Jedoch ist es ein Novum, dass man neuerdings auch in dieser Region mit Informationsständen, Kundgebungen und Demonstrationen auf die Straße geht, überhaupt öffentlich wahrnehmbarer auftritt, also Morgenluft zu wittern scheint. Ansprechbares Potenzial gibt es reichlich im westlichen Ruhrgebiet und am Niederrhein. Auch die Wahlergebnisse der NPD lassen Böses erahnen. Die schwach besuchte Kundgebung am 15. September in Duisburg kann zudem nicht als Gradmesser für die Mobilisierungsstärke dienen, da sie sehr kurzfristig organisiert und beworben wurde. Ähnlich wie in anderen Städten bereits geschehen, muss zukünftig auch im westlichen Ruhrgebiet mit häufigeren Demonstrationsanmeldungen gerechnet werden. Für AntifaschistInnen sollte es beim Neonazi-Aufmarsch am 27. November deshalb darum gehen, dafür zu sorgen, dass der neonazistischen Szene schon beim ersten größeren Anlauf der Geschmack an weiteren Versuchen vergeht.

[1] Vgl. WAZ, Lokalausgabe Bottrop, 08.02.2003

[★] Literaturtipps:

JungdemokratInnen/Junge Linke Duisburg (Hg.):
Duisburg – rechts um!?
Neonazismus im Großraum Duisburg/Oberhausen, erschienen im Selbstverlag, Duisburg 2002, ISBN: 3-9806044-4-6, 5 Euro

Martin Dietzsch, Helmut Kellershohn, Alfred Schobert:
Jugend im Visier.
Geschichte, Umfeld und Ausstrahlung der "Unabhängigen Nachrichten", erschienen im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Duisburg 2002, ISBN 3-927388-82-3, 12 Euro

"Forsite Verlag"-Inhaber Dennis Krüger (li.) auf einer Neonazi-Demonstration

Von Jan Brüsser

"Musik wie Munition"

Konzert des "Forsite Verlag" floppte

Das Ambiente stimmte: Eine romantische Burg am Rande der Stadt, ein warmer Sommerabend mit gedämpftem Licht. Den angekündigten "Mitternachtsberg" konnten die Gäste jedoch am 31. Juli nicht erreichen. Bereits um 22 Uhr war das Darkwave-Konzert nämlich schon beendet. AntifaschistInnen hatten Tage zuvor öffentlich über den rechten Hintergrund des Festes informiert, die Stadt Oberhausen reagierte mit reichlich Polizei, früher Sperrstunde und anderen nervenden Auflagen. Organisator der Veranstaltung: der Bottroper "Forsite Verlag".

"Musik wie Munition" titelte ein Besucher einen Tag später seinen Bericht über den Event. Und griff damit auf das Lied "Feuersalamander" der an diesem Abend im Rahmen des Konzertes aufgetretenen einschlägig bekannten rechten Formation "Allerseelen" um **Gerhard Petak** zurück. Öffentlich angekündigt jedoch war "Allerseelen" nicht, sondern die Bands "Cawatana (Neo-Folk/Ungarn), Lux Interna (Neo-Folk/USA) und Aar (Apocalyptic-Folk Österreich)". "Hinter letzterem verbarg sich niemand Anderes als ALLERSEELEN", weiß der Schreiber zu berichten: "Eingeweihte wussten das zwar schon im Vorfeld, aber aus bekannten Gründen konnten ALLERSEELEN natürlich nicht als selbige angekündigt werden, um unsinnige Aktionen der 'Politisch-Korrekten' zu vermeiden."

Jünger'sche "Stahlgewitter" und neuheidnische Sinnsuche - Rechter Dark-Wave

In der auf Individualität, Romantik und religiöse Sinnsuche ausgerichteten Darkwave- bzw. Gothic-Szene existiert seit einigen Jahren auch ein kleiner rechter Bereich. Hier wird Individualität zu Elitedenken erhöht, romantische Retrospektiven wandeln sich zu einer Ablehnung der Moderne inklusive der Ablehnung des demokratischen Denkens. Der Kampf wird verherrlicht, das Christentum als "artfremde Religion" abgelehnt sowie die Moderne und der Gleichheitsgedanke verworfen.

Fest und Veranstalter

Auch bei dem "Mitternachtsberg-Fest" existiert ein solcher Hintergrund. Im Internet-Angebot des "Forsite-Verlages" fanden sich zum Zeitpunkt des Konzerts diverse Vertreter der extremen Rechten, ja sogar des Nationalsozialismus. Im Bereich "Frühgeschichte" wurde/wird z.B. die "Rassenkunde des deutschen Volkes" von **Hans F. K. Günther** angeboten und als "gründliche Untersuchung des bekannten Wissenschaftlers zur Eugenik" gepriesen. Bei dem Werk handelt es sich um ein Standardwerk der nationalsozialistischen "Rassenkunde". Ebenfalls in diesem Bereich wurde "Die symbolhistorische Methode" des Gründers der SS-Forschungsorganisation "Ahnenerbe", **Herman Wirth**, beworben. Im Bereich der "Kelten & Indogermanen" wurde **Karl Penka**s: "Die Herkunft der Arier" angepriesen, in der Rubrik "Zeit-Schriften" u.a. die Folge 2/1997 des Heftes "Sol Invictus". Dieses Heft zum Thema "Mitternacht" umfasst nach Angaben des Verlages "Texte zum Mythenkomplex Mitternachtsberg – Schwarze Sonne - Lichtbringer - Thule u.a Auszüge aus **Wilhelm Landig**, **Julius Evola**, **Otto Rahn**, **Kurt Eggers**, **Rudolf Mund**, **Werner von Bülow**." Das Titelblatt der Publikation ist mit einem Foto der "Schwarzen Sonne", einem von der SS entworfenen Bodenmosaik aus der Wewelsburg, gestaltet (*vgl. LOTTA Nr. 14, S. 10*). Bei den Personen, deren Texte abgedruckt sind, handelt es sich durchweg um welche, die mit dem Faschismus bzw. dem Nationalsozialismus in Verbindung stehen.

Inhaber des "Forsite-Verlages" ist **Dennis Krüger**, früher in Duisburg und heute in Bottrop wohnhaft. In den letzten Jahren konnte man ihn häufiger auf neonazistischen Aufmärschen antreffen, so zum Beispiel in Dortmund, Bottrop, Hagen und in Frankfurt am Main. Eng verbandelt scheint er mit der Zeitschrift "Der Förderturm" (FT) zu sein, die selbst vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz als eindeutig neonazistisch eingestuft wird. Der VS spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer "in dieser Weise noch nie da gewesene[n] kämpferische[n] Aggressivität, was die Durchsetzung der neonazistischen Ziele angeht". Krügers Nähe zum FT erstaunt keineswegs, ähnlich wie bei seinem "Forsite Verlag" spielen auch dort Heidentum und Germanenkult eine wichtige Rolle, auch der rechte Teil des Darkwaves wird rezipiert (*zum FT vgl. S. 21*)

"Ärger" bewirkte Flop

"Mit ein bisschen Kenntnis der Situation hätte man wissen müssen, dass vor allem der Name des Veranstalters für Ärger sorgen wird. Dementsprechend wäre ein Verzicht auf 'Forsite Verlag präsentiert' hilfreich gewesen [...]." Dieser "bzw. sein einschlägig-völkisches Buchprogramm" habe schließlich den Ärger hervorgerufen. Und "mit der Ankündigung 'Aar' statt ALLERSEELEN" habe man "diesen Ärger ja gerade vermeiden" wollen. Letztendlich kamen dann auch nur 50 zahlende Gäste. Bei solch einem Flop darf man gespannt sein, ob sich Krüger ein weiteres Mal als Konzertveranstalter versuchen wird.

Vom Jan Spreuk und Pierre Briegert

"Kampf um die Parlamente"

Wahlergebnisse der extremen Rechten bei den NRW-Kommunalwahlen

In der Redaktion der "Kölnischen Rundschau" verstand man offenbar die Welt nicht mehr. Köln sei doch stolz darauf, eine weltoffene, tolerante und ausländerfreundliche Stadt zu sein. Und dann das: 4,7 % holte die extrem rechte "Bürgerbewegung pro Köln" bei der Stadtratswahl. Mehr als 16.000 WählerInnen machten bei **Manfred Rouhs** & Co. ihr Kreuzchen. Aber auch in anderen NRW-Regionen ging die extreme Rechte gestärkt aus den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen hervor.

"Pro Köln" erreichte das bemerkenswerteste Ergebnis einer extrem rechten Gruppierung in einer NRW-Großstadt und schickt vier MandatsträgerInnen ins Stadtparlament: **Manfred Rouhs, Bernd Schöppe, Regina Wilden** und **Judith Wolter**. Spitzenkandidatin Wolter übernahm den Vorsitz der Fraktion. Ihr Stellvertreter ist Manfred Rouhs, der zudem die Geschäfte der Fraktion führt. Das Konzept, eine Organisation aufzubauen, die durch ein moderates Auftreten das rassistische Ressentiment mobilisieren kann, ohne sofort in die "Nazi-Ecke" gestellt zu werden (*siehe Lotta Nr. 16, S. 29: "Rassismus als ‚seriöse Alternative'"*), scheint aufgegangen zu sein. Ihre Hetze gegen den Bau einer Moschee und gegen "Multikulti-Fanatiker" sicherten der "Bürgerbewegung" auch den Einzug in alle neun Bezirksvertretungen Kölns. In Chorweiler (7,1 %) und Porz (6,6 %) reichte es sogar für zwei Mandate. BezirksvertreterInnen wurden **Dieter Hillgruber, Martin Schöppe,** Regina Wilden, **Rudolf Schaefers, Heinz Täubner**, Judith Wolter, **Wolfgang Speck, Sandra Ahlburg**, **Volker Jung** sowie Bernd Schöppe.

DVU legt in Dortmund zu und fliegt in Stolberg raus

Dass es sogar der DVU gelingen kann, Wahlerfolge zu wiederholen, bewies die **Frey**-Truppe in Dortmund. Dort legte sie von 2,0 auf 3,1 % zu. Neben den bisherigen Ratsmitgliedern **Max Branghofer** und **Waldemar Stanko** zieht als dritter DVUler **Axel Thieme** in die Stadtvertretung ein. Mehr als zehn % der Dortmunder JungwählerInnen sollen sich für die DVU entschieden haben. Jeweils ein Mandat errang die DVU bei den Wahlen zu acht der zwölf Bezirksvertretungen. Besetzt werden sie von Axel Thieme, der in Mengede mit 6,5 % das beste Ergebnis erreichte, **Herbert Steiner**, Waldemar Stanko, **Gerald Branghofer**, **Peter Zywiecki**, **Max Branghofer**, **Patrick Brdonkalla** sowie **Otto Kinner**.

In Stolberg (Kreis Aachen-Land) ist die DVU allerdings nun nicht mehr im Stadtrat vertreten. Nachdem sich ihr Ratsherr **Willibert Kunkel** in der letzten Legislaturperiode zur NPD herübergeschlagen hatte und die beiden Parteien trotz des aktuellen Schmusekurses ihrer Führungsebene in Konkurrenz zueinander angetreten waren, reichte es für die DVU nur noch für 1,2 %. DVU-Bürgermeisterkandidat **Heinrich Klär** musste sich mit 1,1 % zufrieden geben.

"Republikaner" verdoppeln ihre Mandate

Die REPs konnten die Zahl ihrer Mandate mehr als verdoppeln. Schwerpunkt war dabei das Ruhrgebiet. In Herne verbesserten sie ihr Ergebnis um einen Prozentpunkt auf 4,7 %. Drei REPs (bisher zwei) ziehen in den neuen Rat ein. In Gelsenkirchen steigerte die Partei ihr Ergebnis um 0,9 auf 4,0 %. Auch dort kommt sie auf drei Mandate

(bisher zwei). In Hagen und Essen stieg der Anteil der REPs um jeweils 0,2 auf 3,4 bzw. 2,3 %. In beiden Stadträten reichte das für zwei Sitze. In Hamm traten sie erstmals an, kamen auf 1,8 % und ein Mandat. Ebenfalls einen Stadtvertreter stellen sie in Duisburg (0,8 %) und Köln (0,9 %). In Düsseldorf, wo die Partei mit einer offenen Liste antrat, auf der als Listendritter auch der DVU-Kreisvorsitzende **Holger von der Heydt** kandidierte, entfielen auf die REPs 1,7 % (wie bisher ein Mandat). Neu in den Kreistag – und zwar mit zwei Vertretern - zieht die Partei in Aachen-Land ein (3,3 %). Erstmals vertreten ist sie auch im Kreistag Siegen-Wittgenstein (2,7 %, zwei Sitze) und im Kreis Minden Lübbecke (2,5 %, zwei Mandate). 2,3 % reichten im Wuppertaler Stadtrat ebenfalls für zwei Sitze. Im Märkischen Kreis gaben die REPs Stimmen ab (von 2,3 auf 1,8 %) und mussten auf eines ihrer bislang zwei Mandate verzichten. Ihr Spitzenergebnis erzielten sie im kleinen Städtchen Alsdorf im Landkreis Aachen, wo sie auf 8,2 % und drei Mandate (bisher zwei) kamen. Jeweils einen Sitz errang die Partei in Erkelenz und Lennestadt.

In Lüdenscheid wird wie bisher **Jürgen Thiel** im Stadtrat sitzen. Thiel hatte vor der Wahl Schlagzeilen gemacht, weil auf seiner REP-Liste vier von sechs Kandidaten der NPD angehörten, darunter als Listenzweiter der NPD-Landesvorsitzende **Stephan Haase**. Die REP-Landesvorsitzende **Uschi Winkelsett** kündigte daraufhin ein Parteiausschlussverfahren gegen Thiel an. Den Wählern riet sie von der Stimmgabe für die Lüdenscheider "Republikaner"-Liste ab. Dennoch kamen am Ende 3,2 % beisammen, 0,9 % mehr als 1999. Das reichte aber trotzdem nur für einen Sitz, einen Ratsherrn Haase wird es also nicht geben.

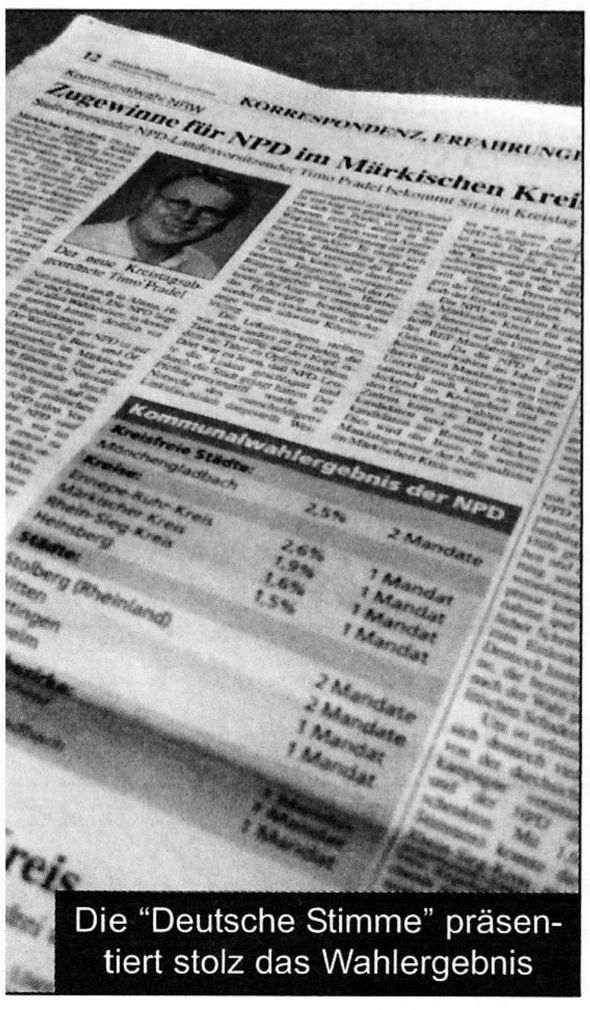
Auch die NPD legt kräftig zu

Haase aber kann auch ohne Mandat zufrieden sein. War die NPD in NRW bei der Kommunalwahl 1999 lediglich für die Kreistage im Märkischen Kreis (MK), Ennepe-Ruhr-Kreis (EN) und Rhein-Sieg-Kreis sowie zum Stadtrat in Schwelm (EN) angetreten und hatte hier mit Ausnahme des MK jeweils einen Sitz erringen können, so konnte man dieses Mal kräftig zulegen. Insgesamt wurden acht Mandate in fünf Stadträten, jeweils ein Mandat in vier Kreistagen sowie jeweils ein Mandat in drei Bezirksvertretungen geholt. Ratsherren der NPD dürfen sich jetzt in Mönchengladbach (2,5 %) **Pascal Geyer** und **Wolfgang Geilenkirchen** nennen, in Stolberg (3,0 %) der 1999 über die DVU-Liste gewählte heutige NPD-Landesvorständler **Willibert Kunkel** sowie der Aachener Burschenschafter **Oliver Harf**, in Witten (EN, 2,2 %) **Dieter Schulz** und **Mathias Bachmann**, in Hattingen (EN, 3,1 %) der Student der Ruhr-Uni Bochum **Markus Schumacher** und in Schwelm (3,1 %) für fünf weitere Jahre der Kemna-Attentäter **Thorsten Crämer**, Mitglied des JN-Bundesvorstandes. Mitglieder von Bezirksvertretungen sind in Bochum-Wattenscheid (2,8 %) der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer**, in Mönchengladbach-Rheindahlen Pascal Geyer (2,7 %) sowie in Köln-Kalk (2,1 %) der ehemalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Bruno Kirchner**. Zum Stadtrat in Köln war die NPD nur in einem Teil der Wahlbezirke angetreten, hinzu kam die Konkurrenz von "Pro Köln" und REPs, Ergebnis: magere 0,3 %. Zum Kreistagsabgeordneten im Ennepe-Ruhr-Kreis (2,6 %) wurde der Sprockhöveler **Dieter Koch** wiedergewählt. Erstmalig in den jeweiligen Kreistag gewählt wurden im Märkischen Kreis (1,9 %) der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Timo Pradel** aus Iserlohn, im Kreis Heinsberg (1,5 %) **Helmut Gudat** aus Hückelhoven und im Rhein-Sieg-Kreis (1,6 %) **Stephan Meise**.

In Duisburg schaffte es die NPD lediglich in vier von 37 Wahlbezirken die erforderlichen UnterstützerInnenunterschriften zum Wahlantritt zu besorgen bzw. KandidatInnen aufzustellen. In diesen vier Bezirken aber konnten die Mannen um **Frank Theißen** und den JN-Landesvorsitzenden **Nico Wedding** zwischen 3,1 und 6,4 % erzielen, auf ganz Duisburg hochgerechnet waren das 0,3 %. In Essen kandidierte die Partei ebenso erfolglos lediglich zu zwei Bezirksvertretungen.

Zusätzlich stellte die NPD in einigen Städten (Ober-)Bürgermeisterkandidaten auf. In Mönchengladbach erzielte Wolfgang Geilenkirchen 2,4 %, NPD-Bundesvorstandsmitglied **Stefan Lux** in Witten 1,8 %, Dieter Schulz in Herdecke 1,5 %, NPD-Bundesvorstandsmitglied **Martin Laus** in Hattingen 3,0 %, NPD-Landesvorstandsmitglied **Dennis Witt** in Ennepetal 2,6 %, **Frank Kuhlemann** in Gevelsberg 1,5 %, Dieter Koch in Sprockhövel und Thorsten Crämer in Schwelm jeweils 2,3 % sowie in Stolberg Willibert Kunkel 2,6 %. Für das Amt des Landrates kandidierte im Märkischen Kreis **Hagen Prehl** (4,3 %) und im Rhein-Sieg-Kreis **Peter Malborn** (2,0 %).

Höchst unzufrieden ist die NPD erwartungsgemäß mit dem Antreten konkurrierender rechter Parteien. Und das nicht nur in Bezug auf die REPs. "Gerade einmal 15 Stimmen" hätten zum Beispiel für einen weiteren Sitz im EN-Kreis gefehlt, heißt es in der NPD-Parteizeitung "Deutsche Stimme" (DS). "Die fehlenden Stimmen absorbierte die in nur zwei von 30 Wahlkreisen angetretene Miniaturpartei Unabhängige Arbeiterpartei"[1], deren Antritt ebenso in Hattingen ein zweites Mandat gekostet hätte. Die Verschwörungstheorie folgt sofort: "Die Systemparteien können sich hierfür bei der UAP-Leitung bedanken, die mit großem Finanzaufwand Wahlkampf betrieb und auffälligerweise ihre völlig chancenlosen Kandidaten in NPD-Hochburgen ins Rennen schickte." Auch das Wahlergebnis in Witten hätte höher ausfallen können, so die DS, hätte es dort nicht "die Konkurrenz einer 'Freien Liste Witten' des nationalkonservativen CDU-Abweichlers **Michael Hasenkamp**" gegeben, "der vor allem Stimmen aus dem REP-Bereich gebunden haben dürfte". Die REPs hatten sich in Witten nicht zur Wahl gestellt.



Die "Deutsche Stimme" präsentiert stolz das Wahlergebnis

Widerwärtigkeiten im südlichen NRW

Insbesondere der Bonner Raum, also die Stadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis, hatte bei den Kommunalwahlen aber noch weitere Widerwärtigkeiten zu bieten. In Konkurrenz zur NPD kandidierte das "Ab jetzt... Bündnis für Deutschland" zum Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises (1,45 % = 1 Mandat für **Renate Indruch**) und außerdem ohne extrem rechte Konkurrenz zum Stadtrat in Siegburg (3,2 % = 1 Mandat für **Helmut Fleck**). Fleck erzielte bei seiner Bürgermeisterkandidatur in Siegburg 4,0 %, Renate Indruch als Landratskandidatin im Rhein-Sieg-Kreis 2,0. Der bei den Siegburger Wahlen auf Listenplatz 2 und bei den Kreistagswahlen auf 3 gesetzte **Dominique Oster** wanderte kurz vor der Wahl wegen des dringenden Tatverdachtes der Vergewaltigung einer NPD-Kandidatin in U-Haft. In der Lokalpresse wurde darüber berichtet, dass der 1999 über die NPD-Liste in den Kreistag gewählte Siegburger bereits wegen des Besitzes und der Verbreitung von Kinderpornografie vorbestraft sei.

Mitte Oktober verkündeten dann die drei frisch gewählten Kreistagsherren von NPD, "Ab jetzt... Bündnis für Deutschland" und PDS (sic!), aus pragmatischen Gründen eine "technische Fraktion" gegründet zu haben. "Dabei verkannten die Abgeordneten nicht, daß es sich bei den von ihnen vertretenen Parteien um miteinander konkurrierende, in wichtigen Fragen diametral entgegengesetzt positionierte Organisationen handelt", heißt es in einer Erklärung von Meise vom 14. Oktober. Nach Drängen der PDS, dieses Unterfangen sofort rückgängig zu machen, trat PDS-Kreistagsherr **Uwe-Bernd Griesert** aus der Partei aus. "Wegen diverser Morddrohungen" ließ er einige Tage später die technische Fraktion wieder platzen.

Des "Bürgers Stimme"...

Neben den genannten Parteien bewarben sich auch eine Reihe rechter "Wählergemeinschaften" um die Gunst der WählerInnen. Auch hier hatte der Bonner Raum etwas zu bieten. Für die lokale "Unabhängige Wählergemeinschaft" (UWG), die für den "Erhalt unserer deutschen Identität" kämpft, für "Multikulti" kein Geld mehr "verschwenden" will und mit 1,2 % ein Mandat errang, zog der Rechtsanwalt **Claus Plantiko** in den Bonner Stadtrat ein. Beinahe hätte der 66-Jährige sogar als "Alterspräsident" die Eröffnungsrede auf der konstituierenden Ratssitzung halten dürfen. Allerdings wurde vorher öffentlich bekannt, dass er u.a. als engagierter Strafverteidiger von Auschwitz-Leugnern tätig gewesen war.

Einen Namen in der extremen Rechten hat sich auch der Spitzenkandidat der Düsseldorfer "Unabhängigen Wählergemeinschaft – LemmerListe" gemacht, nämlich der einstige RechtsRock-Unternehmer **Torsten Lemmer** persönlich (*vgl. LOTTA Nr. 15, S. 53; Nr. 7, S. 20; Nr. 6 S. 3*). Trotz einer gigantischen Wahlwerbe-Materialschlacht und flächendeckender Abdeckung aller Wahlbezirke reichte es aber nur für magere 1,0 % und damit für ein einziges Ratsmandat. Hinzu kommt ein Bezirksvertretungsmandat. Damit blieb die Liste zwar weit hinter den Hoffnungen und Verlautbarungen des auch als Oberbürgermeisterkandidat angetretenen (1,0 %) "Nazi-Yuppies" zurück, sein Mindestziel aber dürfte dennoch erreicht worden sein: nach diversen Hausverboten im Düsseldorfer Rathaus jetzt endlich Mitglied des Stadtrates zu sein.

Verunstaltetes Wahlplakat der "Lemmer-Liste"

In Dortmund war in Konkurrenz zur erfolgreichen DVU die "Offensive D", eine Nachfolgeorganisation der "Schill-Partei" angetreten, musste sich aber mit 0,7 % und einem Ratsmandat zufrieden geben. In Duisburg erzielte die rechte "Pro Bürger Partei Duisburg" (PBP) in Konkurrenz zu REPs und NPD 3,0 %, umgerechnet zwei Sitze. "Mehr Härte gegen Straftäter, insbesondere Islamisten, Neonazis und Autonome" forderte die nachnamige "Pro-Bürger-Partei" (PBP) in Gelsenkirchen (1,1 % = 1 Sitz im Stadtrat) und darf hierbei in den eigenen Reihen anfangen. Im Wahlbezirk Erle West trat nämlich **Reinhard Wardecki** an, der als "Kopf des rechtsextremen Szene-Ladens 'Vikingship'" gilt, wie die WAZ kurz vor den Wahlen zu berichten wusste. Die PBP distanzierte sich daraufhin von ihrem Direktkandidaten.

Fazit

Extrem rechte Parteien und rechte "Bürgerlisten" konnten bei der Kommunalwahl - wenn auch auf niedrigem Niveau - deutlich zulegen. In der NPD hat sich zwischenzeitlich herumgesprochen, dass ein Einzug in die Kommunalparlamente durchaus realistisch ist. Viele Kreisverbände, die es diesmal noch nicht versucht haben, werden wohl in fünf Jahren auch am Start sein. Bei der NPD Münster z.B. liest sich das so: "Auch der NPD-Kreisverband Münster muss aus diesen Wahlerfolgen eine Lehre ziehen. Es ist deutlich zu erkennen, dass man in allen Städten und Kreisen, in denen die NPD Präsenz zeigt, auch Wahlerfolge erzielt. Deshalb muss und wird der NPD-Kreisverband Münster seine Strategie vor Ort ändern." Ermutigt fühlen dürften sich auch die NPDler, die auf eine Teilnahme an der Landtagswahl im Mai 2005 setzen. Die Parteichefs von NPD und DVU haben abgesprochen, bei künftigen Landtagswahlen wie in Sachsen und Brandenburg die Kräfte zu bündeln. Ob es auch in NRW eine Vereinbarung geben wird, steht bislang aber noch nicht fest. NPD-Sprecher Klaus Beier kündigte an, es werde "erst noch Konsultationen mit den Landesverbänden geben".

[1] Die 1992 gegründete rechte Polit-Sekte "Unabhängige Arbeiter-Partei" (UAP) mit Sitz in Essen versteht sich als "sozialistisch-nationale Partei", als "die Partei des Deutschen Sozialismus" und ist unbedeutend. Sie trat in jeweils drei Wahlkreisen in den Städten Bochum und Hattingen an sowie in zwei Kreistagswahlbezirken im EN-Kreis.

Von Markus Ragusch (Antifaschistisches Infoblatt)

Zwischen Konkurrenz und Zweckbündnissen

Aktuelle Schlaglichter auf die extreme Rechte in Berlin und Brandenburg

In Berlin und Brandenburg existieren eine ganze Reihe von rechten bis neonazistischen Parteien, Vereinen, Bünden, Kameradschaften und anderen Organisationen. Gerade in den letzten Jahren tauchen geradezu inflationär neue Gruppenbezeichnungen und Zusammenschlüsse auf, die oft so schnell wieder verschwinden wie sie aufgetaucht sind. Diese Entwicklung macht eine neue Tendenz im Bereich neonazistischer Organisierung in der Region Berlin/Brandenburg deutlich: Nicht Organisationen und deren Strategie bestimmen das Auftreten in der Öffentlichkeit und die politischen Schwerpunkte, sondern ein Personenkreis von politischen aktiven Kadern. Deren jeweilige Interessen, Streitereien, Vorlieben und Lebenssituationen prägen die Neonazi-Szene. Wer sich einen Überblick über die diversen rechtsextremistischen Organisationen verschaffen will, bemerkt bald die gnadenlose Zersplitterung, oft sogar feindselige Konkurrenz, der verschiedenen Fraktionen. Diese wird in der Öffentlichkeit meist nur pro Forma durch gelegentliche Absprachen und Zweckbündnisse überdeckt. Auf der anderen Seite werden formale Abgrenzungsbeschlüsse und Ablehnungsbekundungen zwischen verfeindeten Gruppen durch persönliche Freundschaften und Bekanntschaften der Mitglieder und Aktivisten unterlaufen.

Die extrem rechten Parteien

Die extrem rechten Parteien verlieren nach wie vor an Mitgliedern. Verantwortlich dafür dürften hier insbesondere andauernde innerparteiliche Streitigkeiten sein. Eine zunehmende strukturelle Schwächung ist nicht zu übersehen. Gerade die NPD hat sich von der Spaltung eines gemeinsamen Landesverbandes Berlin/Brandenburg in zwei getrennte Landesverbände im April 2003 noch nicht erholt. Als Trennungsgrund wurden nach außen hin die "unterschiedlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in beiden Bundesländern" angegeben. Intern dürfte jedoch auch hier eine Mischung aus privaten Animositäten und politischen Differenzen ausschlaggebend gewesen sein. Vorsitzender der Brandenburger NPD wurde der Brandenburger **Mario Schulz**. Seine Stellvertreter wurden **Detlef Appel**, **Andrew Stelter** und **Klaus Beier**. Im Berliner Landesverband übernahm **Albrecht Reither** mit **Jörg Hähnel** und **Georg Magnus** als Stellvertreter die Führung. Allein die beiden Vorsitzenden der neuen Landesverbände warfen ihren Posten nach einigen Monaten wieder hin. Mario Schulz aus politischen Gründen (s.u.) und Albrecht Reither aus "beruflichen und gesundheitlichen Gründen". Nun führt in Brandenburg Klaus Beier die NPD und in Berlin ist Georg Wilhelm

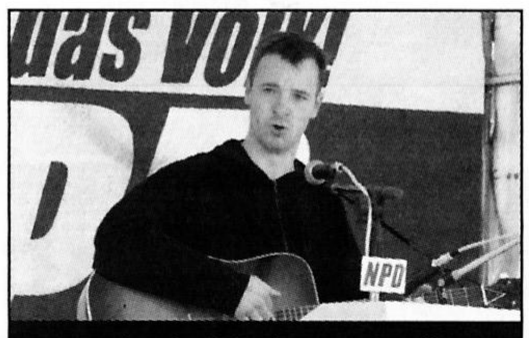
Magnus nachgerückt. Doch das Personalkarussell drehte sich weiter und aktuell tritt **Claus Schade** als Landesvorsitzender auf. Im Berliner Landesverband ist nach der Trennung zunehmend eine neonazistische und aktionistischere Ausrichtung einzelner Partei-Aktivisten zu beobachten. So organisierte der NPD-Kreisvorsitzende von Treptow/Köpenick **Eckart Bräuniger** im Juni ein Konzert mit Spreegeschwader und dem Landser-Sänger **Michael Regener** auf dem Gelände von Albrecht Reither in Lichtenberg. Im Internet verkündete er: "Das ist u.a. die Art von Parteiarbeit, wie wir sie in der Reichshauptstadt praktizieren." Nebenher ist er im Umfeld der Kameradschaft Nordland bei Waldcamps mit Wehrsport-Flair und mit Flugblattaktionen aus dem Kreis der Kameradschaft Spreewacht in Berlin-Kreuzberg in Erscheinung getreten. Der Berliner NPD-Aktivist und Materialwart der NPD-Bundeszentrale **Andrew Hanisch** machte erst kürzlich Schlagzeilen als er bei einem NPD-Infotisch einen jungen Mann zu Boden schlug, der ein NPD-Flugblatt zu Boden geworfen hatte. Der Liedermacher und NPD-Funktionär Jörg Hähnel hat sich nach seinem Zuzug aus Brandenburg zu einem der rührigsten NPD-Funktionäre der Region entwickelt. In seiner Heimatstadt Frankfurt/Oder lies er hierfür allerdings sein NPD-Mandat als Stadtverordneter ungenutzt zurück. In Berlin zeigt er keinerlei Berührungsängste gegenüber Personen aus dem Kameradschafts-Spektrum und tritt z.B. im Zusammenhang mit der Kameradschaftsgruppe "Vereinte Nationalisten Nordost" auf. Selbst im "Schwarzen Block" der Kameradschaft Tor wurde er augenscheinlich als NPD-Funktionär geduldet. Diesem Personenkreis stehen im Landesverband jedoch auch langgediente NPD-Parteisoldaten gegenüber, so dass eine geschlossene Radikalisierung weniger wahrscheinlich erscheint, als dauerhafte parteiinterne Auseinandersetzungen. Insgesamt lässt sich daher feststellen, dass vom Berliner Landesverband kaum noch Impulse ausgehen. Dies dürfte auch mit dem Austritt von **Rene Bethage** im September 2003 zu tun haben. Einer Zeitung erklärte er zu seinem Schritt: "Die NPD hat den Fehler gemacht, alles von oben nach unten durchzudrücken. Aber wenn man keine funktionierende Basis hat, klappt es eben nicht." Seine"Basis", das sind nun Jugendliche aus Schöneweide und Köpenick mit denen er die "Berliner Alternative Süd-Ost" gründete (s.u.). Bethage war der "Demonstrations-Motor" der Berliner NPD. Mit seinem Übertritt in die Berliner Kameradschafts-Szene (s.u) ist dank ihm dort eine deutliche Zunahme von öffentlichkeitswirksamen Auftritten zu verzeichnen.

Die wenigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen der NPD in Berlin werden meist von den Funktionären der NPD-Bundeszentrale in Köpenick und einer Handvoll Aktivisten der Berliner Kreisverbände getragen. Auch die Jungen Nationaldemokraten sind in der Öffentlichkeit kaum mehr wahrnehmbar. Nachdem Andrew Stelter die Strukturen der JN seit 1999 in Berlin/Brandenburg wieder halbwegs aufgebaut hatte, brachen diese im letzten Jahr wieder zusammen. Andrew Stelter wechselte nach der Spaltung zur Brandenburger NPD und die engagiertesten JN-Aktivisten um **Jens Pakleppa**, **Jan Gallasch**, **Tino Wolf**, **Rene Neye** und **Steffen Nickel** lösten sich von der JN ab und traten Ende 2003 als "Deutsche Jugend" mit einem "Deutscher Jugend Verlag" in die Öffentlichkeit. Der Verlag übernahm die regionale JN-Zeitung "Jugendwacht". "In eigener Sache" berichtete die Zeitschrift über "erhebliche Spannungen zwischen Vertretern der höchsten Gremien der JN und NPD und unserer Schriftleitung". Der JN-Landesvorsitzende, Jens Pakleppa verließ die NPD zusammen mit Mario Schulz wegen der Auseinandersetzung um **Safet Babic**. (s.u.) Mittlerweile ist die "Jugendwacht" auch mit einer Homepage vertreten und kooperiert mit der "Bewegung neue Ordnung" (BNO) aus Brandenburg und der "Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) aus Süddeutschland.

Die verschwindend geringen Aktivitäten der DVU beschränkten sich auf gelegentliche Mitgliederversammlungen sowie auf "politische" Stammtische. Der Landesvorstand orientiert sich vollständig an den Vorgaben der Münchener Parteizentrale und entfaltet keine politische Eigeninitiative. Lediglich der Beisitzer im Berliner Landesverband **Sascha Kari** fällt als kontinuierlicher Politaktivist in der Öffentlichkeit auf. Er nimmt ohne politische Berührungsängste an den Aktivitäten des Berliner Neonazi-Spektrums teil.

Die REPs befinden sich im andauernden Niedergang. Ihre Bundeszentrale in Berlin-Pankow haben sie dementsprechend aufgegeben und statt dessen ein kleineres Büro in der gleichen Strasse bezogen. Mitte des vergangenen Jahres trat der erst zu Beginn des Jahres gewählte Landesvorsitzende, **Bernd Bernhard**, von seinem Amt zurück. Als Grund für seinen Rücktritt nannte er inhaltliche Differenzen mit dem Bundesvorstand. Der Berliner Landesverband hatte anlässlich des Bundesparteitages der REP im November 2002 den erfolglosen Antrag gestellt, die so genannten Ruhstorfer Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien aufzuheben. Daher wunderte es kaum, dass im Februar 2004 **Konrad**

Vorsitzender der Brandenburger NPD: Mario Schulz



Auch "Liedermacher" - Jörg Hähnel, Vorsitzender der Berliner NPD

Oliver Schweigert

Voigt, als Berliner Funktionär der "Republikaner", zusammen mit dem NPD-Chef **Udo Voigt** auf einer Veranstaltung des "Nationalen Bündnis Dresden" auftrat.

Kameradschaftsszene

Für den Bereich der Kameradschafts-Szene zeichnet sich ein deutlicher Zulauf ab. Ein Grund hierfür sind die zunehmenden Aktivitäten und die neue Dynamik der Berliner Kameradschaften. Nach Jahren der Stagnation tritt die Berliner Kameradschafts-Szene wieder durch eigenständige und öffentlichkeitswirksame Aktionen in Erscheinung. Die alte Kameradschaftsstruktur um **Oliver Schweigert** in Berlin und **Gordon Reinholz** in Brandenburg unter dem Label "Aktionsbüro Mitteldeutschland – Nationaler Widerstand Berlin/Brandenburg" hat durch die hyperaktiven Zusammenschlüsse um die "Kameradschaft Tor" aus Lichtenberg und die "Autonomen Nationalisten Berlin" in Berlin und den "Märkischen Heimatschutz" (MHS) in Brandenburg einen neuen Aufschwung bekommen. Hinzu kamen eine Reihe von Neugründungen. Vor allem die "Berliner Alternative Süd-Ost" (BASO) brachte eine neue Dynamik in die Szene. Die BASO ist im Bezirk Treptow-Köpenick aktiv. Treibende Kraft der "Berliner Alternative" dürfte der ehemalige NPD-Vorsitzende des Kreisverbandes Treptow-Köpenick, Rene Bethage, sein. Die Gruppe von etwa 15 Jugendlichen aus dem Bezirk versucht aktuell an ein eigenes Jugendzentrum zu gelangen. Hierfür wurden Veranstaltungen der SPD und der PDS gestört und am Ende des letzten Jahres eine Demonstration durchgeführt. Mittlerweile hat sich das Projekt zu einer Kampagne der gesamten Kameradschafts-Szene mit wiederholten Kundgebungen und symbolischen Hausbesetzungen entwickelt. Dass das bürgernahe Image der Kameradschaftsnazis a la "Jugendinitiative für ein Jugendzentrum Berlin Süd-Ost" Makulatur ist, machten einige BASO-Aktivisten im April 2004 deutlich. **Markus L.** (17), **Tobias B.** (17) und **Dennis Eister** (21) schlugen einen vietnamesischen Imbissbetreiber krankenhausreif, weil dieser ihnen kein Bier anschreiben wollte. Markus L. hatte für das BASO-Jugendzentrum beim Bürgermeister vorgesprochen und Dennis Eisler war am 6. Dezember 2003 auf der BASO-Demo zugegen. Hauptakteur auf der Strasse ist neben der BASO vor allem das 2002 von Berliner Kameradschaftsaktivisten gegründete Projekt der "Autonomen Nationalisten Berlin" (ANB). Die ANB führt in der Öffentlichkeit vor allem einen eher lächerlichen Etikettaufkleber-Kleinkrieg im Nordosten von Berlin. Intern hat sich die ANB zusammen mit der "Kameradschaft Tor" um **Björn Wild** dem Kampf gegen die "Antifa" verschrieben und propagiert verbalradikal ein gewaltsames Vorgehen gegen politische Gegner. Björn Wild und sein Kameradschaftskollege **Daniel Meinel** sind auch als Fotografen der Anti-Antifa unterwegs.

Nicht zu trennen ist die Berliner Kameradschaftsszene von den Brandenburger Aktivisten des MHS um Gordon Reinholz, die bei fast jeder Berliner Kameradschaftsaktion präsent sind. Auch der Strausberger KDS-Funktionär **Sebastian Schmidke** hat mittlerweile sein Wirkungsfeld

Brandenburg

Auch in Brandenburg sind die Aktivitäten der extremen Rechten eher an Personen als an Gruppen festzumachen. Der Brandenburger NPD-Vorsitzende **Mario Schulz** verließ Anfang 2004 zusammen mit dem regionalen JN-Vorsitzenden **Jens Pakleppa** und den Mitgliedern des Kreisverbandes Prignitz die NPD. Sie kritisierten die Nominierung des gebürtigen Bosniers **Safet Babic** zum NPD-Kandidaten bei der Europawahl. Ihr Austritt scheint jedoch kein spontaner politischer Bruch gewesen zu sein, denn bereits am 1. Februar gründeten etwa 100 Personen um Mario Schulz in Vetschau die "Bewegung neue Ordnung" (BNO). Um den Weg "Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff" zu finden, wurde zusammen mit der "Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) ein Gründungskongress einer "Plattform Neue Ordnung" (PNO) geplant. Doch auch Schulz ist mit Gruppennamen flexibel. So rief er mehrfach im Namen eines "Bundes Nationaler Sozialisten Brandenburg" zu regionalen Nazi-Demonstrationen auf.

Brandenburgische Kameradschaften treten nach außen kaum in Erscheinung. Die Aktionsfähigkeit und die Vernetzung untereinander variiert in der Praxis je nach persönlichem Engagement der jeweiligen Führungsaktivisten. Eine Ausnahme bildet der

in die Berliner Kameradschaftsszene verlegt. Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich im Berlin-Brandenburger Kameradschaftsmilieu ein Personenkreis als Führungsszene herauszubilden scheint, der zunehmend bündnisfähig und handlungsfähig ist. Ausdruck hierfür sind auch neue Zeitschriften wie der "Berliner Bote" von Rene Bethage. Wie lange dieser Prozess jedoch andauern wird, ohne dass es zu den üblichen Machtkämpfen, Szene-Austritten und Streitereien kommt, bleibt abzuwarten. Auch ob das Abkupfern linker Symbole, Aktionsformen und autonomer Politik durch die führenden Aktivisten der Kameradschaften dauerhaft ohne Konflikte mit der durch Rechtsrock und Naziskinheadkult geprägten Basis verläuft, ist fraglich

Musik-Szene unter Druck

Die Berliner Nazi-Musik-Szene weicht nach dem "Blood & Honour"-Verbot und zunehmendem polizeilichen Druck auf die Berliner Nazi-Bands "Landser" und D.S.T ("Deutsch - Stolz - Treue") auf Konzerte außerhalb Berlins aus. Die Aktivisten der Nazi-Musik-Szene finden sich in Gruppierungen wie "Lichtenberg 35", den "Hammerskins" und im Umfeld der "Vandalen". Veranstaltungen dieser elitär auftretenden Gruppen mit relativ geringer Mitgliederfluktuation werden regelmäßig von der Berliner Polizei kontrolliert. Relativ ungestört hingegen können Bands wie "Legion of Thor" und ihr Umfeld agieren. Zu einem Anlaufpunkt auch für die Berlin/Brandenburger Nazi-Musik-Szene hat sich der Laden "On the Streets" in Henningsdorf entwickelt. Hier arbeiten Mitglieder der Berliner Band "Spreegeschwader" und Landser-Sänger **Michael Regener** nutzt den Laden für seine Merchandise-Bemühungen.

ehemalige JN-Funktionär **Gordon Reinholz**, der als Chef des "Märkischen Heimatschutzes" (MHS) gilt. Der MHS wurde im November 2001 in Kerkow (Uckermark) gegründet und umfasst etwa 35 Mitglieder. Er ist vergleichsweise aktiv und organisiert regelmäßig Treffen, politische Schulungen und Fahrten zu Aufmärschen. Anti-Antifa-Arbeit zählt zu den Hauptbetätigungsfeldern des MHS. Der MHS publizierte für das "Nationale und soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland" (NSAM) einen "Schulungsbrief", der "Grundsätze für die Arbeit" der einzelnen Kameradschaften vermitteln soll. Das NSAM strebt eine länderübergreifende Vernetzung der neonazistischen Kameradschaftsszene in Ostdeutschland an, um deren propagandistische Wirkung zu erhöhen. Durch das NSAM soll die ostdeutschen Neonazi-Szene zumindest nach außen als Einheit wirken. Ein "Nationaler Medienverbund" (NMV) tritt als die Propaganda-Abteilung des NSAM auf. Er gibt verschiedene Publikationen heraus, so die länderübergreifende "Mitteldeutsche Jugendzeitung" (MJZ) und den "Märkischen Boten".

Unorganisierte Rechte

Das Potential der (sub)kulturell geprägten und unorganisierten extrem rechten Jugendcliquen bleibt relativ konstant. Gerade diese Cliquen sind für die Zunahme von Übergriffen auf nicht-deutsche Menschen und alternative Jugendliche verantwortlich. Den lokalen Kameradschaften gelingt es zunehmend besser als der NPD diese Cliquen an- und einzubinden.

Mischszenen

Seit einigen Jahren ist in der Region Berlin / Brandenburg eine zunehmende Herausbildung von Mischszenen zwischen Neonazis, Rockern und Hooligans zu beobachten. In diesem Milieu tummeln sich die Aktivisten der neonazistischen "Vandalen", Mitglieder der Neonazi-Musikszene, die Motorrad-Clubs (MCs) "Gremium", "Born To Be Wild", "Bandidos" und "Hells Angels" sowie Hooligans. Kristallisationspunkte dieser Mischszene waren zum Beispiel die Jahresfeier der "Vandalen" und die "Germanenfeier" in der BFC-nahen Kneipe "Berliner Fußball Cafe". Diese Kneipe hat wie der Laden und Tattoo-Shop "Kategorie C", die Kneipe "Germanenhof" und der Laden "Odins Klinge", den Ruf eine Schnittstelle zwischen Hooligans des BFC, den Berliner Hells Angels und Nazi-Symphatisanten darzustellen.

Fazit

Trotz der ständigen Umbrüche und unzähligen Konflikte existiert in Berlin nach wie vor eine aktive und handlungsfähige Neonazi-Szene mit wachsendem Potential. Gruppen und Personen die von der politischen Bildfläche verschwinden, werden durch neue ersetzt. Andere, die dabei bleiben, treffen auf eine Reihe von Funktionären und Aktivisten, welche zum Teil schon seit Jahrzehnten in der Szene agieren, ohne sich dabei ständig in der Öffentlichkeit in den Vordergrund drängen zu müssen. Die Szene ist in der Lage sich selbst ständig neu zu reproduzieren und Verluste und Rückschläge auszugleichen. In der Lage, relevanten gesellschaftlichen Einfluss auszuüben, ist sie nicht.

In trauter Eintracht: Udo Voigt und Jürgen Rieger hinter dem Fronttransparent des Rudolf-Hess-Gedenkmarsches 2004

Von Stefan Kowal

Zwischen NPD und internationalem Neofaschismus

Der "Rudolf Heß Gedenkmarsch" 2004

Mit zirka 4.600 bis 4.800 Personen nahmen am diesjährigen "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" mehr Neonazis teil als je zuvor. Grund für die gestiegene TeilnehmerInnenzahl, die von Veranstalterseite sogar auf über 7.000 hoch fantasiert wurde, dürfte vor allem die Planungssicherheit sein, über welche die teilnehmenden Neonazis inzwischen verfügen. Schon seit Anfang des Jahres warben sie für den Aufmarsch, in aller Ruhe konnten Busse gechartert und Flüge gebucht werden, zumal mit einem Verbot des Aufmarsches nicht zu rechnen war. Der "Spaßfaktor" dürfte jedoch dieses Mal angesichts von Behinderungs- und Gegenaktionen deutlich kleiner ausgefallen sein als in den letzten Jahren. Die Stadt verwehrte den Neonazis einen zentralen Aufmarschplatz, weshalb weder ein geordnetes Zusammenkommen, noch ein gemeinsamer Abschluss mit Essen, Trinken und Musik möglich war. Diese Gegenaktionen gingen vor allem von Vertretern und Bürgern der Stadt Wunsiedel aus. Zudem gab es dieses Jahr im Rahmen der Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen!" erstmals wieder eine koordinierte Präsenz antifaschistischer Gruppen.

Etwas ratlos wirkten die "Kameraden" aus Magdeburg und Jena, als die Polizei sie mit ihren LKWs voll Getränken, Biertischgarnituren und Gulaschkanone des Platzes verwies. Der öffentliche Aufmarschplatz der letzten Jahre war durch die Stadt blockiert, Parkplätze standen nicht zur Verfügung. Etwas verkniffen fragte ein Heß-Fan den Bürgermeister nach einer Toilette, der verwies auf den Anmelder, den neonazistischen Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**. Vielleicht habe sich ja der um Toiletten gekümmert...

Nach Jahren des Wegsehens hatte sich die städtischen VertreterInnen wohl entschieden, es dieses Jahr den anreisenden Neonazis so ungemütlich wie eben möglich zu machen und stellten keinerlei Infrastruktur zur Verfügung. Und so kurvten und liefen die Neonazis kreuz und quer durch die Stadt, richtige Stimmung wollte da zunächst nicht aufkommen. Als Versammlungsort stand ihnen zudem nur eine der Einfallsstraßen Wunsiedels zur Verfügung, wo sie auch ihren als Bühne dienenden LKW aufstellen konnten.

Dort spielte dann der Liedermacher **Michael Müller** aus Regensburg einmal mehr seine Lieder, Jürgen Rieger und andere hielten ihre Reden oder sprachen Grußworte. Unter den Rednern befand sich nicht nur – wie zu erwarten – **Thomas Wulff**, sondern auch der NPD-Parteivorsitzenden **Udo Voigt**, der später Schulter an Schulter mit Jürgen Rieger die Demonstration mit anführte. Ein derartiges Auftreten auf einer offen den NS verherrlichenden Veranstaltung hatte es seitens der NPD in den letzten Jahren nicht gegeben. Immer wieder waren NPD-Fahnen und -Transparente im Aufmarsch zu sehen, so beispielsweise auch von der NPD Wattenscheid. Der überwiegende Teil der Transparente wies jedoch wie gewohnt die meisten TeilnehmerInnen als den "Freien Kameradschaften" zugehörig aus.

An internationalen Gruppierungen fiel eine ca. 40 Personen starke Gruppe von Spaniern auf, die blaue T-Shirts

mit dem Schriftzug der "250", der so genannten "Blauen Division" trugen. Diese Division spanischer Faschisten kämpfte im Zweiten Weltkrieg an der Seite Deutschlands. Aus Italien waren die "Veneto Fronte Skinheads" und die "Forza Nuova" vertreten. Weiterhin nahmen u.a. Personen und Gruppierungen aus England, der Schweiz, den Niederlanden, Österreich, Russland, der Slowakei, den USA, Polen und Tschechien teil.

Natürlich waren auch aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens "Kameraden" mit Bussen nach Wunsiedel gefahren. Einmal mehr in einer der führenden Ordnerdienstfunktionen zu sehen war der ehemalige Korschenbroicher und heutige Generalsekretär der niederländischen Neonazi-Partei NVU, **Christian Malcoci**, wie gewohnt mit seinem politischen Zögling **Sven Skoda** an seiner Seite. Und auch der NPD-Landesvorsitzende **Stephan Haase** aus Lüdenscheid und der stellvertretende Landesvorsitzende **Claus Cremer** waren angereist und hatten ihren Anhang mitgebracht. Aus Borken beispielsweise kamen erstmals NPDler und "Freie" in Busladungsstärke nach Franken. Ebenso wenig fehlten die nordrhein-westfälischen Stützpunkte des "Kampfbundes Deutscher Sozialisten" (KDS) um ihren "Gauführer" **Axel Reitz**. Der hatte im Sommer eine Kontroverse mit seinem Freund und Förderer **Christian Worch** über die Frage, ob es sich bei Wunsiedel tatsächlich um eine "Pflichtveranstatung eines jeden anständigen Deutschen und erst Recht eines jeden Anständigen Kämpfers für Deutschlands Ehre und Freiheit" handelt, wie von Reitz dekretiert. Worch, der für sich in Anspruch nimmt, 1987 die Entscheidung für alljährliche Demonstrationen in Wunsiedel gefällt zu haben, sah dies anders und blieb wie 2003 daheim. Warum er nicht kam, mochte er in einem Forum der Szene auch auf Nachfrage nicht verraten – was wiederum Spekulationen ermöglichte, dass er sich verweigere, weil Veranstalter Rieger ihn in der Vergangenheit nicht ans Mikrofon gelassen habe.

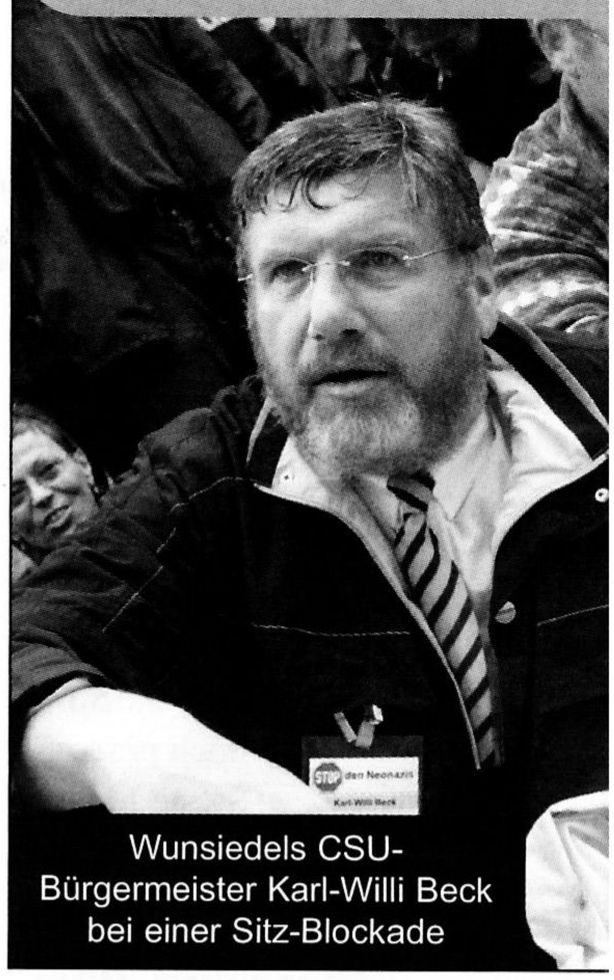
NS-Verherrlichung und Opfermythos

Wegen umfangreicher Polizeikontrollen verzögerte sich die Anreise der Neonazis und dadurch auch der Beginn des Aufmarsches um Stunden. Um Druck gegen diese Hinhaltetaktik aufzubauen, forderte Rieger gegen 14 Uhr die bereits Anwesenden auf, in Gruppen in die Stadt zu gehen. Dadurch kam es dann auch zum provozierten Zusammenstoß mit AntifaschistInnen. Beim nachfolgenden Einsatz der Polizei wurde eine größere Anzahl Neonazis festgenommen, insgesamt wanderten an diesem Tag fast 100 in Polizeigewahrsam. Erst gegen 16.30 Uhr konnte dann der Aufmarsch starten.

Nach 150 Metern aber war erneut Stillstand angesagt, 150 Bürgerinnen und Bürger blockierten die Route durch eine Sitzblockade. Unter ihnen sogar der CSU-Bürgermeister **Karl-Willi Beck**, etliche Stadträte, Vertreter der Kirche, der Gewerkschaften und viele Jugendliche. Zirka 30 Minuten brauchte die Polizei, um diese Blockade aufzulösen. Und hatte auch danach zu tun, um den Einsatz von Beschallungsanlagen und Jauchewagen zu unterbinden.

Nach Jahren des Wegsehen wollten sich also auch Wunsiedeler PolitikerInnen nicht länger das Image ihrer Kleinstadt beschädigen lassen. Der stellvertretende Bürgermeister fürchtete gar, "mit Rostock, Hoyerswerda oder gar mit Auschwitz" in einem Atemzug genannt zu werden.

Einige, zumeist jüngere Menschen aus Wunsiedel, zogen es vor, in einem Bündnis mit antifaschistischen Gruppen zu demonstrieren. Zirka 250 Menschen waren dem Aufruf dieses Bündnis gefolgt, 200 von ihnen waren bundesweit über die Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen" mobilisiert worden. Diesem Bündnis ging es insbesondere darum, auf die immer offener vorgetragene NS-Verherrlichung und den zunehmenden Opfermythos in der deutschen Geschichtsschreibung und extrem rechten Kreisen aufmerksam zu machen. Zudem sollte angesichts der Bedeutung des Aufmarsches die Notwendigkeit von Widerstand aufgezeigt werden. Nach jahrelanger Abstinenz einer antifaschistischen Mobilisierung wurde dieses Jahr erstmals wieder wahrnehmbar Präsenz gezeigt und deutlich gemacht, dass Gegenaktivitäten in Wunsiedel nicht nur nötig, sondern auch möglich sind. Einem Neonazi aus Herne gefiel das überhaupt nicht. In einem Neonazi-Forum schrieb er Tage später: "Normalerweise hätte man anschließend - nach Beendigung (des Aufmarschs, d. Red.) – diesen haufen überrennen sollen! Es wäre nur Gerecht gewesen!! ... oder man hätte in gruppen die Antifatzkes einfach beschatten sollen und nach der Abreise von denen zugeschlagen (zB Rasthof oder so)."



Wunsiedels CSU-Bürgermeister Karl-Willi Beck bei einer Sitz-Blockade

Antifaschistischer Protest

Wunsiedel 2005?

Proteste, sowohl von bürgerlicher Seite, als auch von organisierten AntifaschistInnen, haben in diesem Jahr die Bewegungsräume der Neonazis in Wunsiedel ein wenig enger werden lassen. Daran gilt es für das nächste Jahr anzuknüpfen. Dabei sollte nicht vergessen werden, die Heß-Märsche und die mit ihnen einhergehende und von deutschen Gerichten abgesegnete offene NS-Verherrlichung auch international zu thematisieren und zu skandalisieren. Und schließlich sollte mit der Planung von Gegenaktivitäten und der Mobilisierung frühzeitig begonnen werden, so dass mittelfristig eine wirkungsvollere Behinderung des Heß-Marsches möglich wird – und langfristig dessen Verhinderung.

"Abgeschmackte Indianer und Neger" in Wunsiedel?

Das Verbreiten neonazistischer Texte gehört nun wirklich nicht zum Stil der LOTTA. Ab und zu aber stolpert man über Veröffentlichungen voll umwerfender unfreiwilliger Komik. So auch der folgende geistige Erguss, der zudem noch einen Einblick in die Spannungen innerhalb der NS-Szene bietet. Zum Hintergrund: **Ursula Haverbeck**, Leiterin der neonazistischen Bildungsstätte "Collegium Humanum" in Vlotho (*Vgl. LOTTA Nr. 7, S. 15 und Nr. 15, S. 28*), nahm in diesem Jahr zusammen mit **Horst Mahler** am Aufmarsch in Wunsiedel teil, durfte dort sogar eine Rede halten. Dennoch war sie "not amused". Heimgekehrt brachte sie dieses in dem folgenden kleinen Bühnenstück zum Ausdruck:

Wunsiedel 2004

Heimdall, der Himmelswächter, ließ das mächtige Gjallarhorn erschallen: Rudolf, der Deutsche, der Friedensflieger, möge sich am Himmelstor einfinden. Alsbald erschien der Gesuchte fragenden Blicks.

Heimdall: "Die deutsche Jugend versammelt sich in großer Zahl zu Deinem Gedenken in Deiner Heimat. Es ist der Beginn des deutschen Volksaufstandes. Du sollst unerkannt daran teilnehmen."

In ausgebleichten Beiderwandhosen und einer unförmigen Jacke mit großer Kapuze [...] macht er sich auf den Weg. Beim Acht-Uhr-Schlag des großen Turmes sollte er zurückkehren, doch bereits als es viermal schlug, sah der erstaunte Heimdall Rudolf den Deutschen sichtlich empört zurückkehren.

Rudolf: "Wo sollte denn die deutsche Jugend sich zum Aufstand versammelt haben? Ich habe sie nicht gefunden."

Heimdall: "Hast Du denn nicht in Wunsiedel die Tausende gesehen?"

Rudolf: "Ja, Tausende schon, aber ich kann doch Deutsche von Indianern und Negern unterscheiden."

Heimdall: "Aber da waren doch weder Rothäute noch Schwarze."

Rudolf: "Die Hautfarbe ist nur äußerlich, es kommt auf den Kern an. Sie trugen Ohren- und Nasenringe und glitzernde Knöpfe an Nasenflügeln und Schläfen. Sie waren tätowiert und hatten kahlgeschorene Schädel wie Kriegsgefangene."

Heimdall: "Aber sie trugen doch Fahnen und Spruchbänder, auf denen sie Dich und Deutschland priesen. Sie hatten sogar auf dem Rücken oder der Brust solche Parolen auf ihre Kleidung geschrieben."

Rudolf: "Also versteh bitte, auf schwarzer Unterwäsche möchte ich weder meinen Namen finden noch etwas von Deutschlands Ehre lesen. Das ist doch abgeschmackt, ja es ist Hohn. Daneben standen übrigens auch englischsprachige Parolen und ähnliches." [...]

Heimdall: "Aber es waren doch junge Deutsche. Sie sprachen deutsch, sie hatten deutsche Musik und u.a. auch deutsche Fahnen."

Rudolf: "Wenn es ein Volksaufstand für das Deutsche Reich sein sollte, dann hätten dort wenigstens einige Hakenkreuzfahnen mitflattern müssen. Ich habe nicht eine einzige gesehen."

Heimdall: "Aber Rudolf, das ist doch nicht erlaubt, die Kundgebung wäre sofort verboten worden." [...]

Rudolf: "Hat es jemals einen Volksaufstand gegen Unterdrücker und Volksfeinde gegeben, bei denen deren Gesetze und Verbote beachtet wurden? Das ist doch gerade das Wesen eines Volksaufstandes, die Gesetze der Unterdrücker abzuschütteln." [...]

Heimdall: "Du bist ungerecht. Nach 50 Jahren Umerziehung und Schmähung aller Deutschen als Verbrechervolk ist es doch beachtlich, daß dennoch Tausende aus ganz Deutschland zusammenkamen zu Deinem Gedenken." [...]

Rudolf: "Meine Ehre auf Unterwäsche, unter Ohr- und Nasenringen und kahlrasierten Gefangenenschädeln, zwischen schrecklichen Tätowierungen ist eine Zumutung. So wollen unsere Feinde uns haben, aber das sind nicht wir."

Heimdall: "Aber hast Du denn nicht die Reden gehört? Du wurdest gebührend gewürdigt, und sie haben Deinen Friedensflug und Deine Ermordung wahrheitsgemäß dargestellt."

Rudolf: "Das machten die Älteren, und kaum die Jungen."

Heimdall: "Aber die Jungen klatschten Beifall."

Rudolf: "Das reicht doch nicht. Für mich sieht ein Volksaufstand, und ebenso eine deutsche Jugend, ganz anders aus." [...]

Heimdall: "Was jetzt noch chaotisch anfänglich ist, kann bereits morgen ein anderes Gesicht haben. Du hast ihnen Mut eingeflößt, jetzt mußt Du ihnen gute Gedanken geben." [...]

Rudolf: "Vielleicht, wenn der Kern noch deutsch wäre?"

Heimdall: "Er ist es!"

Ob im nächsten Jahr wieder der Hornruf Heimdalls Rudolf den Deutschen nach Wunsiedel entsendet?
Ob er dann dort deutsche Jugend und den Beginn eines wirklichen Volksaufstandes erleben wird?

Anmerkung der LOTTA-Redax: Wir warten sehr gespannt darauf, ob Frau Haverbeck - ihre eigene Kritik ernstnehmend - , demnächst am "Collegium Humanum" die Hakenkreuz-Fahne hissen wird...

Von Tomas Sager und Jan Spreuk

Come together...

NPD und "Freie Kameradschaften" auf Schmusekurs

Der Vergleich mit den "Märzgefallenen", jenen Deutschen, die in den ersten Monaten nach Hitlers Machtübernahme und erst recht nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 aus opportunistischen Gründen in die NSDAP strömten, durfte natürlich nicht fehlen: Da zeichnete sich ab, dass die NPD erstmals nach dreieinhalb Jahrzehnten wieder in ein Landesparlament einziehen würde, und prompt gab's prominenten Zuwachs. Von den "Freien Nationalisten" zog es **Thomas Wulff**, **Thorsten Heise** und **Ralph Tegethoff** zur NPD.

Völlig überraschend kam die Entwicklung in allen vier Fällen nicht. Thomas Wulff, der für sich in Anspruch nimmt, "das Konzept und den Begriff ‚Freie Nationalisten' erarbeitet" zu haben, hatte schon im Vorfeld der Berliner 1.-Mai-Demonstration von NPD und "freien" Neonazis eine Erklärung unter dem Titel "Gemeinsam die Volksfront von Rechts schaffen! Über das Gebot nationaler Geschlossenheit" veröffentlicht. An die Kameraden appellierte er darin: "Die Wahlkämpfe der nächsten Monate sollten für alle Aktivisten – ob in der NPD organisiert oder nicht – ein willkommener Anlass sein, jetzt dafür zu sorgen, dass auch der parteipolitische Arm unserer Bewegung wieder gestärkt wird." Thorsten Heise, Ex-FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen und besonders rührig im RechtsRock-Geschäft, hatte bereits im Juni für die NPD bei der Landtagswahl in Thüringen kandidiert. Und Ralph Tegethoff, ebenfalls früher in der FAP aktiv, war wiederholt Autor in der Parteizeitung "Deutsche Stimme" (DS) und veröffentlichte im DS-Verlag.

"Volksfront statt Gruppenegoismus"

Mit den Neuzugängen verbunden ist für die NPD das Signal, dass eine Zusammenarbeit von "Freien" und Partei wieder möglich sein und auf Dauer Bestand haben soll. Seit Anfang des Jahres, so verrieten Wulff, Heise und Tegethoff in einer Erklärung, hatten "klärende und vertrauensbildende Gespräche" zwischen "führenden Parteikadern und bekannten freien Kräften" stattgefunden. Zuletzt, am 11. September, saß das Freien-Trio mit Parteichef **Udo Voigt** und seinem Stellvertreter **Holger Apfel** an einem Tisch. Wulff & Co. fassen ihren Eindruck so zusammen: "Es war der Wille zu spüren, die einmal gemachten Fehler nicht zu wiederholen und sich als Partei deutlich in das Gesamtgefüge einer Bewegung des Widerstandes einzufügen. Auf dieser Grundlage konnten wir einen Neubeginn in der Zusammenarbeit mit der Partei glaubwürdig auch gegenüber vielen freien Nationalisten vertreten." Dieses neue Verhältnis sei durch einen Text der NPD-Parteiführung "in der gewünschten Deutlichkeit erklärt worden". Nachdem ihnen diese Erklärung vorgelegt wurde, "waren wir bereit in die NPD einzutreten", erklärten Wulff, Heise und Tegethoff.

In dem am 19. September veröffentlichten Papier des Parteipräsidiums unter dem Titel "Volksfront statt Gruppenegoismus" übt die NPD Selbstkritik, räumt – immerhin am Tag ihres seit Jahrzehnten größten Wahlerfolgs - ein, "zu stark am Parlamentarismus orientiert" gewesen zu sein und "die außerparlamentarische Opposition vernachlässigt" zu haben. Die NPD-Führung habe die Zeichen der Zeit aber erkannt: "Sie ist gewillt, endgültig den Weg zu einer wirklichen Volksbewegung einzuschlagen, bei der die Organisationsform in der Frage nationaler Fundamentalopposition eine untergeordnete Rolle spielt." Sicher sei-

en führende NPD-Aktivisten in der Vergangenheit auch "nicht immer frei von dem fehlerhaften Denken" gewesen, "dass nur derjenige Aktivist ein wirklicher Nationalist sei, der in den Reihen der NPD kämpft". Eingeräumt wird, dass die Partei "heute noch Mängel" habe, unter anderem da sie mancherorts "nicht immer über Persönlichkeiten mit dem notwendigen politischen Wissen, geschlossenem Weltbild und Führungseigenschaften verfügt". Die NPD bekenne sich zur "Gesamtbewegung des nationalen Widerstandes". Dazu gehöre auch die Notwendigkeit, "die Vorgehensweise, die politischen Ansichten und die Organisationen aller in der nationalen Opposition befindlichen Parteien und Aktionsformen zunächst einmal grundsätzlich als Bereicherung im Kampf für unser Volk zu betrachten".

Wulff & Co. ziehen aus der Erklärung den Schluss, dass es zwischen "Freien" und NPD nicht nur ein Nebeneinander, sondern auch ein Miteinander geben kann. Auf einen Aufruf an ihre "Kameraden", ebenfalls der Partei beizutreten, verzichten sie allerdings. Das Konzept "Freie Nationalisten" sei auch in den nächsten Jahre eine "dauerhaft arbeitsfähige Basis für viele Kameradinnen und Kameraden". In der NPD, so ihre Vorstellung könnten sie selbst "das Sprachrohr und der Ansprechpartner sein für all die, welche sich außerhalb der Partei organisieren". Dass es ihnen nicht nur um Stimmungen, Strategie und Taktik geht, sondern auch um eine weitere Radikalisierung der NPD, macht ein Satz deutlich, der sich in einer anderen Erklärung der kooperationsbereiten "Freien" findet. Darin wird der NPD nunmehr attestiert: "Die Äußerungen der Partei und ihrer führenden Vertreter zur Abschaffung dieses asozialen Systems werden sowohl schriftlich als auch in Reden in gewünschter Deutlichkeit öffentlich kundgetan."

Skepsis am Schmusekurs

Andernorts wurde rasch eine uneigennützige Motivation der drei angezweifelt. Im "Störtebeker-Netz" z.B. wurde die Vermutung wiedergegeben, dass Wulff eine Stelle beim DS-Verlag erhalten solle. Zumindest Heise und Wulff, voraussichtlich aber auch Tegethoff werden beim NPD-Parteitag Ende Oktober für den Vorstand kandidieren. "Die NPD ist eine Sammlungsbewegung", rechtfertigte Voigt in einer Talkshow die Aufnahme der drei in die Partei. Vor dem Fernsehpublikum war freilich weniger die Rede von "Volksfront statt Gruppenegoismus". Fast schien es so, als sei die NPD eine Resozialisierungsanstalt für militante Neonazis. Voigt: "Es ist doch meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit als Vorsitzender einer Nationaldemokratischen Partei, auf die Leute zuzugehen, die sich im Straßenkampf oder sonst wo verrannt haben."

Außen vor bleiben bei den Einigungsbemühungen jene Neonazis, die der Linie von **Christian Worch** folgen und die Distanz zur NPD im Moment für unüberbrückbar halten. Auch Worch dürfte gemeint sein, wenn Wulff, Heise und Tegethoff über "manch anderen" klagen, der sich "ob als Anonymus oder auch mit bekanntem Namen, in einer Sackgasse verrannt hat in unpolitischen Hetzereien und scheinbar persönlich motivierten Grabenkämpfen gegen die NPD". Worch bleibt aber bei seiner Linie: "Ich habe keine Veranlassung, mich mit einer Partei(führung) zu unterhalten oder eine wie auch immer geartete Einigung zu finden, die gegen insgesamt drei Kameraden von mir sowie mich selber Auftrittsverbote auf allen ihren Veranstaltungen erlassen hat." Darüber hinaus zweifelt er an, dass Wulff, Tegethoff und Heise sich fortan noch "Freie Nationalisten" nennen dürfen, "da ‚Freier Nationalist' sich per se als parteifreier Nationalist definiert".

"Steiner, Tegethoff und Heise schauen wohl eher darauf einen im Oktober neu zu wählenden Bundesvorstandposten zu erhalten", hatte ziemlich bald nach Bekanntwerden des Parteieintritts auch der Kölner KDSler **Axel Reitz** vermutet. Die Erklärung der Partei sei "nichts anderes als was seit 1998 gebetsmühlenartig dem Freien Widerstand erzählt wird". Die NPD nutze lediglich "die Gunst der Stunde und versucht aus ihrem momentanen und bald wieder schwindenden Bekanntheitsgrad durch den Medienrummel zu partizipieren und ihren Erfolg in Sachsen dazu zu nutzen sich auf das Roß der Führung im Widerstand zu schwingen". Eine Zusammenarbeit kommt für Reitz nur in Frage, "wenn klar ist das die Partei ihre Möglichkeiten nicht dazu einsetzt den Freien Widerstand zu vereinnahmen und unliebsame Kritiker in die beliebte Spalterecke zu stellen".

Nordrhein-Westfalen "als Vorbild"

Uneingeschränkt hinter die Erklärung stellte sich NPD-Landesvize **Claus Cremer**. Er empfahl Nordrhein-Westfalen dabei als Vorbild für ein gutes Verhältnis von "Freien" und NPD: "Ich möchte auch behaupten, daß mir bzw. der Partei es in NRW gelungen ist, eine ziemlich gesunde (wenn auch manchmal nur punktuelle) Zusammenarbeit mit parteifreien Kräften zu schaffen. Das zeigt für mich: Es ist also möglich!" Die NPD-Spitze habe "etwas gemacht, was viele für nicht möglich gehalten haben. Er hat Fehler zugegeben und Schwachstellen im Apparat benannt", warb Cremer um Vertrauen, um andererseits aber zu klagen: "Statt dieses (auch wenn es von der Partei kommt) einmal (wenigstens etwas) zu würdigen und zu sagen, daß dies schon ein sehr guter Anfang ist, werden neue ‚Schwachstellen' in der Erklärung gesucht."

Ausblick

So oder so wird das Bündnis Wulff-treuer Neonazis und der NPD in der Zukunft auch Belastungsproben ausgesetzt sein. "Sachsen ist noch lange nicht überall. Nicht überall kann die Partei Kandidaten wie Holger Apfel stellen", heißt es z.B. beim "Aktionsbüro Nord". Nicht überall empfehle sich folglich ein Wahlantritt, "denn Nullkomma-Pleiten und fragwürdige Kandidaten wie beispielsweise der karrieregeile **Stawitz** in Schleswig-Holstein können schnell wieder dunkle Schatten über die Partei werfen". Gerade bei der Auswahl der Kandidaten solle gelten: "Lieber auf eine Wahl verzichten, als mit reaktionären Windeiern ins Parlament einziehen."

RechtsRock-Splitter

Jus wieder aktiv

"**Weisse-Wölfe**"-Sänger **Stjepan Jus**, der bis Mitte des Jahres wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen einsaß, hat kurz nach der Haftentlassung die Veröffentlichung einer Solo-CD angekündigt: "Legal, aber sehr gut!", wie Jus schreibt. Allerdings scheint es bei der Produktion Probleme gegeben zu haben, so dass die Veröffentlichung noch einige Zeit auf sich warten lassen dürfte, wie Internet-Foren zu entnehmen ist. Derweil deutet Jus den braunen Musikfreunden gegenüber außerdem an, dass es 2005, wenn die "Weissen Wölfe" zehn Jahre existieren, was "Nettes" von der Gruppe zu hören geben wird.

"Wahltag ist Zahltag"

So lautete der Untertitel einer kostenlosen CD, die von der **NPD**-Sachsen zur Wahlwerbung im Landtagswahlkampf verteilt wurde. Die CD wurde zwar kurzfristig wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingezogen, vom zuständigen Gericht jedoch wieder freigegeben. Neben Größen des bundesdeutschen RechtsRock - u.a. "**Landser**"-Sänger "**Lunikoff**" und "**Noie Werte**" - steuerten auch Bands aus NRW Lieder zu der von **Jens Pühse** zusammengestellten Propaganda-CD bei.. "**Sturmwehr**" aus Gelsenkirchen ist mit den Songs "Nationale Opposition" und "Unterm Schutt der Zeit" vertreten, "**Sleipnir**" aus Gütersloh lieferte ""Eure Freiheit" und "Siehst du das Land".

Brucherseifer dreht wieder auf

Gleich zwei neue CDs der Band "**Sturmwehr**" um **Jens Brucherseifer** erschienen in den letzten Wochen. Erst war die schon 2003 aufgenommene Balladen-CD "Lieder von allen Fronten" zu haben, die beim **NPD**-Label "**Pühses Liste**" erschien. Kurze Zeit später dann veröffentlichte das Label **V7** die CD "Nichts ist wie es scheint". Im Mittelpunkt dieser rockigen CD steht der "Verrat". Gleich zwei Lieder sind dem Thema gewidmet, scheinbar hat Brucherseifer hier traumatische Erfahrungen gesammelt. Vielleicht ja bei seinem ehemaligen Label "Ohrwurm Records", dessen Betreiber **Marcel Ingignoli** bekanntlich Informationen über "Landser" an die Ermittlungsbehörden gab.

Neben seinen CD-Produktionen ist Brucherseifer weiter mit dem Aufbau seines Ladens "**New Order**" beschäftigt. In dem Laden in der Gelsenkirchener Ückendorfer Straße bietet er "Streetwear, Fashion & more" an. Das alles natürlich "zu kameradschaftlichen Preisen."

Barking-Dogs-CD steht vor der Indizierung

Bei den Liedtexten der aktuellen "**Barking Dogs**"-CD "Schluss mit lustig!!!" hörte offenbar für die "Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien" (BPjM) der Spaß auf. Sie indizierte Anfang September 2004 die neue Scheibe der Düsseldorfer Band wegen Gewaltverherrlichung. Die "Barking Dogs" geben sich gerne als unpolitische Combo, sind jedoch fest im RechtsRock-Spektrum integriert (*vgl. LOTTA Nr. 14, Herbst 2003, S. 38*). Mitte September 2004 wurde die Indizierung der CD allerdings wegen eines Verfahrensfehlers einstweilig wieder aufgehoben. Laut Homepage der "Barking Dogs" hatte die BPjM keinen Vertreiber oder Produzenten herausfinden können, obwohl ein solcher auf der CD vermerkt war, und deshalb keine Stellungnahme eingefordert. Gelegenheit für eine solche hätte aber laut § 21 Abs. 7 Jugendschutzgesetz gegeben werden müssen. Da aber lediglich ein formeller Fehler vorlag, also kein Fehler bezüglich des Indizierungsgrundes "Gewaltverherrlichung", ist zu erwarten, dass eine erneute Indizierung in Kürze folgen wird. Dann ist tatsächlich "Schluss mit lustig"!

Schwarz-braun in Dortmund

Ein Black-Metal-Konzert mit braunem Beigeschmack fand am 19. September in der Kneipe "Lorbass" in Dortmund statt. Während des Konzerts der Bands "**Cerberus**", "**Demogordon**", "**Division Golgota**", "**Obscure Vortex**" und "**Utgard 11**" wurde Konzertbesuchern zufolge nicht nur eine "White Power"-Fahne gezeigt, sondern zudem auch ein Song der neonazistischen Kult-Band "Landser" gecovert. Im Publikum, das zum Teil eindeutig dem rechten Metal-Spektrum zuzuordnen war, stieß dieses Gebaren nicht auf Gegenwehr.

"Schulhof-CD" beschlagnahmt

Über 100.000 RechtsRock-CDs mit extrem rechter Propaganda will ein Bündnis aus 56 "Kameradschaften", Versänden und sonstigen Organisationen gratis an Jugendliche verteilen. Unter den Organisatoren befinden sich aus NRW der "**Wolfszeit Versand**" aus Gütersloh um den Kopf der Band "**Sleipnir**", **Marco Laszcz**, sowie die Band "**Halgadom**" nebst gleichnamigem Versand um **Frank Krämer** aus Hennef. Weiterhin der Wuppertaler "**Freundeskreis Nationale Politik**" um **Maik Hilgert** sowie "Hatecrew 88" aus dem südlichen Westfalen und Rostock. Die Justizbehörden aus NRW erklärten die CD als juristisch nicht zu beanstanden. Das Amtsgericht Halle/Saale hingegen verfügte eine Beschlagnahmung. Dagegen klagen jetzt die Produzenten, welche die Verteilung bis zur juristischen Entscheidung verschoben haben.

"Tribute to Lunikoff"

Gleich mit zwei Liedern ist die Dortmunder Band "Oidoxie" auf dem jüngst erschienenen Sampler "**Tribute to Lunikoff**" vertreten. Auf der CD covern insbesondere deutsche, aber auch ausländische RechtsRock-Bands bekannte Lieder von "**Landser**". Mit "**Rudolf Hess**" verbreitet "Oidoxie" einmal mehr den Mythos des angeblich ermordeten Friedensfliegers, mit einem

Cover von Udo Jürgens "Sänger in Ketten" beschwören sie die Einheit und den Kampfeswillen der rechten Szene.
Nicht nur wegen dieser CD könnte es erheblichen Ärger geben, schon im letzten Jahr erschienen zwei CDs zu Ehren der als kriminelle Vereinigung verurteilten Band "Landser". Die jetzt erschienene CD ist in Teilen den zuvor erschienenen CDs zum Verwechseln ähnlich. Hinweise auf den Produzenten sind nicht zu finden. Kein Wunder, enthält eine der CDs doch volksverhetzende Lieder und wird deshalb auch nicht öffentlich angeboten. Die Cover beider CDs ergeben jedoch nebeneinander gelegt das Bild des SA-Sturms von **Horst Wessel**, was mehr als deutlich macht, dass es sich hierbei um EIN Projekt handelt. Die jetzt veröffentlichte "Tribute to Lunikoff" erschien im "WB-Versand" von **Thorsten Heise**. Auf dessen Website wird der Sampler als "Tribute to Landser Teil 3" angekündigt. Was liegt näher, als zu vermuten, dass der Produzent auch an der Erstellung der ersten beiden Sampler beteiligt war?

Exitus

Leider noch nicht Geschichte ist die Band "**Sleipnir**" um **Marco Laszcz** aus Gütersloh. Jedoch scheint diesen die gegen die Band gerichtete antifaschistische Demonstration im Herbst 2003 nicht unbeeindruckt gelassen zu haben. Schon im Intro singt die Band auf ihrer neuen CD "Exitus": "Wenn ihr glaubt mich zum Schweigen zu bringen, ja dann habt ihr euch geirrt." Allerdings dreht sich auf der neuen CD fast alles um eben jenen Protest. Sei es im Lied "Gruß an die Narren", "Journalist" (Auszug: "überall verbreitet er sein Gift") oder "Antifa": "Sie hängen an uns wie eine Klette". Eingespielt wurde die CD für das hauseigene Label "**Wolfszeit**", welches damit seine sechste CD veröffentlichte.

Misslungene und gelungene Auftritte

Ausgefallen ist am 18. September ein Konzert an der Grenze zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Da der Wirt auf Druck der Polizei den Raum kündigte und so schnell kein Ausweichort zur Verfügung stand, ging nichts mehr. Angekündigt waren neben "Agitator", "Nordfront" und "Tatenruhm" auch die NRW-Bands "**Blood Revenge**" und "**Oidoxie**". Dafür hatte "**Blood Revenge**" einige Wochen zuvor am 24. August im dänischen Sønderjylland auf einem von der DNSB ("Dänische Nationalsozialistische Bewegung") organisierten Konzert auf der Bühne gestanden. "Oidoxie" spielte am 4. September auf einer neonazistischen Demonstration in Hamburg.

Willkommensfeier für "SS-Siggi"

Auf der Willkommensfeier für den aus der Haft entlassenen Dortmunder **Siegfried Borchert** ("SS-Siggi") spielte am 25. September in Dortmund die Band "Kategorie C". 100 Personen feierten mit.
Allerdings beschwerten sich Mitglieder der "Autonomen Nationalisten Wuppertal": "Ich habe selten soviele Assis auf engstem Raum gesehen". Von den 100 Anwesenden hätte man "80 im Keller einsperren können!"Ihr Resumee: "Scheiß Luft, scheiß Anlage, scheiß Publikum, scheiß Abend..."

Anzeige

Aufmarsch-Splitter

6. und 20. September sowie 4. Oktober, Herne: "Die Erste Nationale Protestkundgebung gegen Hartz IV im Ruhrgebiet ist ein Erfolg gewesen!" bewertete die "Kameradschaft Herne" auf ihrer Homepage ihre Aktion am 6. September, obwohl hiervon wirklich nicht die Rede sein konnte. Mit seinem Rede-Manuskript in der Hand hatte der Herner "Kameradschaftsführer" **Stefan Braun** eine halbe Stunde lang nahezu allein auf dem Rathausplatz gestanden, bevor Verstärkung kam. Letztendlich kamen auch nicht einmal 30 TeilnehmerInnen zusammen. Unter ihnen als Redner **Claus Cremer** (Bochum), **Axel Reitz** (Köln) und **Wolfgang Mond** (Hagen). Andere Teilnehmer beklagten sich später im Internet, sie seien bei der Heimreise "FEIGEN Übergriffe[n]" durch "Antifachaoten" zum Opfer gefallen.

Zwei Wochen später folgte dann der zweite Anlauf, erwartungsgemäß in der Bewertung der "Kameraden" ein "weitere[r] Erfolg in punkto Nationalem Protest gegen Hartz IV". Zwar kamen diesmal doppelt so viele Neonazis wie beim ersten Mal, allerdings litt unter der "Masse" auch die "Qualität", sowohl der Redner, als auch der TeilnehmerInnen, von denen diverse alkoholisiert waren. Neben Stefan Braun sprachen diesmal **Phillip Hasselbach** und ein "**Alexander B.**" (beide "Kameradschaft Josef Terboven" aus Essen) sowie der Duisburger Neonazi-Schläger **Kevin Giuliani**.

Wiederum zwei Wochen später wurde die Reihe der "Erfolge" mit einer dritten Kundgebung fortgesetzt. Wieder versammelten sich zirka 60 Neonazis. Die Riege der Redner stellten erneut Braun, Hasselbach und Giuliani. Hinzu kamen **Sascha Krolzig** von der "Kameradschaft Hamm" sowie Wolfgang Mond. Etwas zu flammend fiel der Redebeitrag von Hasselbach aus: Die Polizei nahm ihn wegen des Tatverdachtes der Volksverhetzung noch während seiner Rede fest. Weitere Teilnehmer wurden von den Polizeibeamten wegen des Entrichtens des Hitler-Grußes in Gewahrsam genommen.

13. September, Dortmund: Anlässlich von "zahlreichen Antifa-Hetzveranstaltungen gegen die Brechtener Rechtsrock-Band 'Oidoxie' und den nationalen Szene-Laden 'Buy or Die'" führten zirka 40 Neonazis etwa 100 Meter vom Veranstaltungsort einer Informationsveranstaltung des "Dortmunder Bündnisses gegen rechts" entfernt eine Gegenkundgebung durch. Motto: "Stoppt die Antifa und ihre Hetze gegen nationalgesinnte Deutsche". Extra aus Hamburg dafür angereist war **Christian Worch**. Als Redner traten laut Angaben der "Kameradschaft Hamm" Versammlungsleiter und Oidoxie-Frontmann **Marko Gottschalk** sowie **Axel Reitz** ans Mikro.

15. September und 27. November, Duisburg: "Gegen Polizeischikane und Knüppeleinsätze!" wandten sich zirka 60 Neonazis am 15. September mit einer Kundgebung auf dem Vorplatz des Duisburger Hauptbahnhofes. Als Anmelder trat der Kölner **Axel Reitz** in Erscheinung, der ebenso wie sein Kölner "Kamerad" **Paul Breuer** und ein Aktivist des "Leverkusener Aufbruches" auch zu den Rednern gehörte. Anlass war der gescheiterte Versuch, am 30. August 2004, mit zirka 40 "Kameraden" an einer Montagsdemonstration in Duisburg teilzunehmen. Nachdem seitens der Demonstration

zum Ausdruck gebracht worden war, dass Neonazis unerwünscht seien und sich AntifaschistInnen der neonazistischen Schar in den Weg gestellt hatten, um ihnen einen Platzverweis zu erteilen, griff die Polizei ein. In Ignoranz der Tatsache, dass für ihn an diesem Tag nichts zu reißen war, legte sich der "Nationale Widerstand", hauptsächlich im "Aktionsbüro Westdeutschland" zusammengeschlossene Gruppen, mit den Einsatzkräften an, was für einige mit Beulen und für die meisten mit Polizeigewahrsam endete. Mit der jetzt angekündigten Demonstration am 27. November soll offenbar der kläglichen Teilnahme an der Kundgebung vom 15. September Rechnung getragen und ein zweiter Anlauf unternommen werden. 29 neonazistische Gruppierungen, darunter auch der NPD-Landesverband, unterstützten bis Mitte Oktober bereits den Aufruf. Unter ihnen auch Gruppen aus fernen Bundesländern. Ob sich diese Unterstützerschar am 27. November auch vor Ort blicken lassen oder eher als Papiertiger entpuppen wird, bleibt indes abzuwarten.

18. September, Dortmund-Hörde: Nach dem ersten Aufmarsch am 19. Juni marschierten erneut Neonazis gegen den Bau einer Moschee im Dortmunder Stadtteil Hörde auf. Waren es beim ersten Mal noch mehr als 300 TeilnehmerInnen gewesen, so kamen diesmal eine Woche vor den Kommunalwahlen nur noch knapp 200. Mit dabei sein durfte diesmal aber wieder **Siegfried Borchardt** – obwohl seine Haftzeit noch nicht abgelaufen war. Organisiert wurde auch diese Demonstration unter dem Motto "Nein zu Multikulti!" von **Katja Jarminowski** und **Karin Lenzdorf**. Als RednerInnen traten Jarminowski,, ein **"Kamerad Sascha"**, **Axel Reitz**, **Christian Worch**, **Dieter Riefling** und Borchardt auf. Nach Polizeiangaben wurde ein 21-Jähriger festgenommen, weil er den Hitler-Gruß gezeigt hatte. Eine Reihe von Neonazis konnten an dem Aufmarsch nicht teilnehmen, weil sie schon zuvor an der polizeilichen Alkoholkontrolle gescheitert waren.

Neonazistische "Kapitalismuskritik" am 18. September in Dortmund-Hörde

30. September und 9. Oktober, Essen: "Für ein Deutschland der Ehre, der Freiheit und des Rechts" wollte am 9. Oktober der "radikale parteifreie Nationale Widerstand durch die Essener Stadtteile Steele und Kray marschieren", hatte der erst 17-jährige Essener Neonazi **Philipp Hasselbach** über eine Pressemitteilung kundgetan. Angemeldet habe sein 18-jähriger Essener "Kamerad **Patrick Friese**". Aufgerufen wurde aus NRW von Hasselbachs "Kameradschaft Terboven" sowie der "Moite Essen/Duisburg", "Kameradschaft Dortmund", "Kameradschaft Herne" und "Kameradschaft 'Oskar Dirlewanger' Witten". Von außerhalb NRWs unterstützten das "Aktionsbüro Mittelhessen" und "Freie Nationalisten aus Hamburg". Doch die angekündigten auswärtigen RednerInnen **Christian Worch** (Hamburg) **Ivonne Mädel** (Thüringen), **Norman Bordin** (München) und **Gerd Ittner** (Nürnberg) konnten an diesem Tag ausschlafen, die Demo wurde ebenso wie eine für den 31. September geplante Ersatzveranstaltung verboten, nachdem eine zirka 10- bis 15-köpfige Gruppe um Hasselbach mit Knüppeln und anderen Gegenständen bewaffnet bei einem Treffen des "Bündnis gegen Rechts" aufgelaufen war und TeilnehmerInnen bedroht hatte. Man habe aber niemanden zusammenschlagen, sondern nur "Respekt einflößen" wollen, so Hasselbach gegenüber der Tageszeitung NRZ. Es blieb bei dem Verbot, da offenbar kein Widerspruch seitens der Neonazis eingelegt wurde.

Vermutlich aufgrund von Streitigkeiten mit dem Kölner KDS-Kader **Axel Reitz** scheint sich der "KDS Stützpunkt Essen" um Hasselbach übrigens kürzlich aufgelöst zu haben und tritt nun offenbar nur noch als "Kameradschaft Terboven" in Erscheinung.

16. Oktober, Köln-Kalk: "Da im Stadtteil Köln Kalk fast nur Ausländer leben, war die Resonanz auf unseren Aufmarsch nicht wirklich positiv, was aber nicht schlimm war, da es sich schließlich nur um die Meinung von Ausländern handelt" sondern nach dem Aufmarsch in Köln-Kalk "Autonome Nationalisten östliches Ruhrgebiet [a.n.o.r]" im Internet ab. Dabei war es doch gerade die Tatsache, *dass* in diesem Stadtteil viele MigrantInnen leben, die die "Kameradschaft Köln" um **Axel Reitz** veranlasste, hier ihre Demonstration durchzuführen. Sogar über NRW hinaus war unter dem Motto "Multi-Kulti? Nicht mit uns! Deutschland den Deutschen!" mobilisiert worden. Zirka 150 TeilnehmerInnen, die allermeisten aus NRW folgten dem Aufruf, darunter wie üblich viele aus dem Ruhrgebiet. Einige von ihnen setzten sich vorzeitig ab - offensichtlich dauerte ihnen die von der Polizei angeordnete akribische Durchsuchung zu lange. Der Rest lauschte den Reden des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden **Claus Cremer** (Bochum), des Möchtegern-Ritterkreuzträgers **Otto Riehs**, des Kölner KDS-Aktivisten **Paul Breuer** sowie von Axel Reitz, **Hartmut Wostupatsch** und des Anmelders **Christian Worch**. Zufrieden waren nicht alle: "Für das nächste mal wäre es ... erfreulich, wenn

mehr Kameraden den Arsch hoch bekommen würden", rügten die "Kameraden" von "[a.n.o.r]".

19. Oktober, Bochum: "Solidarität mit der Opel-Belegschaft" forderten "NPD und freie Kräfte der Region" am Abend des 19. Oktober in Bochum und versuchten, das große öffentliche Interesse am Arbeitskampf der Opel-Belegschaft für sich zu nutzen. Nachdem am Vormittag im Rahmen europaweiter Proteste an General Motors-Standorten in Bochum etwa 25.000 Menschen auf die Straße gegangen waren, marschierten am Abend knapp 60 Neonazis unter dem Motto: "Das Volk blutet – Das Kapital kassiert! Globalisierung zerstört deutsche Arbeitsplätze". Als RednerInnen traten der Anmelder **Claus Cremer**, das Hagener NPD-Landesvorstandsmitglied **Wolfgang Mond** sowie die Hochsauerländerin **Daniela Wegener** in Erscheinung. Den Heimweg hatten sich zumindest 35 der "Kameraden" sicherlich anders vorgestellt: Für sie endete der Abend in den Zellen des Polizeipräsidiums, nachdem es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen war. In einer Mitteilung der Polizei Bochum liest sich das wie folgt: Es sei "zu kurzfristigen körperlichen Auseinandersetzungen mit Beamten des Bundesgrenzschutzes" gekommen, "die mit der Festnahme von 35 Personen endete. Die Täter, gegen die Strafanzeigen wegen des Verdachtes des Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte erstattet wurden, sind zur Durchführung weiterer Ermittlungen in das Polizeigewahrsam gebracht worden." Die Neonazi-Szene spricht von einem "Polizeiskandal", die "Versammlungsleitung" habe bereits "einen Ermittlungsausschuß (EA) eingerichtet". "Ähnlich wie in Duisburg wird auch diese Polizeiaktion weitere Demonstrationen nach sich ziehen", äußerte sich außerdem die "Kameradschaft Hamm" im Internet.

6. November, Erkelenz: "Tod, doch unvergessen. Ruhm und Ehre den deutschen Soldaten" verkündet eine "Offensive Grenzland" derzeitig in feinster Orthographie im Internet und ruft für den 6. November um 14.00 Uhr zur Teilnahme an einem "Heldengedenkmarsch" in Erkelenz, südwestlich von Mönchengladbach auf. Hinter der "Offensive" steckt die NPD Mönchengladbach/Heinsberg mit Sitz in der Mönchengladbacher Bahnstraße 52, auf deren "Heimatseite" sich der Aufruf auch findet. Seit dem 26. September 2004 ist die NPD MG mit zwei Stadtratsmandaten und einem Bezirksvertretungsmandat auf Lokalparlamentsebene vertreten. Mandatsträger sind **Pascal Geyer** und **Wolfgang Geilenkirchen**. Auch die NPD Heinsberg konnte ein Mandat im Kreistag erringen, das von **Helmut Gudat** aus Hückelhoven besetzt wird.

6. November, Herne: Nach drei stationären Kundgebungen möchte sich die "Kameradschaft Herne" im vierten Anlauf immer noch nicht bewegen. Gemeinsam mit dem "Nationalen Widerstand Münsterland", der "Aktionsgruppe/Kameradschaft Bocholt" und der bislang nicht in Erscheinung getretenen "Kameradschaft Niederrhein" ruft man auf der neueingerichteten "Heimatseite" der "Aktionsfront Westfalen" für den 6. November um 16.30 Uhr zu einer weiteren Kundgebung nach Herne, Motto: "Nein zur Agenda 2010". Der "völligen Demontage des Sozialstaates Deutschland" möchte man einen "gesunden nationalen Sozialismus" entgegensetzen. Versammlungsleiter wird einmal mehr **Stefan Braun** sein.

20. November, Marienfels/Nastätten (Rheinland-Pfalz): Neonazi-Aufmärsche im rheinland-pfälzischen Marienfels bzw. im Nachbarort Nastätten sollen offenbar zu einem regelmäßigen Event der Szene werden. Für den 20. November wird eine Demonstration unter dem Motto "Für den Wiederaufbau des Denkmals des I.SS-Panzerkorps, jetzt!" angekündigt. Unbekannte hatten Ende April das "Ehrenmal" für die Waffen-SS, dessen Abriss auch der Gemeinderat verlangt hatte, kurzerhand umgestürzt. Stattfinden soll die Demo in Nastätten, wo die für Marienfels zuständige Gemeindeverwaltung ihren Sitz hat. Bei den bisherigen Aufmärschen am 22. November 2003 und am 8. Mai 2004 in Marienfels waren NRW-Neonazis führend mit von der Partie. Bei der ersten Demonstration hatte unter anderem NPD-Landesvize **Timo Pradel** gesprochen, im Mai waren aus NRW **Claus Cremer**, **Ralph Tegethoff** und **Robert Klug** als Redner aufgetreten. Cremer hatte dabei gedroht, die Neonazis würden "so oft nach Marienfels kommen, bis dort wieder ein Ehrenmal für die Gefallenen des I. SS-Panzerkorps errichtet worden ist". "Regionale freie Nationalisten" kündigten den übernächsten Aufmarsch bereits für den Mai 2005 an.

Anzeige

Kurzberichte

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW

Horst Rosenow verstärkt die "Kameradschaft Walhalla"

Am 1. August verstarb im Alter von 68 Jahren der Schatzmeister der nordrhein-westfälischen NPD, **Horst Rosenow**. Neben der Mitgliedschaft im Landesvorstand war er AntifaschistInnen vor allem durch seine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender des Dortmunder Kreisverbands der NPD bekannt. Bis Anfang 1999 befand sich im Keller eines Hauses seiner Frau zudem die Geschäftsstelle des Kreisverbands. In einem Nachruf des Landesvorstands in der NPD-Parteizeitung "Deutsche Stimme" erinnerte der amtierende stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** an Rosenow als "gute Seele" des Landesverbands, der "einen Großteil der Organisation innerhalb der Landesgeschäftsstelle übernahm und bis zum Schluß an deren Aus- und Umbau beteiligt war".

Der derzeitige NPD-Landesvorstand reduziert sich damit auf 14 Personen: **Stephan Haase** (KV MK), **Timo Pradel** (KV MK), **Claus Cremer** (KV Wattenscheid), **Matthias Rochow** (KV Borken), **Thorsten Bagehorn** (KV Mettmann), **Stephan Flug** (KV Siegen-Wittgenstein), **Manfred Gutsche** (KV Minden-Lübbecke), **Detlef Hebbel** (KV Mettmann), **Willibert Kunkel** (KV Aachen), **Bernd Kremer** (KV Essen), **Wolfgang Mond** (KV Hagen), **Matthias Pohl** (KV Steinfurt), **Dennis Witt** (KV Essen) und **Nico Wedding** (KV Duisburg).

Fall Bikker erneut aufgerollt?

Der Fall des mutmaßlichen NS-Kriegsverbrechers **Herbertus Bikker** (*vgl. LOTTA Nr. 14, S. 30; Nr. 15, S. 41, Nr. 16, S. 40*) beschäftigt erneut das Hagener Landgericht. Einen Mordprozess gegen den 88-Jährigen - vorgeworfen wurde ihm die brutale Tötung eines niederländischen Widerstandskämpfers im Jahre 1944 - hatte das Hagener Gericht im Februar wegen der Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten eingestellt. Niederländische Behörden beantragen nun, ein 1949 in Arnheim gegen Bikker ergangenes Urteil, das auf lebenslange Haft gelautet hatte, in Deutschland zu vollstrecken. Bikker war nach dem Krieg aus der holländischen Haft in die Bundesrepublik geflüchtet und hatte als ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, was ihn vor einer Auslieferung geschützt hatte.

Haverbeck und Cohrs wegen Volksverhetzung verurteilt

Rund 15 AntifaschistInnen forderten am 18. Juni die Schließung des "Collegium Humanum" (CH, *vgl. LOTTA Nr. 7, S. 15*). Anlass des Protestes war ein Prozess vor dem Amtsgericht Bad Oeynhausen gegen die Leiterin des Hauses, **Ursula Haverbeck** und den "Schriftleiter" des Hausblattes "Stimme des Gewissens", **Ernst-Otto Cohrs**. In einer Auflage von 3.000 Exemplaren hatte die Zeitschrift Artikel Haverbecks verbreitet, in denen der Holocaust geleugnet wurde. Beide Angeklagten wurden zu je 180 Tagessätzen verurteilt. Etwa 80 neonazistische Anhänger aus der ganzen BRD hatten sich eingefunden, um den Prozess zu einer so genannten Wortergreifung zu nutzen. Unter ihnen waren gescheitelte Neonazis, betagte Herrschaften und reichlich Szene-Prominenz, was einmal mehr die zentrale Funktion des CH für die Holocaustleugner-Szene belegt.

Der Kreis um Haverbeck und **Horst Mahler** verfolgt die Strategie, derart massenhaft den Holocaust zu leugnen, bis nicht mehr alle Volksverhetzungen verfolgt werden, um darüber eine Legalisierung der Holocaustlüge zu erreichen. Dem diente auch das Spektakel im Bad Oeynhausener Amtsgericht. Im Gerichtssaal, der nur knapp 30 Personen Platz bot, nutzten die Angeklagten die Verhandlung für eine Wiederholung ihrer Holocaustleugnungen. ZuschauerInnen bekundeten laut ihren Beifall und brachten einschlägige Flugblätter in Umlauf.

Konnten die Ereignisse in der Verhandlung noch einigermaßen im Rahmen gehalten werden, spielte sich auf den Fluren des Gerichts Unglaubliches ab. Knapp 50 Neonazis hielten unter Führung von **Edgar Forster** und unter Beobachtung von Staatsschutzbeamten im Treppenhaus eine Versammlung ab. Dabei verlas Forster eine zehnseitige Erklärung Ursula Haverbecks und versuchte u.a. mit Zitaten von NSDAP-Größen wie **Hermann Göring** darzulegen, dass die Gaskammern "Propagandaschwindel" seien. Statt den Redner festzunehmen und die Neonazis aus dem Amtsgericht zu werfen, schloss ein Justizbediensteter einen leerstehenden Gerichtssaal auf, damit die Beteiligten nicht weiter stehen müssten.

Der Skandal zeigt, dass die neue Bewegung der Holocaustleugner um Mahler und Haverbeck nicht ernst genug genommen wird. Die Gruppe ist organisiert und hat schon in der Vergangenheit vergleichbare Verhandlungen zur weiteren Verbreitung ihrer Weltanschauung genutzt. Der Staatsschutz der Polizei Bielefeld ignoriert derartige Vorgänge und kriminalisiert andererseits AntifaschistInnen, die sich gegen den Antisemitismus des CH engagieren.

"Aktionsbüro Westdeutschland" gegründet

Ein "Aktionsbüro Westdeutschland" ist Ende Juli erstmals an die Öffentlichkeit getreten. Es soll, so die Beschreibung der Initiatoren, "die Kräfte des freien Widerstandes auch in Rheinland - Westfalen bündeln und zu einer aktiven Kampfgemeinschaft formen, in welcher nicht gegen, sondern miteinander gearbeitet wird". In einem von **Axel Reitz** und dem Dortmunder **Pascal Zinn** unterzeichneten Rundschreiben heißt es: "Neben der Internetpräsentation des Aktionsbüros, die zu einem festen Knotenpunkt des Freien Widerstandes im Westen werden und allen Zusammenhängen und Kameradschaften als Plattform dienen soll, wird das 'Aktionsbüro' der Vernetzung dienen und mithelfen das wichtigste Mittel unseres politischen Ausdrucks, die Demonstrationen und Kundgebungen, gründlich vor- und nachzubereiten, um so blindem Aktionismus entgegen zu wirken und diesen in vernünftige Bahnen zu lenken." Dem Schreiben zufolge war das "Aktionsbüro" bereits im Mai "von Führungsaktivisten aus Dortmund, Köln, Hamm und Wuppertal ins Leben gerufen" worden. Inzwischen zählt es die "Kameradschaften" aus Dortmund, Hamm und Köln, den regionalen "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS), die "Autonomen Nationalisten westliches Ruhrgebiet", den "Freundeskreis Nationaler Politik" (FNP) aus dem Raum Wuppertal bzw. Bergischen Land sowie den "Leverkusener Aufbruch" zu seinen angeschlossenen Gruppen.

"Mittelfristiges Ziel" sei es, "dem Widerstand im Westen ein stärkeres Profil zu verleihen in klarer Abgrenzung zur NPD, wobei eine punktuelle Zusammenarbeit selbstverständlich nicht ausgeschlossen, sondern erwünscht ist". Damit orientieren sich die Initiatoren in etwa an der strategischen Linie, die beispielsweise von **Christian Worch** und Reitz vorgegeben wird. Ungebremst bezieht man sich auf den historischen Nationalsozialismus: "Alle Kameraden sind aufgerufen mitzuarbeiten, mitzuwirken, sich unserem Ruf nicht zu verschließen - damit sich die Prophezeiung jenes Mannes eines Tages erfüllen kann, dessen trauriges Schicksal es war im Jahre 1945 in eine Decke gehüllt, im Garten der Reichskanzlei mit Benzin übergossen und verbrannt zu werden: ‚Was endlich doch siegen wird, ist das Feuer der Deutschen Jugend.'"

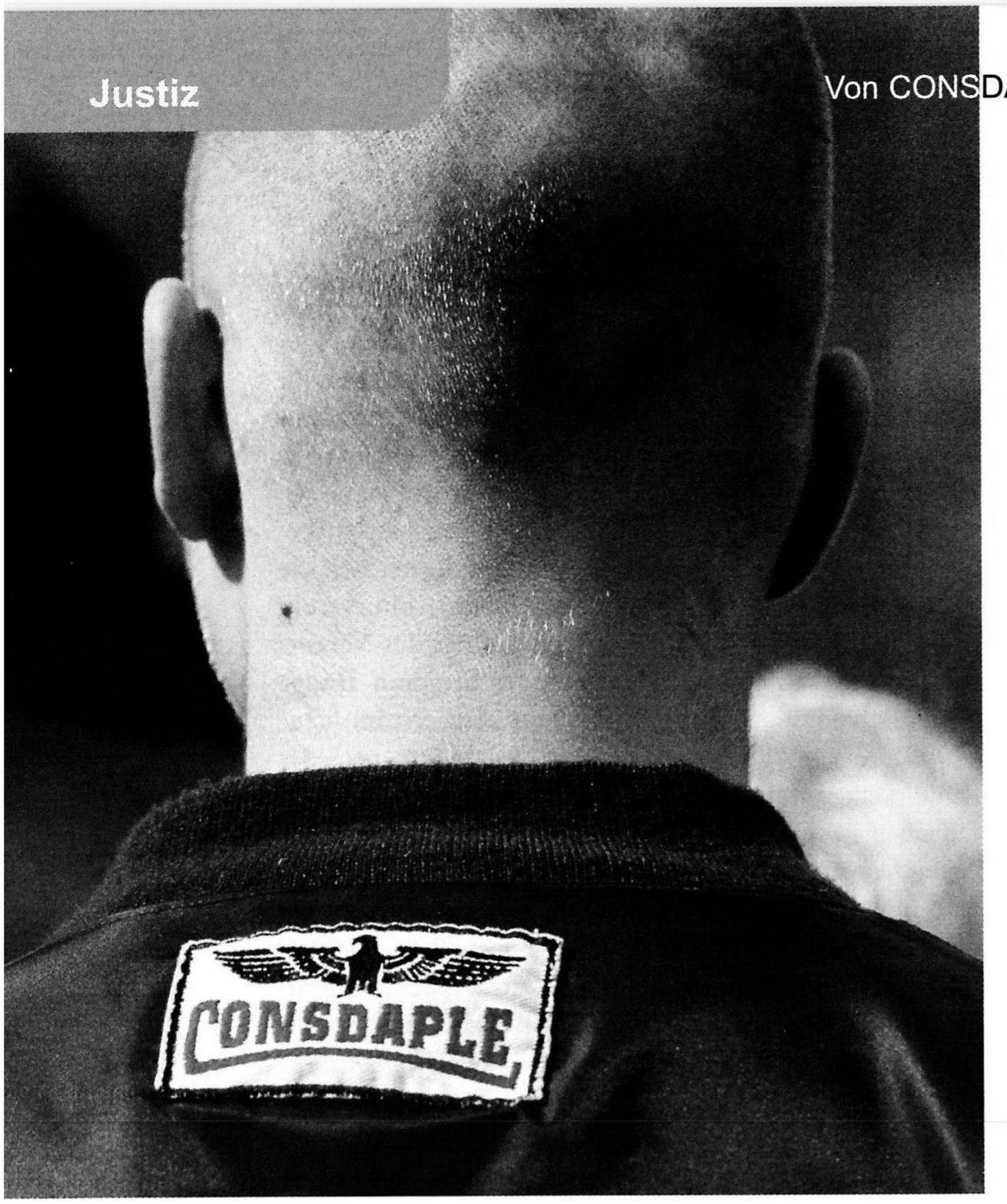
Es gehe darum, "alte Streiterein, persönliche Befindlichkeiten dem großen und Ganzen unterzuordnen, um in das Blickfeld des Widerstandes nicht mehr die einzelnen Streitereien und Kleinkriege einzelner Führer und Gruppen zu rücken, sondern den Kampf um Deutschland und seiner Zukunft". Dabei sind aber noch einige Hindernisse zu überwinden. Kaum war das Rundschreiben von Reitz und Zinn veröffentlicht, meldete sich in einem Internet-Forum auch schon ein Neonazi aus Köln zu Wort und bezeichnete Zinn, den Sprecher der Westfalen in der Spitze des Aktionsbüros, als eine "traurige Gestalt ohne Moral und Anstand einfach nur ein Gift für jede Bewegung".

NPD-Zentrum in Altena wird dichtgemacht

Noch keine Woche hingen die Plakate "antifaschistischer Gruppen aus NRW", auf denen für eine Demonstration für die sofortige Kündigung eines von der NPD für Versammlungen, Schulungen und Feste genutzten Gebäudes in Altena-Evingsen (Märkischer Kreis) geworben wurde, da wurde die Kündigung durch den bisher ahnungslosen Vermieter bereits ausgesprochen. Eingemietet hatten sich die "Kameraden" nämlich als "Sport- und Kulturverein Lüdenscheid 1997" (SKV 97). Den Vorsitz des Vereins führt aktuell NPD-Landesvorsitzender **Stephan Haase** persönlich. Gültig wird die Kündigung aber erst im Januar 2005, also mit dreimonatiger Frist. Schon kurz nach der Kündigung verteilte der SKV - einem Bericht der "Westfälischen Rundschau" zufolge - Flugblätter und wetterte gegen "vaterlandslose Gesellen". Man wolle eben "nationale Jugendliche" nicht ausgrenzen, sondern versuche sie durch Kultur und Sport in die Gemeinschaft zu integrieren. Die BewohnerInnen von Evingsen wurden aufgerufen, bei der Suche nach neuen Räumen und einem "bodenstämmigen Vermieter" zu helfen. Die "antifaschistischen Gruppen aus NRW" kündigten ihrerseits an, ihre Demonstration gegen die NPD am 30. Oktober durchziehen zu wollen. Man wolle deutlich machen, "dass es von nun an keine ruhige Minute mehr" für die NPD geben werde: "Egal, wohin sie sich verkriechen wird, wir werden sie finden!"

JN-Landeskongress in St. Augustin

Laut einem Bericht von Thomas Vollack, neuer Landespressesprecher der JN NRW, führte die JN-NRW am 27. Juni ihren diesjährigen Landeskongreß in St. Augustin im Rhein-Sieg-Kreis durch. Motto: "Gegen den US-Imperialismus - Gegen die Unterdrücker - Für die Unterdrückten! Begrüßt worden seien die Anwesenden vom "gastgebenden NPD-Kreisvorsitzenden, Stefan Meise, und dem NPD-Landesvorsitzenden, Stephan Haase". JN-Landesvorsitzender Nico Wedding aus Duisburg sei "mit eindeutigem Ergebnis" in seinem Amt bestätigt worden und auch sein Stellvertreter Oliver Westerwinter wurde wieder gewählt. Als Beisitzer seien Marcel Merle und Thomas Vollack neu in den Landesvorstand gewählt worden. Anschließend habe der stellvertretende rheinland-pfälzische JN-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB), Safet Babic ein "Gastreferat zum Thema 'Drei Thesen zum revolutionären Kampf in der Bundesrepublik Deutschland' gehalten. Der Kongress sei später mit einem "vom jungen Liedermacher Nico Schiemann geleiteten Liederabend" ausgeklungen.



Von Sarah Drücker

Von CONSDAPLE zu NSDAP

Die Rechtsprechung zu § 86a StGB – "Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen"

Wer am 30. Juni 2002 durch die Herner Innenstadt ging, konnte ihn vielleicht entdecken. Den 21-jährigen Mann, der meinte, er müsste dort sein schwarzes CONSDAPLE-Sweatshirt mit einem darüber befindlichen Reichsadler zur Schau tragen. Die Staatsanwaltschaft erkannte in dem Aufdruck die Buchstabenfolge NSDAP und klagte den Mann wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) an. Das darauffolgende Urteil des Oberlandesgericht (OLG) Hamm vom 8. Oktober 2003 gibt Anlass, sich näher mit diesem Logo und dem § 86a StGB zu beschäftigen.

CONSDAPLE

Kleidungsstücke mit dem CONSDAPLE-Logo sind aufgrund der darin enthaltenen Buchstabenkombination NSDAP bei Neonazis sehr beliebt[1]. Kreiert wurde dieses Kunstwort von **Franz Glasauer**, dem Betreiber des extrem rechten "Patria-Versandes" in Landshut, nachdem LONSDALE die Lieferverträge mit extrem rechten Versänden gekündigt hatte. Der Begriff CONSDAPLE ist eine Ableitung des englischen Wortes "Constable", das "Schutzmann" bedeutet.

Bei dem CONSDAPLE-Logo handelt es sich nicht um eine eingetragene Marke. Das Deutsche Patent- und Markenamt in München hat die Eintragung wegen Verstoßes gegen die guten Sitten verweigert (§ 8 Abs. 2 Nr. 5 MarkenG)[2]. Begründet hat es diese Entscheidung mit dem politisch verletzenden und sittlich anstößigen Sinngehalt der Bezeichnung "CONSDAPLE": Trägt man die Jacke halboffen über dem Sweatshirt, dann sind nur die Buchstaben "NSDAP" sichtbar.

Glück gehabt

Der Mann hatte Glück. Er wurde nicht verurteilt. Bei dem CONSDAPLE-Logo handele es sich im Sinne des § 86a Absatz 1 Nr. 1 StGB nämlich nicht um das Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation, so das OLG Hamm.Allein in Betracht käme noch eine Verurteilung gemäß § 86a Absatz 2 Satz 2 StGB, wonach der Schriftzug dem Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation zum Verwechseln ähnlich sein müsste. Zum Verwechseln ähnlich ist nach ständiger Rechtsprechung ein Kennzeichen dann, wenn es der unbefangene, nicht genau prüfende Beobachter ohne Weiteres für das Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation halten kann. Da die Buchstabenfolge NSDAP vollständig in dem CONSDAPLE-Logo aufgehe, ergebe sich nach Ansicht des OLG Hamm für den unbefangenen Beobachter aus dem Logo jedoch keine Verwechslungsgefahr.Eine Strafbarkeit könne sich erst dann ergeben, wenn entweder der Schriftzug Eingang in das Bewusstsein des Öffentlichkeit gefunden habe oder aber die Buchstabenkombination NSDAP optisch hervorgehoben werde; sei es farblich, durch das Schriftbild oder durch Tragen einer Jacke über dem Sweatshirt, die die Buchstaben CO und LE verdeckt.

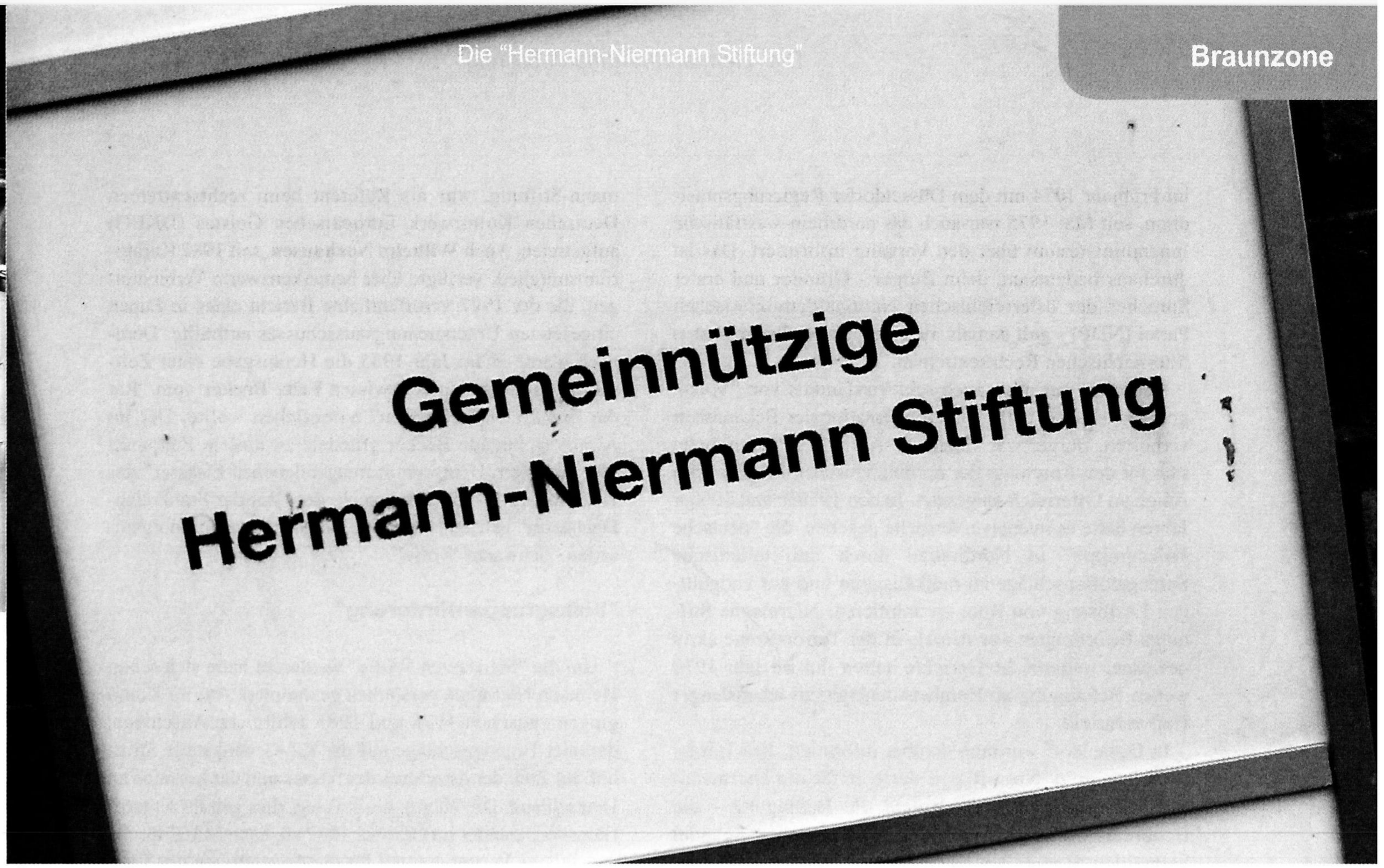
Weitere Beispiele

In einem anderen Fall hat das OLG Hamm (17. April 2002) einen Mann verurteilt, der auf seiner Bomberjacke eine schwarz-weiß-rote Fahne als Aufnäher trug, die der Spruch "Unsere Ehre heißt Treue" zierte. Angelehnt war dieser an den wichtigsten Wahlspruch der SS: "Meine Ehre heißt Treue". Dieser ist in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt und wird mit der SS assoziiert. Diesem Spruch komme nach Ansicht des Gerichts der gleiche Symbolwert zu wie dem Originalspruch, da er diesem zum Verwechseln ähnlich sei.Die Parole "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" hingegen soll nach einer Ansicht[3] nicht den Straftattatbestand des § 86a StGB erfüllen, da es kein Original-Kennzeichen (aus der NS-Zeit) gebe, mit dem diese Parole verwechselt werden könnte.

[1] Zu den kulturellen Codes und deren Wirken innerhalb der jugendlichen rechten Szenen siehe Antifaschistisches Infoblatt Berlin, 1.2002, Seiten 14-16.

[2] Aktenzeichen 301060118. Datum Verfahrensstand 11.06.2001.

[3] Steinmetz, Neue Zeitschrift für Strafrecht, 2002, Seiten 118-120.



Von Jörg Kronauer

Millionen für's Volk

Die "Hermann-Niermann Stiftung"

Ruhig geworden ist es um die Düsseldorfer Hermann-Niermann-Stiftung. Kaum beachtet von der unkritischen Öffentlichkeit, widmet sich ihre Geschäftsstelle im Vorort Benrath der gewohnten Arbeit. "Gemeinnützige und mildtätige Zwecke" verfolgt sie, der "Völkerverständigung" dienen ihre Zuwendungen. Millionensummen vergibt die Stiftung in verschiedene europäische Staaten, "ohne kulturpolitische oder gar politische Vorgaben", wie sie ausdrücklich betont.

Politische Aufmerksamkeit hingegen hätte die Niermann-Stiftung allemal verdient. Ihr Einsatz gilt, so heißt es auf ihrer neu gestalteten Website, der Unterstützung "ethnischer Minderheiten und Volksgruppen". Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf die "Förderung (...) der deutschen Sprache und Kultur in Minderheitengebieten Europas". Die Niermann-Stiftung, das bestätigt ein Blick auf ihr Personal und ihre Tätigkeit, gehört dem europaweiten Organisationsgeflecht der völkischen Internationale an, die die Selbstdefinition von Menschen als Mitglieder "ethnischer Gemeinschaften" mit bedeutenden Geldsummen fördert.

Die "deutschen Volksgruppen" im Ausland waren stets ein Lieblingsobjekt deutscher Rechtsextremer, die "Selbstbestimmung für die Auslandsdeutschen" forderten und damit den Anschluss des "Sudetenlandes" und anderer fremder Territorien meinten. Dass die extreme Rechte jahrelang enge Kontakte zur Niermann-Stiftung unterhielt, überrascht daher nicht besonders. Die Geschichte der Stiftung zeigt allerdings exemplarisch die Kämpfe unterschiedlich arbeitender völkischer Kräfte um den Zugriff auf eine äußerst reiche Organisation, die in den vergangenen zehn Jahren immerhin 15 Millionen Euro Fördergelder vergeben hat.

Entstehung

Die Ursprünge der Niermann-Stiftung liegen in den 1970er Jahren. Damals beschloss der alternde Düsseldorfer Industrielle und Multimillionär **Hermann Niermann**, sein Vermögen in einer Stiftung anzulegen. Sie sollte, so hieß es in der Ende 1977 fertiggestellten Satzung, die "Lage der ethnischen Minderheiten (Volksgruppen) [...] verbessern". Vom 1. Dezember 1977 datiert die Stiftungsurkunde, am 11. April 1978 wurde die "Hermann-Niermann-Stiftung" schließlich vom nordrhein-westfälischen Innenministerium zugelassen.

Mit der Abwicklung der Zulassungsformalitäten befasste der schwerreiche Niermann sich nicht selbst. Den Kontakt zu den zuständigen Behörden hielt in seinem Auftrag ein gewisser **Norbert Burger**. Burger verhandelte bereits

im Frühjahr 1974 mit dem Düsseldorfer Regierungspräsidium, seit Mai 1975 war auch das nordrhein-westfälische Innenministerium über den Vorgang informiert. Das ist durchaus bedeutsam, denn Burger - Gründer und erster Sprecher der österreichischen Nationaldemokratischen Partei (NDP) - galt damals als einer der einflussreichsten österreichischen Rechtsextremen.

Und nicht nur das - auch sein Verständnis von "Volksgruppen"-Politik hatte ihm zu internationaler Bekanntheit verholfen. Burger war "Südtirol"-Aktivist gewesen, hatte sich für den Anschluss der norditalienischen Provinz Alto Adige an Österreich eingesetzt. In den 1950er und 1960er Jahren hatte es intensive Versuche gegeben, die "deutsche Volksgruppe" in Norditalien durch anti-italienische Sprengstoffanschläge zu radikalisieren und zur endgültigen Loslösung von Rom zu animieren. Niermanns Stiftungs-Beauftragter war damals in der Terror-Szene aktiv gewesen, italienische Gerichte hatten ihn im Jahr 1970 wegen Beteiligung an Bombenattentaten zu lebenslanger Haft verurteilt.

In Düsseldorf war man darüber informiert, ließ Burger jedoch agieren. Nur offiziell dürfe er für die Niermann-Stiftung nicht auftreten, lautete die Bedingung - die Behörden wollten offenbar einen öffentlichen Skandal vermeiden. Burger sei "absichtlich in den Organen (der Stiftung) nicht hereingenommen worden", heißt es in einem Aktenvermerk aus dem Jahr 1978: "Hier gehe es um rechtsradikale Vorgänge."

Alles nur ein Missverständnis, heißt es bei der Stiftung heute: Niermann sei "[a]uf Empfehlung von Abgeordneten Südtirols im Römischen Parlament" an Burger geraten und habe offenbar "ohne Kenntnis der politischen Hintergründe der Lage Südtirols" gehandelt. Burger freilich gab an, Niermann habe zu "Südtirol" eine besonders innige Beziehung gehabt - ein merkwürdiger Widerspruch zu einer angeblich fehlenden Kenntnis. Widersprüchlich sind auch die Angaben über Niermanns Todesort. Burger gab an, der schwer kranke Niermann sei bei ihm im österreichischen Kirchheim am Wechsel aus dem Leben geschieden; der Stiftungsgründer sei "in Österreich" gestorben, bestätigte das NRW-Innenministerium im April 1993. Das deutet auf eine enge freundschaftliche Beziehung hin. Ein von der Niermann-Stiftung beauftragter Historiker hingegen nannte Düsseldorf als - unverdächtigen - Todesort.

Geschichte

Wie auch immer - Burger war nicht der einzige im Umfeld der Niermann-Stiftung, dessen politische Position weit rechts zu verorten war. Als Kuratoriums-Vorsitzender fungierte in den ersten Jahren **Friedrich August Freiherr von der Heydte**. Der CSU-Mann und **Strauß**-Freund, der in den 1950er Jahren Präsident der rechtslastigen Abendländischen Akademie gewesen war, hatte im Oktober 1962 mit zwei Strafanzeigen die "Spiegel-Affäre" ausgelöst. Er galt als Rechtsausleger in der CSU. Noch weitere Kontakte nach rechtsaußen wurden damals nachgewiesen. **Hubert Funk**, seit 1980 Kuratoriumsmitglied der Niermann-Stiftung, war als Referent beim rechtsextremen Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG) aufgetreten. Auch **Wilhelm Norhausen**, seit 1982 Kuratoriumsmitglied, verfügte über bemerkenswerte Verbindungen, die der 1997 veröffentlichte Bericht eines in Eupen eingesetzten Untersuchungsausschusses enthüllte. Demnach plante er im Jahr 1985 die Herausgabe einer Zeitschrift, in die er einen gewissen **Fritz Becker** vom "Rat der Frankreich-Deutschen" einbeziehen wollte. Der im Alsace wohnende Becker gründete zu diesem Zeitpunkt "für die ihrem Deutschtum treugebliebenen Elsässer" das "Kulturwerk Elsaß-Lothringen", der "Rat der Frankreich-Deutschen" galt als Neuformierung der Untergrundorganisation "Schwarze Wölfe".

"Volksgruppenförderung"

Um die "Schwarzen Wölfe" wiederum hatte sich schon Hermann Niermann persönlich gekümmert. Auf ihr Konto gingen zwischen 1976 und 1981 zahlreiche Anschläge, darunter Brandanschläge auf die KZ-Gedenkstätte Struthof. Ihr Ziel: der Anschluss des Alsace und der Lorraine an Deutschland. Die Niermann-Stiftung, dies gab ihr Kuratoriumsvorsitzender im Oktober 1987 zu, hatte Mittel für die anwaltliche Vertretung und für die Angehörigen der Täter bereitgestellt. Gerade dies, so hieß es damals, habe Niermann persönlich "mit Nachdruck betrieben".

Finanzmittel gingen auch an andere Deutschtums-Organisationen in Frankreich, so an den "Elsässisch-Lothringischen Volksbund" und an den "Rene-Schickele-Kreis". Die Schwerpunkte der Stiftungstätigkeit aber lagen woanders. Einer davon war Ostbelgien.

In Ostbelgien hat das Wirken der Hermann-Niermann-Stiftung viel Aufsehen erregt. Zweimal hat das dortige Regionalparlament, der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, einen Bericht über ihre Aktivitäten angefordert. Der eine wurde im Juni 1990 von der Exekutive veröffentlicht, der andere im September 1997 von einem Untersuchungsausschuss des Parlaments. Für Unmut sorgte in Ostbelgien vor allem die Tatsache, dass Stiftungsgelder ausgerechnet im Umfeld der "Partei der Deutschsprachigen Belgier" (PDB) landeten. Die wiederum kämpfte am heftigsten für eine weit reichende Autonomie der neun deutschsprachigen Gemeinden um Eupen und St. Vith.

Der zweite Schwerpunkt der Niermann-Stiftung wurde ihr beinahe zum Verhängnis. Die enge Zusammenarbeit zwischen Niermann und Burger lässt es vermuten: Weitere Gelder gingen vor allem nach Norditalien ("Südtirol") und Österreich. Dort kam es zu kriminellen Umwegfinanzierungen, die schließlich im Oktober 1986 die Stiftungsaufsicht auf den Plan riefen. Vorstand und Kuratorium wurden suspendiert, der Regierungspräsident setzte einen Sachwalter ein. Der deckte auf, wie für arme Bergbauern bestimmte Zahlungen bei separatistischen Organisationen landeten und für wissenschaftliche Arbeiten deklarierte Gelder die Kassen der österreichischen NDP füllten.

Die Folge: Es begann ein harter Machtkampf in den Stiftungsgremien. Burger hatte noch im September 1986 seinen beiden Kameraden **Erhard Hartung** und **Herwig**

Nachtmann einen Platz im Kuratorium gesichert. Beide entstammten wie Burger der "Südtirol"-Terrorszene und arbeiteten u.a. für die NDP. Hartung soll im Juni 1967 an einem Tretminen-Anschlag in Norditalien beteiligt gewesen sein, bei dem vier Menschen ums Leben kamen. Er wurde dafür im Jahr 1970 in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt.

Gegen die Burger-Bande gingen die staatlichen Behörden nun mit harten Bandagen vor. Auf massiven Druck hin wählte das Stiftungskuratorium am 17. Juni 1987 **Uwe Stiemke** zum neuen Vorstandsvorsitzenden. Stiemke war im Hauptberuf Ministerialrat im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Und wie der Zufall so will: Er war dort u.a. für die "Volksgruppen"-Förderung zuständig.

War zu Niermanns und Burgers Zeiten die radikale Fraktion der "Volksgruppen"-Fans in den Stiftungsgremien am Ruder, so setzte Stiemke hartnäckig die gemäßigtere Fraktion durch. Ihr Vorteil: Sie ist im deutschen Staatsapparat fest verankert, seit der Auflösung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vor allem im Innenministerium, das heute die Abteilung für "deutsche Volksgruppen" im Ausland unterhält. Sie zielt nicht - wie die radikale Fraktion - auf den unmittelbaren Anschluss von Gebieten mit "deutschen Volksgruppen", sondern fordert Sonderrechte für ethnische Minderheiten in ganz Europa. Die Vision auch hier: eine engere Anbindung der "deutschen Volksgruppen" an das "Mutterland", allerdings nicht durch staatliche Einverleibung, sondern eher informell.

In jahrelangem Kampf hat es Stiemke geschafft, den radikalen Flügel aus der Stiftung zu drängen. Unterstützt wurde er dabei durch einen Arbeitskollegen aus dem Innenministerium, **Leo Weiler**. Während Stiemke inzwischen Rente bezieht, ist Weiler in der Behörde der Berliner Staatsministerin für Kultur und Medien tätig - mit Zuständigkeit für die Minderheitenförderung. Die setzt er in seiner Freizeit als stellvertretender Vorsitzender der Hermann-Niermann-Stiftung fort.

Gegenwart

Im Kuratorium sitzen heute einige der zuverlässigsten "Volksgruppen"-Politiker, die die deutsche Politik aufzubieten hat. Zwar sichert ein weiterer Ministerialrat, **Otto Löffler** aus dem Bundesfinanzministerium, die staatliche Anbindung ab. Doch die Ausrichtung wird entscheidend von drei führenden Mitgliedern der "Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) vorgegeben. Die mit deutschen Staatsgeldern finanzierte und vom deutschen Flensburg aus gesteuerte Vereinigung versammelt rund 50 "Volksgruppen" aus ganz Europa und organisiert sie im Sinne der deutschen Außenpolitik.

Die drei in der FUEV zusammenarbeitenden Kuratoriumsmitglieder der Niermann-Stiftung entstammen der deutschsprachigen Minderheit in Dänemark, sie sind im "Bund deutscher Nordschleswiger" aktiv und auch sonst außerordentlich umtriebig. **Peter Iver Johannsen**, der Kuratoriumsvorsitzende, ist nebenbei Verwaltungsratsmitglied des Vereins für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA, ehemals Verein für das Deutschtum im Ausland). **Armin Nickelsen** war 1987 bis 1999 FUEV-Generalsekretär, erhielt 1988 das Bundesverdienstkreuz am Bande. **Hermann Heil** schließlich war 1995 bis 2000 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEV, erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande im Jahr 2001. Und ist bis heute als Rechnungsprüfer für die FUEV aktiv.

Bei der Rechnungsprüfung dürfte Heil auf den FUEV-Konten auch die 76.700 Euro wiederfinden, die die Niermann-Stiftung im Jahr 2003 an die Flensburger Organisation überwiesen hat. Die drei dänischen Kuratoriumsmitglieder haben sich offenbar auch nicht gegen die erneute Überweisung von bisher 55.000 Euro an die FUEV im Jahr 2004 gesperrt. Doch weder die FUEV-Beiträge noch die Überweisungen an den Bund deutscher Nordschleswiger (28.500 Euro im Jahr 2003, 17.500 Euro bisher im Jahr 2004) machen den Großteil der Niermann-Fördergelder aus. Die gehen vielmehr nach Osteuropa: Nach Ungarn, Rumänien, die Tschechische Republik und Polen.

Rund 4,7 Millionen Euro sind in den letzten zehn Jahren allein nach Ungarn geflossen. Das Ungarndeutsche Bildungszentrum in Baja erhielt rund 750.000 Euro, das Evangelische Daniel-Berszenyi-Gymnasium in Sopron rund 450.000. Immense Summen gingen auch an die "deutsche Volksgruppe" in Rumänien, 540.000 Euro erhielt ein tschechisches Seniorenheim für Angehörige der dortigen deutschsprachigen Minderheit. Die Förderung für Ostbelgien wurde 1995 eingestellt. Die dortige "deutsche Volksgruppe" hat inzwischen einen hohen Grad an Autonomie erreicht, sie intensiviert mit Hilfe ihrer Sonderrechte die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Nordrhein-Westfalen und benötigt keine Stiftungsgelder zum Aufbau eigener Strukturen mehr.

In völkischen Kreisen gilt Ostbelgien schon lange als Vorbild für Osteuropa: Die Autonomie, die die dortige "deutsche Volksgruppe" sich über lange Jahre erkämpfen konnte - nicht zuletzt mit Hilfe der Hermann-Niermann-Stiftung - , gilt unter den deutschsprachigen Minderheiten in Polen, Tschechien, Ungarn und Rumänien als anzustrebendes Ziel. Die Niermann-Stiftung hilft auch hier, mit immerhin durchschnittlich 1,5 Millionen Euro jährlich. Das lässt sich nicht so leicht skandalisieren wie die inzwischen beendete Zusammenarbeit mit Bomben legenden Separatisten. Und ist dafür auf Dauer wohl genauso wirkungsvoll.

Alles “Querfront”, oder was?

Von Günter Born und Christian Grünert

“Querfront”

Aktuelle und historische Aspekte eines politischen Kampfbegriffs

Der Begriff “Querfront” hat derzeit in antifaschistischen Diskussionen Hochkonjunktur: Spätestens seit Anhänger der “Freien Kameradschaften” bei ihren nahezu wöchentlichen Aufmärschen mit Palästinensertüchern, antikapitalistischen Slogans und Che-Guevara-T-Shirts in Erscheinung treten, findet das Schlagwort inflationäre Verwendung. Die Versuche von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur, linke Symboliken, Stile, Dress- und Sprachcodes zu adaptieren, führen unter AntifaschistInnen nicht selten zu Verunsicherungen und der Frage, wie die neuen Formen rechtsextremer Inszenierungen theoretisch und terminologisch gefasst werden können. Oftmals erfolgt in diesem Zusammenhang dann der pauschale Hinweis auf die angeblichen “Querfrontstrategien” militanter Neonazis oder “neurechter” Vordenker.

Ob der Begriff “Querfront” geeignet ist, das momentane, sich scheinbar vollziehende Verschwimmen der Grenzen zwischen “links” und “rechts” präzise zu beschreiben, ist allerdings zweifelhaft. Zum einen entstammt der Begriff einem spezifischen historischen Kontext, der nicht ohne weiteres auf die gegenwärtigen Verhältnisse übertragen werden kann. Zum anderen suggeriert er eine inhaltliche und konzeptionelle Kohärenz, die weder gegenwärtig noch in der Vergangenheit existiert(e).

Historischer Kontext des Begriffes “Querfront”

“Querfront” bzw. “Querfrontstrategie” tauchte in den politisch-ideologischen Diskursen der Weimarer Republik erstmals am Beginn der dreißiger Jahre vor dem Hintergrund der weitgehend autoritär regierenden Präsidialregime auf. Keiner der zwischen März 1930 und Januar 1933 amtierenden Reichskanzler **Heinrich Brüning**, **Franz von Papen** und **Kurt von Schleicher** konnte sich auf parlamentarische Mehrheiten oder breiten gesellschaftlichen Rückhalt stützen. Zwar begrüßten die unterschiedlichen Fraktionen der politischen Rechten bis weit ins bürgerliche Lager hinein die unübersehbare Aushöhlung der demokratischen Institutionen, politisch einheitliche Konzepte oder Strategien verfochten diese Gruppierungen jedoch nicht. Insbesondere der von Papen verfolgte neoaristokratische, bedingungslos unternehmer-freundliche Kurs hatte das rechte Spektrum nicht einen können. Das Kabinett Papens scheiterte nach nur fünf Monaten im November 1932.

Sein Nachfolger, der Reichswehrgeneral Schleicher, war daher bemüht, eine breitere gesellschaftliche und politische Verankerung seines Präsidialregime zu erreichen. In dieser Situation avancierte die Idee eines “quer” zu den ideologischen Trennungslinien der Parteien liegenden Bündnisses, bestehend aus Reichswehr, Gewerkschaften und dem “linken” Flügel der NSDAP, für einen kurzen Zeitraum zu einer ernsthaften politischen Option. Die jeweiligen Vorstellungen und Erwartungen, die die unterschiedlichen Propagandisten der “Querfront” mit dem Konzept verbanden, lagen allerdings zum Teil erheblich auseinander.

Auf einer theoretisch-ideologischen Ebene, war die “Querfront” maßgeblich von Vertretern des neonationalistischen TAT-Kreises entwickelt und in zahlreichen Publi-

kationen, wie etwa der "TAT" oder der "Täglichen Rundschau" formuliert worden. Durch die Herrschaft Schleichers erhofften sich die Autoren die endgültige Beseitigung der Weimarer Demokratie sowie entscheidende Schritte hin zu einem "auf den Volkswillen" gestützten autoritären Staat.

Schleichers politische Positionen wiederum schienen in zahlreichen Punkten denen des TAT-Kreises zu entsprechen. Bereits während des Ersten Weltkrieges war der General dafür eingetreten, Schlüsselindustrien einer strikteren staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, Kriegsgewinne zu besteuern und Preisbegrenzungen notfalls mit Hilfe bestimmter Formen von Zwangsverwaltung durchzusetzen. Auch als Reichskanzler postulierte er eine nachhaltigere Interessenwahrung des Staates gegenüber der Industrie und erwog zudem, Teilverstaatlichungen durchzuführen.

Die Vorstellungen Schleichers verfolgten jedoch im Gegensatz zu denen des TAT-Kreises nicht das Ziel, eine neue Staatsform zu schaffen und einem "nationalen Sozialismus" zum Durchbruch zu verhelfen. Vielmehr waren sein Denken und Handeln von pragmatischen militärischen Kategorien geprägt. Schleicher ging es vor allem darum, für sein Präsidialregime, das langfristig zumindest partiell Züge einer Militärdiktatur getragen hätte, eine Massenbasis zu schaffen.

Tatsächlich wurden im Herbst 1932, sowohl innerhalb des "Allgemeinen Deutschen Gewekschaftsbundes" (ADGB), als auch im "linken" Flügel der NSDAP, Stimmen laut, die die Beteiligung an einer "Querfront" nicht ausschlossen. So konnten seit dem Beginn der dreißiger Jahre nationalistische Strömungen im ADGB Fuß fassen, während gleichzeitig innergewerkschaftliche Debatten über die rasant wachsende nationalsozialistische Bewegung weitgehend ausblieben. Zudem wurde im ADGB sowie in den Einzelgewerkschaften angesichts dramatisch steigender Arbeitslosenzahlen verstärkt Forderungen nach staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erhoben, was erhebliche Konflikte mit der SPD-Führung hervorrief. Die traditionell enge Bindung zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie schien sich somit zu lockern. Auf der anderen Seite hatte **Gregor Strasser**, der Fraktionsvorsitzende der NSDAP und Exponent eines "antikapitalistischen" Flügels der Partei, im Mai 1932 in einer Reichstagsrede ein wirtschaftliches Sofortprogramm vorgestellt, das in zahlreichen Punkten Ähnlichkeiten mit den gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen aufwies.

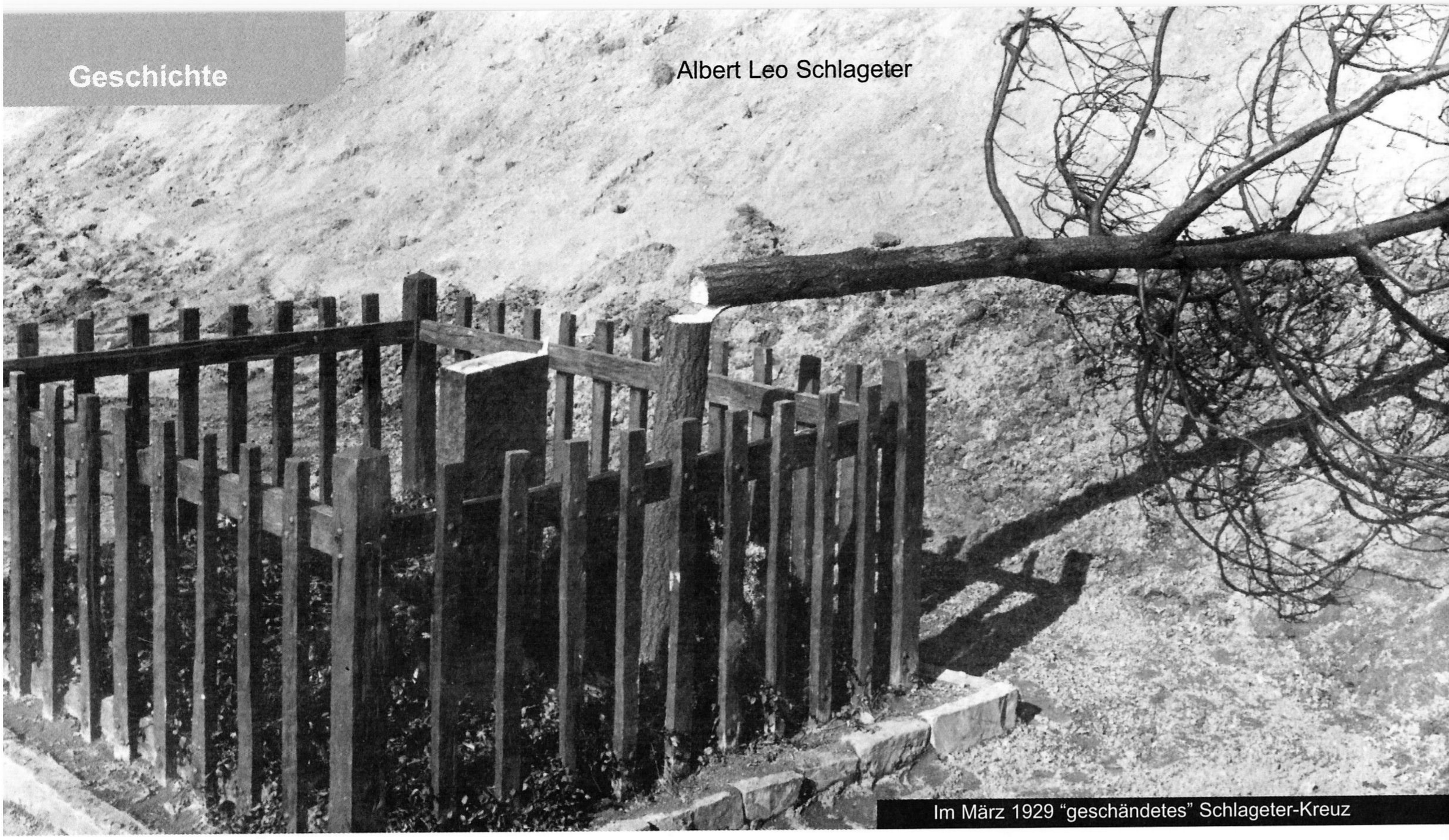
Im Sommer und Herbst 1932 kam es zu einer Reihe von Sondierungsgesprächen zwischen der Führung des ADGB und der Reichsregierung, um die Optionen einer "Regierung aller Volkskreise", unter Einschluss der NSDAP auszuloten. Gregor Strasser wiederum traf sich sowohl mit Schleicher, als auch mit dem Führer des (sozialdemokratischen) Reichsbanners. Zum ADGB hielt er über Mittelsmänner Kontakt. Ob darüber hinaus direkte Verhandlungen hinsichtlich einer möglichen "Querfront" zwischen Schleicher, Gewerkschaftsfunktionären und nationalsozialistischen Wirtschaftstheoretikern stattfanden, ist bis heute umstritten.

Ab Ende August 1932 erschien zeitgenössischen Beobachtern die Bildung eines Kabinetts Schleicher – Strasser – **Leipart** (der Vorsitzende des ADGB) jedoch durchaus als ein ernsthaftes realpolitisches Szenario. Dabei blieb es dann aber auch. Als Schleicher Anfang Dezember 1932 zum Reichskanzler ernannt wurde, war das Querfrontkonzept bereits Makulatur. Innerhalb der NSDAP hatte sich Strasser mit seinen Positionen nicht durchsetzen können. Am 8. Dezember trat er von seinem Parteiamt zurück. Die Gewerkschaften schreckten letztendlich vor einer eindeutigen Positionierung zugunsten des Präsidialregimes zurück, zumal die SPD massiven Druck auf die Führung des ADGB ausübte. An der insgesamt unentschlossenen, lavierenden und indifferenten Haltung der Gewerkschaften gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung änderte sich jedoch wenig – eine Tatsache, die sich bitter rächen sollte. Das Kabinett Schleicher bestand nicht einmal zwei Monate. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Drei Monate später, am 2. Mai 1933, begann das NS-Regime mit der Zerschlagung der Gewerkschaften. Dass diese Maßnahmen lediglich auf geringen Widerstand stießen, war nicht ausschließlich auf den nationalsozialistischen Terror zurückzuführen, sondern stellte auch ein Resultat der seit dem Beginn der dreißiger Jahre vollzogenen Annäherungsprozesse an die extreme Rechte dar.

Fazit

Der historische Kontext zeigt, dass der Terminus "Querfront" für das Phänomen der Aneignungsversuche jugendkultureller Codes und Symbole von rechts nicht brauchbar ist. Denn von einer inhaltlichen Annäherung an Positionen der emanzipatorischen Linken kann bei militanten Neonazis, die Che-Guevara-T–Shirts tragen, nicht die Rede sein. Allein die Übernahme von kulturellen Ausdrucksformen konstituiert noch keine Querfront.

Ebenso fraglich scheint es, den Begriff auf ideologische Schnittmengen zwischen der Antiglobalisierungs-Bewegung und der extremen Rechten anzuwenden. Dass es diese, etwa in Bezug auf die Analyse der Funktionsweise der Zirkulationssphäre des Kapitals, gibt, steht außer Frage und sollte politisch bekämpft werden. Doch trotz aller ideologischen Schnittmengen im Einzelnen ist nicht erkennbar, dass sich die GlobalisierungskritikerInnen in ihrer Gesamtheit inhaltlich auf die extreme Rechte zu bewegen würden. Dass umgekehrt die extreme Rechte die Bewegung für ihre Inhalte öffnen will, liegt auf der Hand. Doch sie verfügt nicht über ein kohärentes ideologisches Angebot, sondern variiert ihre unveränderten inhaltlichen Prämissen in Bezug auf Themen im Kontext von Globalisierung. Werden innerhalb der neuen sozialen Bewegungen rechtsextreme oder antisemitische Positionen vertreten, so ist dies also vielmehr auf die Theoriebildung innerhalb der Bewegungen und nicht auf eine rechtsextreme Intervention von außen zurückzuführen.



Im März 1929 “geschändetes” Schlageter-Kreuz

Von Stanley Matthew

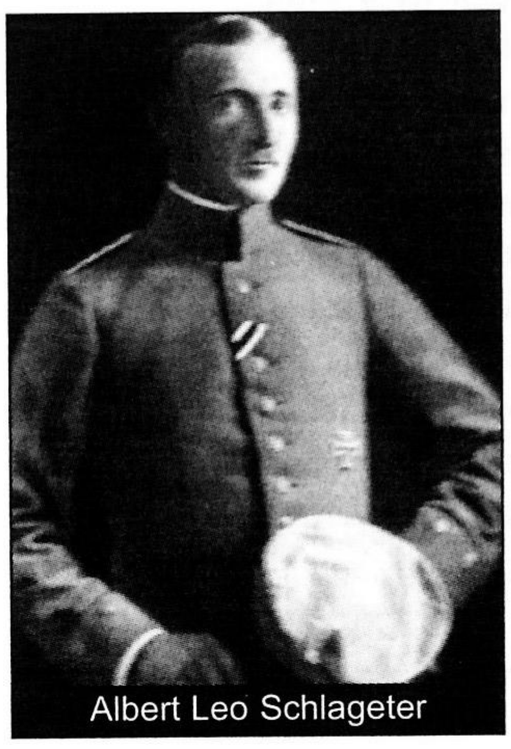
Albert Leo Schlageter

Ein deutscher Heldenmythos

Wenngleich die extreme Rechte eine ganze Reihe deutscher Recken als Helden verehrt, so fällt gerade in Nordrhein-Westfalen immer wieder der Name **Albert Leo Schlageter**s. Wegen Sabotageaktionen gegen die französische Besetzung des Ruhrgebietes in Folge der nicht geleisteten Reparationsleistungen, wurde er 1923 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Schon kurz nach seinem Ableben stieg er zum Helden für die politische Rechte auf.

Reparation und Besatzung

Bekanntermaßen enden Kriege nicht mit der letzten Schlacht und nicht mit dem letzten Schuss. Waffenstillstand und Friedensschluss bilden nur die äußeren Eckpunkte. Ganz besonders traf dies für den Ersten Weltkrieg zu.


Albert Leo Schlageter

Nach zahlreichen steckengebliebenen Revolutionen waren die ersten Jahre der Weimarer Republik besonders von den Versailler Verträgen und den daraus folgenden Auseinandersetzungen geprägt. Die Rechten, nicht ganz ohne Widerhall im Mainstream der Republik, bezeichneten die Vereinbarungen als Schand- und Diktatfrieden, eine auch heute noch gern gebrauchte “Erklärung” für den Erfolg der Nationalsozialisten. Der erste Präsident der Republik, Sozialdemokrat Friedrich Ebert, versicherte den heimkehrenden Soldaten sogar: ‘Kein Feind hat Euch überwunden’.[1]

Die Versailler Verträge schrieben Deutschlands Kriegsschuld fest und sahen nicht unbedeutende Reparationen vor. Neben großen Devisenzahlungen mussten Industriegüter, Rohstoffe und Militaria abgeliefert werden. Die deutsche Regierung geriet, obwohl die Industrie bald wieder prosperierte, bei den Reparationszahlungen in Schwierigkeiten und drängte bei den Verhandlungen Anfang 1923 auf einen Zahlungsaufschub. Die internationale Kommission stimmte fast einstimmig dagegen und stellte fest das Deutschland die Lieferungen an Frankreich und Belgien “absichtlich nicht im vorgeschriebenen Umfang” geleistet hätte. Am 11. Januar 1923 marschierten belgische und französische Truppen ins Ruhrgebiet und nach Düsseldorf. Die Rhein-Ruhrregion wurde vom Reichsgebiet infrastrukturell abgeschnitten..Die Reichsregierung in Berlin stellte die Reparationszahlungen nun fast komplett ein, ordnete die Stilllegung der Betriebe im Ruhrgebiet an und rief zum passiven Widerstand auf. Während dieser Auseinandersetzungen beschleunigte sich die Inflation nochmals beträchtlich und immer mehr Menschen drohten ins Elend abzurutschen und die wieder aufkeimende nationale Stimmung, die vergleichbar gewesen war mit der Frühzeit des vergangenen Krieges, verschärfte sich.

Freikorps wieder in Lohn und Brot

Wie schon in Frühzeit der Weimarer Republik, in den terroristischen Aktivitäten gegen die sich heraus bildende Sowjetunion, oder in den Revolutionstagen in Berlin oder München, betätigten sich wild zusammen gewürfelte Ehemalige der kaiserlichen Arme im halblegalen Raum zwischen verringerter Reichswehr und neu eingerichtetem Polizeiapparat. "Die Freikorps der Jahre 1918 – 1921 waren eine eigenartige Zeiterscheinung" beschrieb der langjährige Kommandant von Auschwitz Rudolf Höß, als er nach dem zweiten Weltkrieg in polnischer Gefangenschaft saß, seine politische Grundschule. "Die jeweilige Reichsregierung benötigte sie, wenn es an den Grenzen oder im Reichsinneren wieder einmal brannte und die Polizeikräfte bzw. später die Reichswehr nicht ausreichten oder aus politischen Gründen nicht in Erscheinung treten durften."[2]

So war es auch während der Ruhrbesetzung. Einen Tag vor dem Einmarsch der französischen Truppen entsandten Interessengruppen der Ruhrindustrie einen Boten nach Berlin, um dort mit einem Kommandeur des ehemaligen Schlesischen- Selbstschutzes Kontakt aufzunehmen. In einem Gespräch in den Büros der Krupp-Werke einen Tag später wurden die Bedingungen geklärt: Die Organisation Heinz[3] wurde beauftragt, die französischen Truppen und deren Spionagedienst zu beobachten und diese nötigenfalls auszuschalten, sowie den Abtransport beschlagnahmter Kohle und Stahl zu verhindern. **Hauenstein** verlangte aber noch eine Versicherung, dass die Behörden mit Existenz und Tätigkeit der geplanten Organisation einverstanden seien. Dies konnte dem Freikorpschef beim nächsten Treffen zugesichert und ein Salär von 1 Mill. RM Inflationsgeld vereinbart werden.[4]

Hauenstein begab sich ins nicht besetzte Elberfeld, während sein Kamerad aus früheren Tagen, **Schlageter**, von Essen aus agierte. Dieser übernahm auch die operative Leitung. Albert Leo Schlageter war ehemaliger Offizier der kaiserlichen Armee, kurzzeitig Student der Theologie, Mitglied der katholischen Studentenverbindung Falkenstein in Freiburg[5], bis zur Auflösung Angehöriger der Brigade Löwenfeld, dann kaufmännischer Angestellter in Berlin, wo er kläglich scheiterte und war 1921 in Oberschlesien an Kämpfen beteiligt.

Viel konnte die Schlageter-Truppe nicht anrichten. Wegen der Sprengung einer mickrigen Brücke über ein Bächlein in Kalkum im Norden Düsseldorfs, rollten die französischen Truppen die Hauenstein-Organisation fast komplett auf. Schlageter wurde mit sechs weiteren Männern in Essen festgenommen und vor ein französisches Kriegsgericht gestellt.

Wegen Spionage u Sabotage wurden Albert Leo Schlageter zum Tode, sechs seiner Kameraden zu langer Zwangsarbeit bzw. Haftstrafe verurteilt.[6]

Das Kriegsgerichtsverfahren und die Aktivitäten der Hauenstein-Organisation sowie deren Hintergründe sorgten in der folgenden Zeit für beträchtliches Aufsehen, in fast jeder Zeitung erschienen zum Teil ausführliche Reportagen.

Wenn auch viele Bürgerliche die Aktivitäten der Freikorps mehr oder weniger deutlich begrüßten, waren sie Anlass für ausgiebige Debatten. Nicht unerhebliche Kreise lehnten solcherlei Abenteuer ab. Sie beklagten, das solche Aktionen keinerlei Verbesserungen brächten, vielmehr nur Repressalien durch die Besatzungsmacht zur Folge hätten.

Sogar die Linke, hier im besonderen **Karl Radek**, einem Mitglied des Exekutivkomitees der KomIntern, konnte sich eines positiven Bezugs nicht enthalten[7]. Der noch relativ unbekannten NSDAP war der Ruhrkampf nur eine Ablenkung in ihrem Kampf gegen die November-Verbrecher in Berlin.

Kult und Mythos

Andere, weniger bedeutsame Politiker aus der Düsseldorfer und der Badener Provinz begründeten den Schlageter-Kult. Besonders ist hier der Historiker und Stadtarchivar **Paul Wentzke** anzuführen, der in seinen Schriften über den Ruhrkampf Albert Leo Schlageter als 'Letzen Soldaten des Weltkrieges und ersten Soldaten des Dritten Reichs'[8] bezeichnete. Schlageters Studentenverbindung in Freiburg war auch die erste, die ein Denkmal errichtete. Im damaligen deutschen Reiche soll es im Laufe der Jahre annähernd 50 Denkmäler in den verschiedensten Ausführungen gegeben haben. Auch Düsseldorf wollte sich nicht lumpen lassen. Doch war die politische Situation in der Hauptstadt der preußischen Rheinprovinz nicht so. Die KPD saß mit über 20 % im Stadtrat, das Zentrum hatte kaum weniger und die SPD hatte immerhin noch 16 %. So war es für den DNVP-Oberbürgermeister **Robert Lehr** kein leichtes Unterfangen, die Errichtung eines Schlageter-Denkmals auf herkömmlichen Weg durchzubringen, zumal schon ein Kriegerdenkmal für das ehemalige Ulanenregiment in Planung war. Doch OB Lehr schob das Grundstück, auf dem das Denkmal errichtet werden sollte, dem Friedhofsamt zu und entzog es somit jeder politischen Kontrolle. Sechs Jahre später, 1931 als das Denkmal errichtet wurde, rechtfertigte sich der ehemalige Anhänger der Alldeutschen offenherzig. Es sei immer sein Bemühen gewesen sei, "die Politik und namentlich die Außenpolitik hier vom Gemeindeparlament fernzuhalten. […] "Aus diesem Grunde habe", er sich "bemüht, einen Weg zu finden, der es verhinderte, dass eine Frage, wie die des Schlageter-Denkmals im Stadtparlament behandelt würde, weil ich vermeiden möchte, dass nach außen hin dem Ausland gesagt wird, wie groß noch die Zerrissenheit im deutschen Volke ist." [9]

Schlageter-Denkmal in der Golzheimer Heide

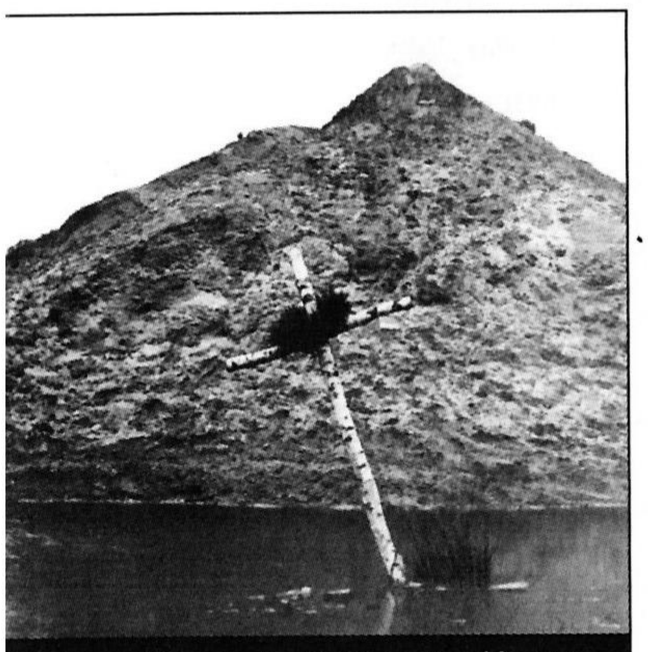
Die Entstehung des 31 Meter großen Stahlkreuz in der Golzheimer Heide hat selbstverständlich seine eigene Geschichte.

Schon 1923, kurz nach der standrechtlichen Erschießung Schlageters, wurde dort in der Sandgrube von unbekannten Händen ein kärgliches Birkenkreuz errichtet, dass bei mieser Witterung zur Hälfte im Wasser stand. Nach

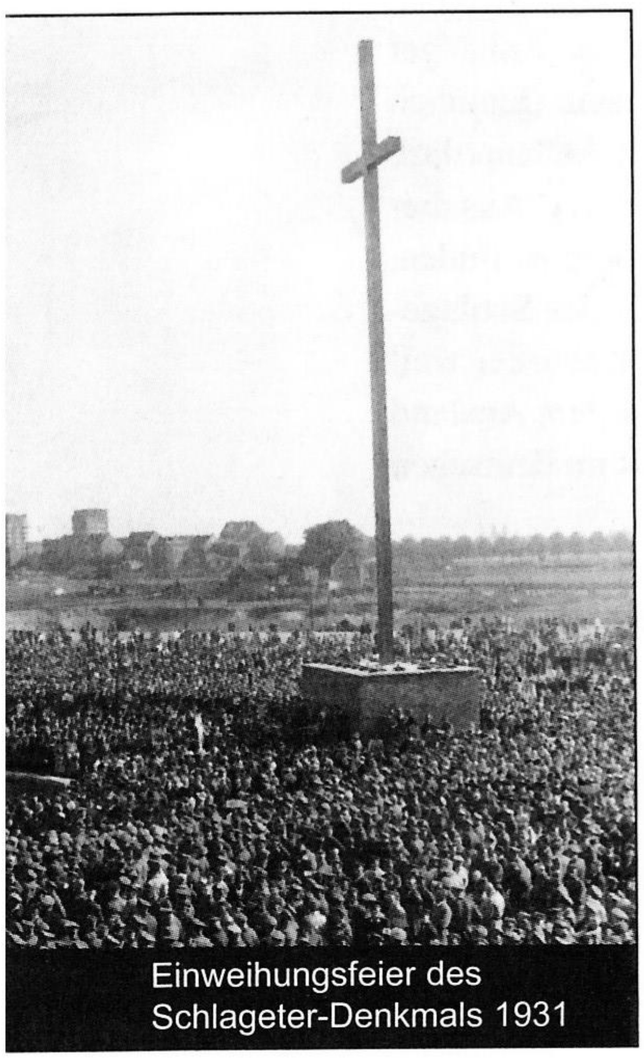
Wehklagen nationaler Kreise, dass das Andenken an den Volkshelden und tapferen Kämpfer so schändlich vernachlässigt würde, wurde ein knapper Quadratmeter Sandgrube mit einem Jägerzaun umfasst und mit einem kleinen Holzkreuz versehen, auf dem zu lesen war: "An dieser Stelle wurde am 26. V. 1923 ALS von den Franzosen erschossen."

Wenn auch während der Besatzungszeit, bis zum August 1925, öffentliche Gedenkfeiern nicht möglich waren, gab es immer wieder kleinere Veranstaltungen. Am 7.Juni 1923, anlässlich der Überführung des Leichnams in den Heimatort nach Baden, veranstalteten rechtskonservative Kreise eine kleine, düster-pathetische Trauerfeier, einen Tag später im unbesetzten Elberfeld "eine Trauerkundgebung des ganzen deutschen Volkes". Die erste belegbare Schlageter-Gedenkfeier fand am 26.Mai 1926, die französischen Truppen waren ein knappes Jahr zuvor abgezogen, in jener Sandgrube statt, bezeichnenderweise durch die wieder gegründete NSDAP.[10]

Im Januar 1927 gründete sich in den Räumen des Stahlhof, wo die Organisationen der Stahl- und Kohleunternehmer ihren Sitz hatten, der sogenannte 'Ausschuss zur Errichtung eines Schlageter-National-Denkmals'. Angeführt wurde dieser Club Hoher Herren von **Dr. Max Schlenker** von besagtem Stahlverein, **Dr. Wilms** (Stadtverordneter für die DVP), einem Rechtsanwalt namens **Dr. Sengstock**, der Schlageter seinerzeit verteidigt hatte und dem Musikagenten und Teilhaber am Musikhaus Ibach (heute bekannt als Konzertagentur Heinersdorff) und Rot-Kreuz Beauftragter auf der Ulmer Höhe für die politischen Gefangenen während der Besatzungszeit **Constans Heinersdorff**.



Das erste Schlageter-Kreuz in der Golzheimer-Heide



Einweihungsfeier des Schlageter-Denkmals 1931

Diese warben anfänglich durch im ganzen Reich massenhaft verschickte Bittschreiben um Unterstützung und Geld. Die Liste des 'Ehrenausschusses für die Errichtung des Schlageter National-Denkmals ' liest sich wie ein 'Who Is Who' der rechts-konservativen Kreise in der Weimarer Republik; auch aus Düsseldorf fehlte kein bedeutender Name.

Trotz allem gab es selbstverständlich Spitzbuben und -mädchen, die dem Spiel nicht tatenlos zusahen. "In der Nacht vom 14. auf den 15. März" beginnt eine Meldung aus den Düsseldorfer Nachrichten vom 16. März 1929, "haben Bubenhände die Erinnerungsstätte an die Erschießung Albert Leo Schlageters in unerhörter Weise geschändet. [...] Von den Tätern konnten bis jetzt keine Spuren gefunden werden."[11]

Entworfen wurde das Denkmal von dem Düsseldorfer Architekten und Professor an der Düsseldorfer Akademie Clemens Holzmeister. In einem Schreiben an den Ausschuss beschrieb er seinen Entwurf wie folgt:

"Das Denkmal soll [...] ein Denkmal des Ruhrkampfes überhaupt sein, und demnach als Ehrenmal für das in diesem Kampf bewährte Wesen der Rhein- und Ruhrbevölkerung gelten, zu dem immer wieder Tausende pilgern werden, um die Helden des Ruhrkampfes, voran Schlageter, zu ehren; um aber auch an dieser Weihestätte sich Kraft zu holen zur Bestärkung des deutschen Wesens, und immer wieder den Schwur zu erneuern auf deutsche Treue und Liebe zum Vaterland."

Nach mehreren Verzögerungen, weil das Brachgelände in der Golzheimer Heide noch nicht hergerichtet war und wegen knapper Geldmittel, wurde das Schlageter-Denkmal erst am Pfingst-Wochenende 1931 eingeweiht. Enorme Menschenmengen aus dem ganzen Reiche fanden sich an einem sonnigen Sonntag in der Golzheimer Heide ein und lauschten den nationalen Reden. "Würdig und Ernst, wie ihr Anlass, war auch ihr Verlauf" schrieben die Düsseldorfer Nachrichten Tags drauf, nicht ohne besonders zu betonen, dass die nationale Schau ohne jede Störung verlaufen sei. Die Gedenkfeier der Nationalsozialisten am selben Abend war dann doch Anlass heftiger Auseinandersetzungen: Die braunen Kolonnen wurden mehrfach auf ihrem Wege zum Golzheimer Denkmal in handfeste Auseinandersetzungen verwickelt. Am Rande des Fackelmarsches wurde ein NSDAP-Mitglied, das laut Gerichtsakten kommunistischen Arbeitern schon länger in Oberbilk aufgefallen war, durch drei Pistolenschüsse schwer verletzt.

Mythen und Helden

Zwei Jahre später trieben die Nazis die mystische Aufwertung des Schlageter-Kultes dann auf die Spitze. Sie arrangierten ein komplettes Wochenende mit zahlreichen Veranstaltungen und Aufmärschen um ihre Mär vom 'Blutenden Deutschland'[12] und der Errettung durch die nationalsozialistische Revolution zu inszenieren. Am Freitag begann die HJ mit der Entzündung eines Schlageter-Ehrenfeuers, von welchem am Samstag, ähnlich wie bei Olympia, die Fackeln am Gedenkkreuz auf der Golzheimer Heide entfacht wurden. Der Düsseldorfer Reiter- und Rennverein veranstaltete ein Schlageter-Gedächtnisrennen, bei dem der Ministerpräsident Preußens H. Göring den Preis stiftete. Im Schauspielhaus wurde das von Hans Johst inszenierte Stück 'Schlageter', welches dem Führer gewidmet und an seinem Geburtstag uraufgeführt worden war, gegeben. Im Gerichtsgebäude auf der Mühlenstrasse wurde zudem eine Schlageter-Büste eingeweiht. Extra zu diesem Anlass wurde jene Tür zugemauert, die der deutsche Recke angeblich vor seiner Verurteilung durchschritten haben soll. Das Historische Museum auf der Friedrichstrasse lud zu einer Schlageter-Gedächtnisschau ein und selbst die "Düsseldorf Jonges" führten eine Ehrenfeier durch. Von Siemens gestiftet, erleuchtet auf dem Oberkasseler Rheinufer mitten in der Nacht der Schriftzug 'Schlageter lebt' und ein Feuerwerk erfreute die taumelnde Masse.

Dennoch war der Schlageter-Kult in den folgenden Jah-

ren mindestens umstritten. So gab sich die Stadt Düsseldorf in den nächsten Jahren den inoffiziellen Beinamen 'Schlageterstadt', auf Veranlassung der Reichsregierung musste sie dies im öffentlichen Schriftverkehr jedoch unterlassen.[13] Hingegen änderte sich die NS-Rezeption des Schlageter-Denkmals bald.. Wenn auch die Planungen für das umliegende Gelände dem typischen Nazi-Gigantismus entsprachen, passte das riesige Stahlkreuz nicht so recht in die NS- Ikonographie und der rheinisch-expressionistische Stil der Gruft (dunkle Klinker auf Beton) wurde bei vielen Fotos, wenn der Mystizismus auch hervorsticht, dezent retuschiert.[14]

Aber auch in den früheren Jahren, war die Truppe um Hauenstein und Schlageter bei den führenden Köpfen der NS-Bewegung nicht besonders wohlgelitten. Generell herrschte zwischen den verschiedenen rechten Gruppierungen in der Frühzeit der Weimarer Republik starke Konkurrenz.[15] Hinzu kam der Umstand, dass die sogenannten Ruhr-Kämpfer schon bald in den Ruch gerieten, von der Reichswehr und Industrie beauftragt und alimentiert worden zu sein. Besonders unangenehm war, dass immer wieder Gerüchte aufkamen, die von Verrat aus den eigenen Reihen sprachen, sogar davon dass Albert Leo Schlageter wegen Trunkenheit aufgeflogen sei.[16] Eine Untersuchung der Gestapo aus dem Jahre 1935 in Sachen Verratsvorwürfe Schlageter zum Nachteil zweier ehemaliger Mitkämpfer, die inzwischen zu SS-Rängen aufgestiegen waren, behandelte die Geschichte nochmals ausgiebig. In dem umfangreichen Bericht wurden einige pikante Details festgehalten: Die beiden verdächtigen SS-Männer wären "in keiner Form an dem Verrat an Schlageter beteiligt gewesen". Schlageter hätte sich, obwohl bekannt war, dass die französische Polizei schon länger nach den Mannen des Hauenstein fahndeten, mit seinem Echt-Namen in das Fremdenbuch des Union-Hotel in Essen eingetragen und wäre am Abend der Festnahme, dem 7. April 1923, nicht im besten Zustand gewesen, er hatte zuvor dem Alkohol zugesprochen. Weiter schreibt der Gestapo-Beamte, dass, als ein französischer Beamter bei seiner täglichen Revision von Gasthäusern Schlageter im Treppenhaus um seine Papiere gebeten hatte, dieser zwei Ausweise aus der Tasche zog. Der Franzose hätte Schlageter daraufhin gebeten, im Hotel zu verbleiben, während er auf dem Revier die Papiere prüfe, und er solle sein Ehrenwort geben, nicht zu flüchten. Dies unterließ der Freikorps und ging mit aufs Revier und war somit in die Hände der Kriegsgerichtsbarkeit gelangt.

Dass dieser Abschlussbericht nie veröffentlicht und die beiden Verdächtigen SS-Männer nicht weiter behelligt wurden, war nur konsequent.

Nichtsdestotrotz wird auch heute noch gerne dem "Helden" Schlageter gedacht oder er zumindest als Namensgeber bemüht.. Existierte bereits Anfang der 80er Jahren eine Wehrsportgruppe im Umfeld von Michael Kühnens "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), so benannte sich noch im Jahr 2000 eine neonazistische Wehrsportgruppe um den Dortmunder Ex-Söldner Michael Kratz nach Schlageter.

Selbstverständlich kam auch die neonazistische "Kameradschaft Düsseldorf" nicht umhin, ihrem lokalen Helden zu gedenken. Unter dem Titel "Albert Leo Schlageter- ein deutscher Freiheitskämpfer gerät in Vergessenheit" veröffentlichte sie 1997 einen Artikel in der "Freien Stimme" der "Sauerländer Aktions Front" (SAF).

Fußnoten

[1] Vgl. Magma, S.19

[2] Vgl.: Kommandant in Auschwitz, Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß, Hrsg. Martin Broszat, 2. Auflage, Stuttgart 1964, S. 35-37. Rudolf Höß wurde später in Polen zum Tode verurteilt und vor den Augen vieler Holocaustüberlebender in Auschwitz hingerichtet. Sein Galgen steht noch heute im Stammlager.

[3] Benannt nach dem Freikorpskämpfer Oskar Hauenstein (Pseudonym Heinz)

[4] Vgl.: Interner Bericht der Pol.. Polizei zu den Schlageter-Prozessen vom 11. Mai 1923. HStAD Reg. Düsseldorf 16389 und Ermittlungen der Gestapo Düsseldorf aus dem Jahren 1935f: RW 58 Akte Oskar Hauenstein

[5] Katholische Studentenverbindung

[6] Im einzelnen waren das der Student Alfred Becker, der Schlosser Georg Werner, der Kaufmann Georg Zimmermann, der Zeichner Bisping, der Ingenieure Karl Max Kuhlmann und Hans Sadowsky.

[7] 1923 hielt Karl Radek auf einer Sitzung der erweiterten Exekutive der KomIntern ein Referat, das später als Schlageter-Rede in die Geschichte einging. Doch war der Ausflug in die nationalen Untiefen glücklicherweise von kurzer Dauer. Vgl.: Magma, S. 196.

[8] Ganz in Anlehnung an die Schrift des Arthur Moeller van den Bruck, der 1923 ein Buch mit dem Titel "Das dritte Reich" verfasste.

[9] Aus dem Sitzungsprotokoll der Stadtverordnetenversammlung aus 1931, S. 185, StAD

[10] Die NSDAP befand sich in den frühen Jahren und erst recht nach dem Putschversuch 1923 in München sehr in Stagnation, besonders in den norddeutschen Regionen. Die Verbote der franz Besatzer taten ihr Übriges. Vgl. P. Hüttenberger, Geschichte Düsseldorf, S. 352-361 und Frank, Volker: Der Aufstieg der NSDAP.

[11] Die zahlreichen Akten zum Vorgang Schlageter und den zahlreichen anderen Schändungen in Düsseldorf geben keinerlei Hinweis, das jemals irgendwelche Buben oder Mädels gefasst wurden. Am 26.Mai 1929 wurde das Ulanen-Denkmal am Rhein, das heut noch steht, mit roter Farbe verziert: "Tod dem Faschismus!"

[12] So hieß ein Film, der im Frühjahr 1933 in die deutschen Kinos kam u die Nachkriegszeit in NS-Sicht nachzeichnete. Selbstverständlich lief der Film an diesem Wochenende auch in Düsseldorfer, im Residenz.

[13] Während der Ausstellung 'Schaffendes Volk' 1937 wurde der Name zeitweise wieder benutzt.

[14] Vgl. Fuhrmeister, Christian: Instrumentalisierung und Retusche. Widersprüche in der nationalsozialistischen Rezeption des Düsseldorfer Schlageter-Denkmals von Clemens Holzmeister, in: Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert : Zur Sinnlichkeit der Macht / Hrsg.: Arnold, Sabine R., Wien [u.a.], 1998, S. 57-74

[15] Wenn auch Hitler in seinem Prozess später die hohe Zahl seiner Mitkämpfer am Ruhrkampf betonte, bestand auf beiden Seiten, sowohl bei der Schlageter-Truppe als auch bei der NSDAP, deutliches Misstrauen. Hauenstein war 1926 wegen handfester Streitigkeiten in der Berliner Parteiorganisation im hohen Bogen rausgeflogen und wurde in der Nacht der langen Messer im Juni 1934 ermordet.

[16] Belegt sind mindesten zwei Verleumdungsprozesse gegen Hauensteins, der ehemalige Mitkämpfer öffentlich beschuldigt hatte, Verrat begangen zu haben.

Von Rainer Brahms

Heldenmythos und Opfertaumel

Die Liste der Diskurse ist lang und ständig kommen weitere hinzu: die Rede ist von geschichtspolitischen Debatten, in denen die Rolle der Deutschen als Opfer – wahlweise von alliierter Kriegsführung, "Vertreibung" u.Ä. betont oder NS-Verbrechen relativiert werden. Ob "Walser-Bubis-Debatte", Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker", Wehrmachtsverbrechen, ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung, das Denkmal für die ermordeten europäischen JüdInnen, "Vertreibung" oder zuletzt der "Bombenkrieg" gegen NS-Deutschland - nach Bitburg-Debatte und Historikerstreit entwickelten sich gerade nach 1989 zahlreiche ähnliche Diskurse. Sie eint das Bestreben um eine Neubewertung des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen. Gerade die Diskussionen um die Wehrmachtsausstellung, die populären Fernsehserien Guido Knopps und das Buch "Der Brandt" von Jörg Friedrich zeigen, wie der grundlegende Unterschied zwischen Opfern und Tätern nivelliert, militärische wie zivile Leistungen NS-Deutschlands heroisiert und "deutsche Leiden" in den Mittelpunkt gestellt werden.

Einen guten Überblick zu verschiedenen Aspekten dieser Diskurse bietet das gerade erschienene Buch "Heldenmythos und Opfertaumel. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs", herausgegeben von dem Politikwissenschaftler Michael Klundt. Die Aufsätze des Sammelbandes handeln die bedeutendsten Kontroversen und Themenschwerpunkte ab, analysieren dabei sowohl den kausalen Kontext verschiedenster Kriegs- und Nachkriegsphänomene als auch den Zusammenhang zwischen medialer Vermittlung und geschichtspolitischen Bedeutungen und Absichten heutzutage.

Während Herausgeber Klundt eine gelungene Zusammenfassung und Einschätzung der geschichtspolitischen Diskurse seit 1989 liefert, widmen sich die weiteren Texte jeweils spezifischen Aspekten. Kurt Pätzold legt den Schwerpunkt seiner Betrachtung von Ursachen, Entwicklung und Folgen des Zweiten Weltkriegs auf den Bombenkrieg gegen Deutschland und die Debatte hierüber. Gerhard Zwerenz schildert hingegen explizit den heutigen Umgang mit Deserteuren im Faschismus. Besondere Beachtung verdienen die Aufsätze von Bernd Kleinhans und Gerd Wiegel, welche die Kontinuitäten von NS-Filmgeschichte nach 1945 beziehungsweise die erinnerte NS-Geschichte in den ZDF-Dokumentationsfilmen von Guido Knopp analysieren. Anhand der Abhandlung Erich Späters über den völkischen Nationalismus und die "Vertreibung" der Sudetendeutschen lässt sich zudem beispielhaft der aktuell häufig ignorierte oder geleugnete Zusammenhang zwischen deutschen Verbrechen und deutschen Leiden erkennen. Dass des weiteren Silke Schneider in ihrem interessanten Beitrag einen geschlechterspezifischen Blick auf NS-Vergangenheit und Weltkrieg wirft, erfreut insbesondere auf Grund der Tatsache, dass dieser Diskurs bisher begrenzt auf feministische Wissenschaft und Frauenbewegung schien und diese Perspektive darüber hinaus oft vernachlässigt wird.

Alles in allem ein beachtenswertes Werk, welches eine gute Einführung in die Kritik der genannten geschichtspolitischen Diskurse bietet. Es macht Lust auf eine eingehendere Beschäftigung mit dem Thema, und zeigt dass es fernab der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ebenso zum Arbeitsfeld einer antifaschistischen Linken gehört.

Michael Klundt (Hg.)
Heldenmythos und Opfertaumel.
Der Zweite Weltkrieg und seine
Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs
PapyRossa Verlag, Köln, 2004,
ISBN 3-89438-288-0, 13,50 □, 191 Seiten

Anzeigen

kämpfen und lesen

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

[die andere gewerkschaftszeitung]

Probeheft gratis Straßburgerstr. 38| 10405 Berlin| da-abo@fau.org

LOTTA empfiehlt

Antifaschistisches **Info** Blatt

Nr.64 | Herbst/2004

NPD im sächsischen Landtag

Die Bilderwelt des Guido Knopp

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Impressum

V.i.S.d.P.: J. Fürst, c/o LOTTA

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Druck: Im Eigenverlag
Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

LOTTA abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

Kontoinhaber: J. Fürst
Postbank Essen
Kontonummer 479250438
Bankleitzahl 36010043

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

Alle Preise inkl. Porto

O Jahresabo, Standard "Stino"	13 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Ente"	18 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Mittelklasse"	23 Euro
O Jahresabo, Förderabo "S-Klasse"	..... Euro

Archiv-Packs (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgaben I (Nr. 5 bis 7)	4 Euro
O Ausgaben II (Nr. 8 bis 10)	5 Euro
O Ausgaben III (Nr. 11 bis 15)	10 Euro

Einzelexemplare (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgabe .... (bis Ausgabe Nr. 7)	2 Euro
O Ausgabe .... (Ausgabe Nr. 8 bis Nr. 13)	3 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe 14)	3,50 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis auf Euer Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis in bar beigelegt.

» Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).
» Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten bezahlten Ausgabe gekündigt wird.
» WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren Rabatt. Näheres siehe www.free.de/lotta unter "Abo" oder per E-Mail an lotta@koma.free.de.

An die
LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

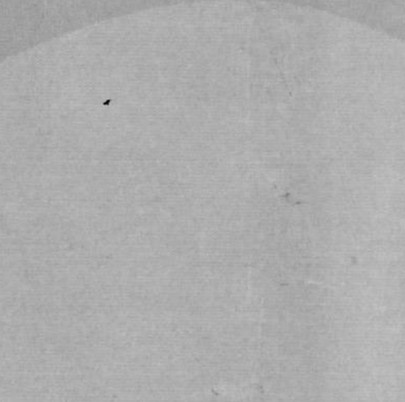
Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift


ANTIFASCHISTISCHE
AKTION